



**KONFERENZ DES DEUTSCHEN
NATURSCHUTZRINGS DNR
AM 19. UND 20. OKTOBER 2006
IN BERLIN**

► KONFERENZDOKUMENTATION

**VERANTWORTUNG
FÜR DIE ZUKUNFT**

**DEN DEUTSCHEN VORSITZ IM RAT DER EU
UND BEI DER G8 FÜR DIE UMWELT NUTZEN**



HERAUSGEBER

Deutscher Naturschutzring (DNR) e.V.
Am Michaelshof 8-10
533177 Bonn
info@dnr.de
www.dnr.de



VERANTWORTLICH

Dr. Helmut Röscheisen, DNR Generalsekretär

REDAKTION

Thomas Frischmuth, DNR EU-Koordination

FOTOS

Joachim Loch

LAYOUT

Katja Heinroth

Die Konferenz "Verantwortung für die Zukunft - den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8 für die Umwelt nutzen" und deren Dokumentation wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit gefördert.

Berlin, Dezember 2006



1. KONFERENZPROGRAMM	4
2. EINLEITUNG	7
3. ERÖFFNUNGSREDE	9
4. REDEBEITRÄGE	15
<p>Welche umweltpolitischen Herausforderungen stellen sich in der Zeit der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft?</p>	
5. PANEL 1	31
<p>Zwischen Geostrategie und Umweltschutz: Energie- und Klimapolitik im 21. Jahrhundert</p>	
6. PANEL 2	41
<p>„A Final Countdown?“ Wie kann der Artenverlust bis 2010 doch noch gestoppt werden?</p>	
7. PANEL 3	47
<p>Wie viel Dreck unter der Haube? Saubere Luft und Klimaschutz in der EU-Verkehrspolitik.</p>	
8. TEMPOMACHER GESUCHT	58
<p>Übergabe der Forderungen der deutschen Umweltverbände an die Bundesregierung</p>	
9. ABSCHLUSS UND AUSBLICK	61
<p>Die Chance ergreifen</p>	
10. ANHANG	72
<p>Forderungspapier der deutschen Umweltverbände Referenten/innen Teilnehmer/innen</p>	



VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT

Den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8 für die Umwelt nutzen

BERLIN, 19.- 20. OKTOBER 2006

ZEIT Donnerstag, 19. Oktober, 14.00 - ca. 21.00 Uhr
Freitag, 20. Oktober, 9.00 - 13.00 Uhr

ORT Abgeordnetenhaus zu Berlin
Niederkirchnerstr. 3-5
10117 Berlin

DONNERSTAG, 19. OKTOBER 2006

14.00 – 14.15 UHR Begrüßung und Eröffnung

Hubert Weinzierl
Präsident Deutscher Naturschutzring (DNR)

14.15 – 15.45 UHR VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT

Welche umweltpolitischen Herausforderungen stellen sich in der Zeit der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft?

Sigmar Gabriel
Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

David Miliband
Minister für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft, Großbritannien

Mikael Karlsson
Präsident, European Environmental Bureau (EEB)

15.45 – 16.15 UHR Kaffeepause

16.15 – 18.45 UHR **PANEL I: ZWISCHEN GEOSTRATEGIE UND UMWELTSCHUTZ:
ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT**

Kaum ein Thema dominiert die internationale und europäische Agenda zur Zeit so sehr wie die Energiepolitik. Kein Wunder, denn sowohl aus sicherheitspolitischer als auch aus ökologischer Sicht stellen sich hier zentrale Fragen der Zukunft. In welche Richtung muss die deutsche Bundesregierung die Weichen stellen?

Jennifer Morgan
Direktorin Klimasicherheit, E3G



Michael Müller
Vorsitzender NaturFreunde Deutschland

Rebecca Harms
Mitglied des Europäischen Parlaments, EFA/The Greens

Martin Rocholl
Präsident, Friends of the Earth Europe/BUND

Moderation: Hermann E. Ott
Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

18.45 – 21.00 UHR **Empfang**

FREITAG, 20. OKTOBER 2006

09.00 – 11.00 UHR **PARALLELE PANELS ZU BIODIVERSITÄT UND NACHHALTIGER MOBILITÄT**

PANEL II: „A FINAL COUNTDOWN?“ WIE KANN DER ARTENVERLUST BIS 2010 DOCH NOCH GESTOPPT WERDEN?

Alle EU-Staaten haben sich dem Ziel der UN verpflichtet, den Anstieg des Artenverlustes bis 2010 zu stoppen. Doch bisher wurde nicht viel erreicht: Immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden in immer schnellerem Tempo. Die deutsche Regierung will das Thema nun zu einem Schwerpunkt machen. Was kann sie erreichen?

Clairie Papazoglou
Leiterin der Europaabteilung, BirdLife International

Patrick Murphy
DG Umwelt, Leiter Referat Natur und Biologische Vielfalt, Europäische Kommission

Jochen Flasbarth
Abteilungsleiter, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Sebastian Winkler
Leiter Countdown 2010/Senior Adviser European Policy, World Conservation Union (IUCN)

Moderation: Martin Kaiser
Greenpeace Deutschland

09.00 – 10.30 UHR **PANEL III: WIE VIEL DRECK UNTER DER HAUBE? SAUBERE LUFT UND KLIMASCHUTZ IN DER EU-VERKEHRSPOLITIK.**

Verkehrspolitik ist ein in Brüssel hart umkämpftes Thema. Jetzt legt die EU-Kommission einen Gang zu: Im Jahr 2007 stehen wichtige Entscheidungen an. CO₂-Grenzwerte für PKW, Euro 5-Norm und Emissions-Abgaben für den Flugverkehr.

Astrid Klug
Parlamentarische Staatssekretärin Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Sonja Klingberg
Präsidentin, European Federation for Transport and Environment (T&E)

Gerd Lottsiepen
Verkehrspolitischer Sprecher, Verkehrsclub Deutschland (VCD)

Moderation: Stefan Bundscherer
Leiter Energie- und Klimaschutz, Deutsche Umwelthilfe (DUH)

10.30 – 11.30 UHR **Kaffeepause**

11.30 – 13.00 UHR **ABSCHLUSS UND AUSBLICK: DIE CHANCE ERGREIFEN!**

Klima/Energie, Biodiversität, nachhaltige Mobilität - an umweltpolitischen Herausforderungen mangelt es der deutschen Regierung während ihrer doppelten Präsidentschaft nicht. An Verantwortung, die ihr damit für die EU und die gesamte Welt zukommt, ebenso wenig. An welcher Latte wird sich die Regierung messen lassen müssen? Noch sind gut zehn Wochen Zeit für die Vorbereitung - es gilt, die Chance zu ergreifen!

Jorgo Riss
Direktor Greenpeace Europe

Klaus Töpfer
ehem. Exekutivdirektor UNEP

Übergabe der NGO-Forderungen
Regine Günther
Leiterin Klima- und Energiereferat WWF Deutschland

Moderation: Dr. Helmut Röscheisen
Generalsekretär Deutscher Naturschutzring (DNR)

13.00 UHR **ENDE DER KONFERENZ**

Im Jahr 2007 übernimmt die Bundesregierung mit dem G8-Vorsitz und dem Vorsitz im Rat der Europäischen Union eine große außen- und umweltpolitische Verantwortung. Es besteht dringender Handlungsbedarf. Der Klimawandel hat bereits begonnen. Das Thema Energie ist ein globalpolitischer Dauerbrenner. Zentrale Fragen nachhaltiger Mobilität werden auf der europäischen Ebene entschieden. Bei der Biodiversitätspolitik geht es um nichts anderes als den Erhalt der natürlichen Vielfalt der Erde. Klima/Energie, Mobilität, Biodiversität: Drei große Politikfelder, die im Jahr 2007 auf der Agenda stehen. Drei Mal sind die Blicke auf die deutsche Bundesregierung gerichtet: Welche Themen sollte sie in den Vordergrund rücken? Wie kann sie den politischen Prozess beeinflussen und wo sind die Grenzen?



Aufgang Abgeordnetenhaus

Vertreter/innen aus Umweltverbänden, Politik und Wirtschaft haben diese Fragen auf der europäischen Konferenz „Verantwortung für die Zukunft - den deutschen Vorsitz in EU-Rat und bei G8 für die Umwelt nutzen“ in der Vorbereitungsphase der beiden Präsidentschaften näher beleuchtet.

TEMPOMACHER GESUCHT!

Die Europäische Union hat in der Umwelt- und Nachhaltigkeitspolitik bereits viel für ihre Bürger/innen erreicht. Kaum eine andere Region der Welt hat in zahlreichen Politikfeldern ein so hohes Schutzniveau beschlossen und teilweise auch durchgesetzt. Gleichwohl gibt es keinen Grund, sich auszuruhen. Denn noch hat die EU einen langen Weg vor sich. So liegt der Ressourcenverbrauch der EU-Bürger/innen weit über einem nachhaltigen Niveau, in der Klima- und Energiepolitik drohen die Mitgliedstaaten ihre Hausaufgaben zu vergessen und der Verlust an Tier- und Pflanzenarten geht unvermindert weiter.

Und doch scheint der EU die Puste auszugehen. Schlimmer noch, sie droht in die falsche Richtung zu laufen. Grund dafür ist eine verkürzte und fehlgeleitete Antwort auf die Herausforderungen der Globalisierung. Aus Angst, im globalen Konkurrenzkampf den Kürzeren zu ziehen, wird die Wettbewerbsfähigkeit zunehmend zur allein gültigen Doktrin erklärt. Dabei feiert eine längst überwunden geglaubte Debatte fröhlich Urständ: Unter dem Deckmantel von Schlagwörtern wie „better regulation“ oder „Lissabon-Strategie“ wird der ebenso alte wie falsche Gegensatz zwischen Ökonomie und Ökologie wiederbelebt. Nur wenn die Konjunktur brummt, so die Kernaussage, könnten wir uns Gedanken um den Umweltschutz machen. Oder, um es mit EU-Kommissionspräsident Manuel Barroso zu sagen: „Wenn ich drei Kinder habe und eines davon ist krank, dann kümmere ich mich doch zunächst um dieses.“ Mit dem kranken Kind meinte er die Wirtschaft. Dieser Diskurs ist nicht nur kurzfristig, sondern ökonomisch und ökologisch fatal. Denn längst ist bekannt, dass etwa die Folgen des Nicht-Handels im Klimaschutz oder bei der Luftreinhaltung immense volkswirtschaftliche und gesundheitliche Schäden mit sich bringen. Und längst wissen wir um die ökonomische Bedeutung von Biodiversität etwa für die Erholung und im medizinischen Bereich oder um die Kostenersparnis, die ein effizienterer Umgang mit Energie und Ressourcen hätte.

Eine zukunftsfähige Antwort auf die Globalisierung liegt nicht in einem Zurück in die künstlichen Gegensätze vergangener Jahrzehnte. Im Gegenteil, wenn die EU-Staaten ihre Ziele von Umweltschutz, wirtschaftlichem und sozialem Fortschritt, so wie sie es im EU-Vertrag festgehalten haben, ernst nehmen, dann müssen sie lernen, ökonomische, ökologische und soziale Ziele miteinander zu vereinbaren - in der Praxis, nicht nur verbal. Die dramatische Steigerung der Ressourcen- und Energieeffizienz Europas ist dabei wahrscheinlich eine der wenigen Erfolg versprechenden Strategien, die Wettbewerbsfähigkeit Europas sozial- und umweltverträglich zu erhöhen. Dabei kann sich die EU durchaus auf ihre eigenen Stärken besinnen: Anstatt sich in einen globalen Wettlauf um die niedrigsten ökologischen Standards und die schwächste soziale Absicherung zu begeben, sollte sie effiziente Produktion, umweltpolitische und soziale Verantwortung und zukunftsfähige Technologien in den Mittelpunkt stellen und anderen Staaten damit zum Vorbild gereichen.

Wenn die deutsche Bundesregierung am 1. Januar 2007 sowohl die Präsidentschaft der Europäischen Union als auch den Vorsitz der Gruppe der G8-Staaten übernimmt, kommt ihr damit eine immense außen- und umweltpolitische Verantwortung zu. Sie hat die große Chance, fehlgeleitete Entwicklungen zu korrigieren, die Orientierungslosigkeit zu beenden und neuen Schwung in die europäische und internationale Politik zu bringen. Die entscheidende Frage ist: Will die Bundesregierung den Tempomacher spielen und die Europäische Union in eine zukunftsfähige Richtung lenken?

REDE VON HUBERT WEINZIERL,
PRÄSIDENT DES DEUTSCHEN NATURSCHUTZRINGS DNR

KLIMAPOLITIK ALS WELTFAMILIÄRE HERAUSFORDERUNG

Die Vorreiterrolle Deutschlands für einen zukunftsfähigen Kulturentwurf der Nachhaltigkeit

Der Auftrag und der Geist dieser Veranstaltung erfüllen die Nichtregierungsorganisationen mit Hoffnung: „Im Jahr 2007 übernimmt die Bundesregierung mit dem G8-Vorsitz und dem Vorsitz im Rat der Europäischen Union eine große außen- und umweltpolitische Verantwortung. Es besteht dringender Handlungsbedarf: Der Klimawandel hat bereits begonnen. Das Thema Energie ist ein globalpolitischer Dauerbrenner. Zentrale Fragen nachhaltiger Mobilität werden auf der europäischen Ebene entschieden. Bei der Biodiversitätspolitik geht es um nichts anderes als den Erhalt der natürlichen Vielfalt der Erde.“ (aus der Konференzeinladung)

Dank sagen möchte ich dem Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit der Bundesrepublik Deutschland, Sigmar Gabriel, dafür, dass er es uns ermöglicht hat so viele Vertreterinnen und Vertreter von NGOs aus ganz Europa hierher zu uns nach Berlin einzuladen, um miteinander an diesen zwei Tagen Wege der

Zukunftsfähigkeit und der Gemeinsamkeit, sowohl untereinander, als auch zwischen den Regierungen und der Zivilgesellschaft zu finden.



Hubert Weinzierl

Wir setzen große Erwartungen auf das Jahr 2007 und sehen es als Hoffnungszeichen, dass die Bundeskanzlerin kürzlich auf der Jahreskonferenz des Rates für Nachhaltige Entwicklung erklärt hat, diese Chance nutzen zu wollen: „Klimaschutz und eine zukunftsgerichtete Energiepolitik werden zu den Schwerpunkten der deutschen EU-Ratspräsidentschaft und des G8-Vorsitzes im kommenden Jahr zählen.“ Die Nichtregierungsorganisationen sind gerne bereit als Lobby der Natur und der Nachgeborenen dieses historische Jahr 2007 konstruktiv zu begleiten, denn schließlich lässt sich die „Verantwortung für die Zukunft“ – das

Leitmotiv dieser Konferenz – nicht auf einen anonymen Staat abschieben, sondern sie muss von der Zivilgesellschaft als kollektive Vision mitgetragen werden.

Die Zeit für eine Renaissance der Umweltpolitik und für den Beginn einer ehrlichen Nachhaltigkeitspolitik (die Bundeskanzlerin hat gerade diese Ehrlichkeit in der Politik eingefordert) ist überfällig. Denn wir leben ja gewiss nicht in einer euphorischen Phase der Umweltpolitik, sondern eher in einer Zeit ungeahnter Umweltprobleme, die uns, wie Naturgesetze halt so sind, gnadenlos einholen werden. Die Gutachten und Warnungen der Fachleute überschlagen sich ja in diesen Tagen: 80 Prozent der Wissenschaftler sind sich darin einig, dass wir vor einer Katastrophe stehen. An ihrer Spitze steht - darüber hat sich die Wissenschaft der Welt inzwischen verständigt - die Klimaveränderung. Eine Veränderung, die auch das Klima der Gesellschaft erfasst.

Deshalb möchte ich nur zu diesen der drei Schwerpunkte (Klima, Mobilität, Biodiversität) ein paar Anmerkungen machen. Das Phänomen der Klimaveränderung beängstigt. Wer ein halbes Jahrhundert die weltweite Umweltpolitik verfolgt hat, weiß, dass aus den verschiedensten politischen und fachlichen Positionen heraus vor diesem Ereignis schon seit Jahrzehnten gewarnt wurde. Aber auch die Warner, zu denen ich mich zähle, haben sich in einem Punkt gewaltig geirrt, nämlich im Zeitfaktor. Denn Fakt ist, dass die Klimaveränderung viel schneller kommt, als wir alle gehat haben. Wir befinden uns bereits mittendrin. Die Debatte darüber ist vorbei, die Realität hat sie eingeholt. Das ist das Mammut-Syndrom. Die Mammute sind seinerzeit ja auch so schnell eingefroren, dass sie bis heute erhalten geblieben sind. So etwas löst natürlich Panik im herkömmlichen Denken aus und erfordert neue Formen der Aufklärung und der Bildung zur nachhaltigen Entwicklung. Wir müssen uns darauf einstellen, dass ökologische Abläufe es eben so an sich haben, dass sie sich still ankündigen, schleichend fortsetzen, in ungeahnte Exzesse eskalieren und zuletzt zum Kollaps führen. Die alten Szenarien werden plötzlich zur aktuellen Wirklichkeit. Ein Vorgang, der in der Natur von Weltabläufen normal, für die Art Mensch mit ihren komplexen und komplizierten Lebensabläufen aber katastrophal ist.

Mein väterlicher Freund Konrad Lorenz hat mir das immer wieder mit dem simplen Bleistiftbild erläutert, den er vor sich auf den Tisch legte: „Schau, jetzt reizen wir dieses Ökosystem bis zum ‚point of no return‘ aus“, sagte er. „Immer noch ein Stückchen, bis es umkippt“. Dann flog der Bleistift von der Tischkante. Abgestürzt, umgekippt.

Zurück zur Klimaerwärmung. Sie erzwingt von uns eine Doppelstrategie - einmal, müssen wir den Prozess verlangsamen – wenn er schon nicht mehr zu stoppen wäre - zum anderen, müssen wir mit neuen Strategien die Veränderungen abfangen und versuchen, die Fülle der negativen Folgen zu lindern.

Ein Bündel von Fragen drängt sich dabei auf:

- Wie werden wir mit Stürmen und Hochwässern, mit den Extremen von Regen und Dürre, von Hitze und Kälte fertig?
- Wie müssen wir unsere Siedlungen, Infrastrukturen, die Landesplanung, die Raumordnung, die Mobilität und den Wohnungsbau der kommenden Zeit anpassen?
- Wo wird künftig das Trinkwasser herkommen, wenn die Gletscher der Berge und die Wasservorräte im Schoß der Wälder vertrocknen?
- Wie werden sich Flora und Fauna zu Lande und in den Gewässern verändern?
- Welche Fische werden diese Gewässer bewohnen und Welche Früchte werden wir künftig auf unseren Fluren und Gärten anbauen und welche Tiere werden wir halten können, wenn die herkömmlichen Anbaupläne nicht mehr stimmen?
- Welche Wälder werden wir pflanzen, wenn die Waldbaulehre und die Träume vom dunklen Hochwald verdorrt sind und wir die Kleider unserer Landschaft völlig neu gestalten müssen?
- Wie wird sich die Klimaveränderung auf die menschliche Gesundheit auswirken?
- Wo werden wir Deiche bauen, wo Muren verhindern müssen?
- Wie wird das alles unsere Kultur und unser Zusammenleben in der Gesellschaft verändern? „Es könne durchaus sein, dass unsere Zivilisation, so wie wir sie kennen, nicht mehr lange besteht“, schreibt der englische Naturwissenschaftler James Lovelock in seinem 2006 erschienenen Buch.
- Geheimdienste rechnen damit, dass die Kriege des 21. Jahrhunderts um Energie, Rohstoffe und Wasser geführt werden.

In der Zeit nach den Neophyten und Neozoen, nach den indischen Springkräutern und den afrikanischen Springschwänzen werden wir ganz andere Sorgen haben. Familiäre Sorgen sozusagen innerhalb der Weltfamilie. Weil unsere Verwandten im Süden aufbrechen und zu uns kommen und – zu recht – einfordern werden, dass wir den verbleibenden Lebensraum und die restlichen Ressourcen teilen müssen. Denn mit dem Sterben von Korallen sterben Millionen von Fischer-Existenzen, mit den Rissen am Nordpol verlieren nicht nur Eisbären ihren Lebensraum, sondern in den ansteigenden Meeren werden ganze Küstenregionen versinken. Das Klima in der Weltfamilie wird sich also ganz gewaltig verändern. Und die Klimaflüchtlinge werden ihre Menschenrechte einfordern. Was aber gibt es zu teilen. Etwas zu essen, etwas Wärme und ein bisschen Liebe, diese drei Grundbedürfnisse sind es, wie sie Carl Amery einmal bezeichnet hat, welche allem Lebendigen innewohnen.

Die zentrale Schlüsselfrage für einen humanitären Naturschutz, der Mensch und Schöpfung gleichermaßen im Blick hat ist dabei nun einmal die Energiefrage das Kernbedürfnis alles Lebendigen. Es fehlt uns jedoch etwas anderes als nur elektrische Energie, es fehlt uns die Lebensenergie! Über dieses banale Thema möchte ich vor diesem emotionalen Hintergrund ein paar rationale Anmerkungen und vorsichtige Lösungsvorschläge versuchen:

Es ist positiv zu vermerken, dass sich die Bundesregierung in einer Reihe von Energiegipfeln derzeit Gedanken über dieses Zukunftsthema macht. Unverständlich aber ist, dass die Bundesregierung dazu die Umweltverbände nicht eingeladen hat. Das ist ein großer politischer Fehler. Denn die Energiediskussion der letzten Jahrzehnte wurde entscheidend von der Zivilgesellschaft angestoßen. Wer hat denn völlig neue Denkstrategien angeregt, zur Energiewende, zum Klimaproblem, zu erneuerbaren Energien? Es war die Umweltseite, die Bewegung in festgefahrene Strukturen gebracht hat. Innovation geht eben nicht allein mit neuen Techniken und Geld. Innovation braucht neues Denken und lebt von engagierten Menschen und deren Kreativitätsreserve.

Im Rat für Nachhaltigkeit streiten wir intensiv über die Zukunft von Energie und Klima. Ich meine, dass den erneuerbaren Energien, dem Energiesparen und der Energieeffizienz die Zukunft gehört. Andere sehen das anders und meinen, die Kernenergie sei unverzichtbar, jedenfalls vorläufig. Da entsteht natürlich Streit. Aber ich halte den Streit für richtig. Er wird viel zu oft – auch von der Umweltseite – einfach weggedrückt, etwa mit der Bemerkung, über Kernenergie reden wir nicht, weil der Koalitionsvertrag dieser Bundesregierung besagt, dass es beim Ausstieg bleibt. Wir sind froh darüber, dass die Bundeskanzlerin auf dem 2. Energiegipfel bestätigt hat, dass an dem Ausstiegsbeschluss nicht gerüttelt wird.

Bei der Diskussion um Atomkraft haben wir überzeugende Argumente in der Sache. Deshalb plädiere ich dafür, die Debatte um Laufzeitverlängerung und nukleare Zukünfte offensiv zu führen:

- Die Atomenergie zementiert die alten Systeme und behindert die Innovationskraft.
- Die Endlagerung ist nicht gelöst.
- Die Sicherheitsfrage ist latent, denn vor terroristischen Angriffen ist die Kernenergie nicht gefeit.
- Wir wissen, dass auch Uran eine endliche Ressource ist.
- Die Laufzeitverlängerung der bestehenden Atomanlagen würde bereits getroffene Investitionsentscheidungen in neue fossile und regenerative Anlagen ad absurdum führen.

- Und die Tatsache, dass wir künftigen Generationen nicht rückholbare Entscheidungen über Jahrtausende aufbürden dürfen, hat eine ethische Dimension, die jenseits der menschlichen Verantwortbarkeit liegt.

Die Atomdiskussion der 70er und 80er Jahre hat unserem Land einen großen Dienst erwiesen. Nicht nur, dass sie uns von einer fehlgeleiteten Fantasie menschlicher Allmacht befreit hat. Sie hat diese Gesellschaft auch ziviler, friedlicher, demokratischer und selbstbewusster gemacht. Deshalb muss die Debatte um die Energiezukunft aus der Geiselnahme durch die politischen und wirtschaftlichen Eliten befreit werden. Sie muss öffentlich und zivilgesellschaftlich geführt werden. Erst dann können wir erwarten, was wir brauchen.

Eine Perspektive wäre der Übergang zur so genannten „2000-Watt Gesellschaft“, weg vom 6000-Watt Verschwendungs-Szenario. Wir brauchen solche kollektiven Visionen und wir brauchen zu deren Verwirklichung wieder mehr Mut zu radikalem Handeln.

Ziel der deutschen EU-Ratspräsidentschaft im ersten Halbjahr 2007 sollte daher die Durchsetzung eines zukunftsweisenden europäischen Energiekonzepts sein. Ein solches Konzept ohne Atomstrom muss ein CO₂-Minderungsziel für den Zeitraum nach 2012 von mindestens 30 Prozent bis 2020 enthalten. Die Steigerung der Energieeffizienz und der weitere Ausbau der erneuerbaren Energien im Strom- und im Wärmesektor müssten als wesentliche Punkte im europäischen Aktionsplan verankert werden. Leider sieht dieser nur 20% vor, während die BRD bis 2020 auf 40% Steigerung kommen sollte. Entscheidend für eine Steigerung der Energieeffizienz ist die Verbrauchsreduzierung im Verkehr, die bis heute von der Automobilindustrie konsequent boykottiert wird. Leider wird auch der zweite Energiegipfel den Erfordernissen des Klimaschutzes nicht gerecht, es fehlen weiterhin konkrete Maßnahmen für mehr Energieeffizienz, effiziente Kraft-Wärme-Kopplung und eine Förderung der Erneuerbaren Energien im Wärmebereich.

Auch eine neue Energie-Außenpolitik ist angesagt: Klaus Töpfer fordert zu recht, die massiven ökonomischen Vorzüge endlich zu erkennen, die im Weltmarkt für erneuerbare Energien und in gescheiterten Effizienztechnologien liegen, mit Zielen die weit über das festgelegte Ziel, die Energieproduktivität von 1990 bis 2020 zu verdoppeln, hinaus gehen. Kalifornien bietet ein hoffnungsvolles Beispiel für derart hochgesteckte Ziele im Kampf gegen Treibhausgase. Und dies im Lande von George Bush. Dafür brauchen wir eine Kultur des „Einpreisens“. Aber nicht eines solchen „Einpreisens“, mit dem die Energiekonzerne den Emissionshandel politisch verhöhnt haben. Nein wir brauchen ein „Einpreisen“ der wahrhaftigen ökologischen Kosten. Wir brauchen ehrliche Preise. Dazu ist der Staat gefordert, die Rahmenbedingungen entsprechend zu setzen. Der Staat muss Effizienz-Anforderungen verbindlich festlegen und kontrollieren. Wir verlangen ein transparentes Monitoring, das feststellt, ob Staat und Wirtschaft genug tun und ihre Ziele auch wirklich umsetzen.

Die Umweltverbände Deutschlands sind auch bereit, neue Konzepte zum Beispiel zu persönlichen Bonus-Karten für das CO₂-mindernde Einkaufen und für „weiße Zertifikate“ gemeinsam mit der Wirtschaft zu entwickeln. Die Zeit der Feindbildpflege ist abgelaufen, stattdessen sind zukunftsfähige Allianzen gefordert.

Wir müssen dafür sorgen, dass Energiepolitik im Leben des Einzelnen auch ankommt. Die Energiewende erreicht man nicht mit Powerpoint-Vorträgen im Bundes-

kanzleramt, sondern damit, dass vernünftige Politik beim Menschen auf der Straße als eine Hilfe für umweltfreundliche Konsumententscheidungen und zum Geldsparen ankommt. Es geht um die Lebenskultur und die Lebensstile der Menschen. Der Kopf ist gelegentlich wichtiger als die Steckdose. Eine Energiepolitik, die das nicht begreift, ist nur eine halbe Sache und eine Verhöhnung der Natur und des Menschen, denn beim Klima geht es um das gesamte Leben. Es gibt keine halbe Gerechtigkeit, weshalb es auch keine halbherzige Energiepolitik geben darf. Denn es gibt eben auch keinen Kompromiss zwischen Leben und Tod gibt.

Deutschland wird seiner globalen Verpflichtung bislang noch nicht gerecht. Die Welt wartet daher auf unseren Impuls. Wir haben das im Nachhaltigkeitsrat im vorigen Jahr im direkten Dialog mit Politikern und Experten aus Indien, China, Brasilien, Russland und Südafrika – den so genannten BRICS-Ländern – gesehen. Wir haben diesen Dialog mit den BRICS-Ländern unterhalb der Schwelle von Diplomatie und Regierung geführt. Das war sehr produktiv. Denn erst im einigermaßen freien Dialog werden die eigentlichen Probleme deutlich. Man fragt nach Lösungsvorschlägen und weiß, dass die Welt nicht stehen bleiben kann und dass wir den Wohlstand der Nationen neu denken müssen. China oder Indien wissen doch längst, dass das westliche Modell des Wachstums eine Falle ist. Für die Natur und für den Menschen. Und sie werden sich daher aus purem Egoismus genauso wie die USA den Sparzielen der Weltfamilie anschließen müssen.

Noch fehlen wesentliche Initiativen einer globalen Klimapolitik. Klimapolitik ist aber gleichzeitig Friedenspolitik weil nirgendwo die sozialen und wirtschaftlichen Parameter so eng verwoben sind mit dem Leben auf dieser Erde als in der Energie- und Klimafrage. Energiepolitik ist Menschenpolitik. Betreiben wir die Klimapolitik nur halbherzig, dann drohen uns völlig neue Konfliktlagen. Damit wird die Umweltbewegung zur Friedensbewegung unserer Zeit. Wir müssen daher viel radikaler denken. Die Umweltbewegung war in den sechziger und siebziger Jahren radikal und hat diese „positive Radikalität“ heute vielerorts eingebüßt. Aber sie hätte noch das Potenzial zur intellektuellen Radikalität. Ich plädiere dafür, dass sie diese beim Thema Energie aufs Neue unter Beweis stellt.

Lassen wir uns vom „Mainstream“ nicht in die Rolle des passiven Beobachters drängen. Nehmen wir beispielsweise die Anti-Kyoto-Strategie des Weißen Hauses und die Wachstumszwänge Chinas endlich als das an, was sie sind: Als intellektuelle Herausforderung für die gesamte Weltfamilie. Oder lassen Sie es mich einfach mit den Worten von Angela Merkel in ihrer Haushaltsrede 2006 formulieren: „Wir haben in den letzten Jahren die Dimension der Zukunft zu sehr in den Hintergrund gedrängt. Wir haben uns immer wieder damit abgefunden oder wir haben es zumindest nicht thematisiert, dass wir von der Substanz leben. Deshalb ist diese Bundesregierung ganz bewusst angetreten, um das Leben von der Substanz schrittweise zu beenden. Das ist genau das, was man mit dem sperrigen Begriff der Nachhaltigkeit beschreibt. Deshalb sage ich es etwas anders, nicht ganz so sperrig: Es ist ganz einfach so, dass wir unsere Zukunft nicht verbrauchen dürfen. Das ist die Leitlinie, das ist der Maßstab, an dem wir unsere gesamte Politik ausrichten.“

Ihr Wort, Frau Bundeskanzlerin, in Gottes Ohr. Bitte lösen Sie es aber auch ein! Machen sie Deutschland zum Vorreiter einer zukunftsfähigen Nachhaltigkeitspolitik und nützen sie unsere Chancen vor der Weltfamilie sowohl beim EU-Vorsitz als auch beim G8-Vorsitz im Jahr 2007 und 2008 beim „Weltgipfel für Biologische Vielfalt“, der ebenfalls in Deutschland stattfindet. Das wäre doch ein Kulturentwurf mit dem wir vor der

Geschichte bestehen könnten. Hoffnung dazu gibt mir die Rede von Angela Merkel auf dem Jahreskongress des „Rates für Nachhaltige Entwicklung“ am 26.09.06 in Berlin, wo sie die Innovation des Denkens, mehr Demut und moralische Verpflichtung gegenüber der Weltfamilie beschworen hat.

Auch Bundespräsident Horst Köhler hat sich wiederholt zu diesem Thema geäußert: „Damit es überhaupt keinen Zweifel gibt: Ich bin der festen Überzeugung, dass der Schlüssel zur Zukunft unseres Landes in einer nachhaltigen Entwicklung liegt. Nachhaltigkeit heißt, so zu leben und zu wirtschaften, dass unsere Kinder und Enkel, und dass alle Menschen in der ‘Einen Welt’ eine gute Zukunft haben – ökologisch, ökonomisch und sozial. Die drei Säulen der Nachhaltigkeit dürfen wir nicht gegeneinander ausspielen. Wir müssen vielmehr immer wieder versuchen, sie in Einklang zu bringen. Keine einfache Aufgabe, fürwahr. Um sie zu lösen, sind Mut und Kreativität, aber auch Nüchternheit und Kompromissbereitschaft gefragt. Und vor allem: Langfristiges Denken und Handeln – über Quartalsbericht und Legislaturperioden hinaus.“

Ich schließe, so wie eingangs begonnen, mit Emotionen und erinnere noch einmal an weltfamiliäres Denken und an das Teilen zwischen Menschen und Schmetterlingen. Und ich träume von einem Paradigmenwechsel, der statt des Bruttosozialprodukts ein „Glücksprodukt“ als Politikziel einführt und der, wenn von Werten die Rede ist, nicht nur an Börsenkurse denkt. Ein Klima wäre das, das nicht immer die diffuse „Enkelverantwortung“ strapazieren müsste, sondern mit Lebensfreude im „Jetzt“ glücklich sein könnte: Weil die Welt so schön ist will ich sie erhalten, für mich, für meine Mitgeschöpfe und für die Enkel. Die Sache mit der viel zitierten „Generationengerechtigkeit“ hat ja auch eine andere Dimension, denn schließlich ist ja eine intakte Natur, ein paar Blumen und Vogellieder auch ein Teil zukünftiger Rente, denn was gäbe noch so viel materieller Wohlstand Sinn, wenn dieser in einer kaputten Umwelt versanden würde. Dazu bedarf es eben jenes Kulturentwurfs, der vom Geist der wahrhaftigen Nachhaltigkeit geprägt ist. Er sollte von uns, von Deutschland, von Europa ausgehen, er sollte von dorthier kommen, wo auch der Ungeist der Weltausbeutung seinen Lauf genommen hat, getreu dem Wort des Parsifal, „dass der Speer nur die Wunde heilen kann, der sie auch geschlagen hat“. Ein martialisches Bild. Ich möchte es daher auf die versöhnlichere Formel und auf meine ganz persönliche Philosophie bringen: Bei der gerechten Verteilung der Lebensenergie in unserer gemeinsamen Heimat Erde geht es nicht nur um elektrische Energie oder Mobilität und Kraftwerke, sondern es geht letztlich um die Energie des Lebendigen, es geht um Wärme und um den behutsamen Umgang mit der Schöpfung.

(Es gilt das gesprochene Wort)

WELCHE UMWELTPOLITISCHEN HERAUSFORDERUNGEN STELLEN SICH IN DER ZEIT DER DEUTSCHEN EU- UND G8-PRÄSIDENTSCHAFT?

REDE VON SIGMAR GABRIEL, BUNDESMINISTER FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Lieber Hubert Weinzierl,
sehr geehrter Herr Kollege Miliband,
sehr geehrter Herr Karlsson,
sehr geehrte Damen und Herren.

Ich freue mich sehr, Sie auf dieser Konferenz begrüßen zu können, auf der wir die umweltpolitischen Herausforderungen in der Zeit der deutschen EU- und G8-Präsidentschaft diskutieren. Im ersten Halbjahr 2007 übernimmt Deutschland für ein halbes Jahr die EU-Ratspräsidentschaft. Dies bedeutet übergreifende Verantwortung und Gestaltungsmöglichkeiten für die europäische Umweltpolitik.

Als in der Europapolitik aktive Verbandsvertreter wissen Sie: Der EU-Ratspräsident ist nicht der „Chef“ im Ministerrat. Im Gegenteil: Er - oder sie - ist in besonderer Weise dem Kompromiss verpflichtet. Dennoch gibt es natürlich Gestaltungsmöglichkeiten, die man als Vorsitzender nutzen kann. Ich verspreche Ihnen: Diese Gestaltungsmöglichkeiten will ich nutzen, um die umweltpolitische Agenda in Europa voranzubringen. Dabei setze ich auch auf die Unterstützung der nationalen und internationalen Umwelt- und Naturschutzverbände. Wir brauchen Sie wegen Ihrer hohen fachlichen Expertise und als Impulsgeber für die umweltpolitische Diskussion.

Der Weg zu einer nachhaltigen Entwicklung wird nicht einfach sein. Es muss ein Weg sein, der in den Gesellschaften der Mitgliedstaaten mehrheitsfähig ist. Die notwendigen Konzepte müssen wir gemeinsam im Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen entwickeln. Dabei haben die Umweltverbände eine tragende Rolle, sowohl in den Mitgliedstaaten als auf europäischer Ebene.

Diese Konferenz konzentriert sich auf die Themenfelder:

- Klima,
- Energie,
- nachhaltiger Verkehr und
- biologische Vielfalt.

Dies sind in der Tat die Bereiche, in denen wir im ersten Halbjahr 2007 Fortschritte erreichen wollen und müssen:

1. Wir wollen den internationalen Klimaschutz voranbringen.

Bis zum Jahr 2009 müssen die Grundlagen für die Zeit nach der ersten Periode des Kyoto-Protokolls geschaffen werden. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir als Europäer unserer Führungsrolle im internationalen Klimaschutz gerecht werden müssen, um in den internationalen Verhandlungen voranzukommen. In enger Zusammenarbeit mit der jetzigen finnischen und den folgenden Präsidentschaften Portugal und Slowenien wollen wir deshalb die Grundlagen für die Verhandlungsposition der EU legen. Ich hoffe sehr, dass wir Einigkeit darüber herstellen können, mit welchem Angebot wir in die Verhandlungen gehen.

Konkret heisst das, welche Minderungsziele wir als Europäer annehmen können, und was wir im Gegenzug von anderen Staaten erwarten.

Auch den Europäischen Emissionshandel wollen wir im Rat diskutieren und weiter entwickeln.

2. Wir wollen eine integrierte, verlässliche Energiestrategie erarbeiten, die von vornherein die Ziele Versorgungssicherheit, Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt- und Klimaschutz verknüpft

Hier haben wir die Chance, moderne, zukunftsfähige, effiziente Lösungen zu entwickeln. Diese Chance müssen wir nutzen. Für die ökologisch und ökonomisch notwendige Trendwende brauchen wir eine Effizienzrevolution bei der Nutzung von Energieträgern, kombiniert mit dem konsequenten Ausbau der erneuerbaren Energien. Die EU spielt eine Schlüsselrolle in der Entwicklung einer modernen, nachhaltigen Energiepolitik. Im März kommenden Jahres werden sich die Staats- und Regierungschefs bei ihrem Frühjahrsgipfel mit der „Energiepolitik für Europa“ befassen und einen „Aktionsplan-Energie“ beschließen. Dies wollen wir nutzen, um auch auf europäischer Ebene Effizienz und Erneuerbare Energien voranzubringen.

Bis zu 20 Prozent der in der EU genutzten Energie können marktwirtschaftlich eingespart werden, sagt die Europäische Kommission. Um dies zu erreichen, brauchen wir anspruchsvolle Maßnahmen in den zentralen Bereichen Gebäude und Verkehr, aber auch bei Prozesswärme und Antrieben sowie der Energieumwandlung. Von besonderer Bedeutung für die Energieeffizienz ist der Produktbereich. Wegen der Gefahr von Handelshemmnissen durch nationale Vorgaben kann bei Produkten vor allem die EU entsprechende Vorgaben machen. Hier brauchen wir dringend EU-weite anspruchsvolle, dynamische Effizienzstandards für Haushaltsgeräte, Kommunikationstechnologien, Beleuchtung und Motoren. Das Tempo bei der Festlegung der Standards muss dabei aber dem Innovationstempo angepasst werden. Das heißt: Der Energieverbrauch der besten Geräte von heute wird zum Mindeststandard in den nächsten Jahren erklärt. Wer den Standard nicht erreicht, darf seine Geräte nicht in Verkehr bringen. Ein solcher Ansatz, regelmäßig fortgeschrieben, sorgt dafür, dass Energieeffizienz Top-Forschungspriorität wird und sichert den Spitzenreitern wichtige Wettbewerbsvorteile.



Sigmar Gabriel

Wir wollen die erneuerbaren Energien auf europäischer Ebene weiter ausbauen. Die Europäische Union hat sich hierfür Ziele bis 2010 gesetzt. Wir müssen dafür sorgen, dass wir diese auch erreichen. Insbesondere bei der Bereitstellung von Wärme und Kälte aus erneuerbaren Energien bestehen große und wirtschaftlich nutzbare Potenziale. Der angekündigte Richtlinien-Vorschlag sollte unter deutscher EU-Ratspräsidentschaft die entscheidende Hürde nehmen. Auch die Rahmenbedingungen für die Verwendungsmöglichkeiten von nachwachsenden Rohstoffen müssen verbessert werden. Gerade aus Gründen der Investitionssicherheit müssen wir aber bald anspruchsvolle Ausbauziele für erneuerbare Energien über 2010 hinaus – ich meine: mindestens bis 2020 – fortschreiben. Dies gilt sowohl für den Gesamtanteil der erneuerbaren Energien wie für die Einzelbereiche Wärme/Kälte, Strom und Biokraftstoffe.

Zusätzlich zur Arbeit im Rat werde ich - gemeinsam mit der Europäischen Kommission und der Wirtschaft - im Januar 2007 eine Konferenz zu erneuerbaren Energien in Brüssel ausrichten, in deren Mittelpunkt der Dialog mit allen Beteiligten stehen wird.

Die Liberalisierung der Strom- und Gasmärkte ist entscheidend für Energieeffizienz und Erneuerbare: Um den Einsatz neuer effizienter Kraftwerke, von Strom aus erneuerbaren Energien und die Kraft-Wärme-Kopplung weiter zu steigern, muss sichergestellt werden, dass neue Kraftwerksbetreiber in allen Ländern der Europäischen Union einen Anspruch auf einen diskriminierungsfreien Anschluss an die Netze erhalten. Damit dies erreicht wird, muss auch die Wettbewerbsaufsicht über die Energiemärkte gestärkt werden.

3. Wir wollen Mobilität nachhaltig gestalten, um das Klima zu schützen und die Luft rein zu halten.

Beim Thema Luftreinhaltung zeigen die aktuellen Diskussionen um die Luftqualitätsrichtlinie ein wirkliches Problem auf: Die Kommission kann uns nicht einerseits strenge neue Luftqualitätsziele vorgeben, aber andererseits die konkreten Mittel zu deren Erreichung verzögern. Wir werden die Versuche des Parlaments die geltenden Feinstaubgrenzwerte abzuschwächen nur abwehren können, wenn wir konkrete Innovationen im Verkehrsbereich durchsetzen: dazu gehören die Grenzwerte Euro 5/6 für Pkw, insbesondere aber die Euro VI für schwere Nutzfahrzeuge. Nachdem die Kommission nun Vorschläge vorlegen wird sieht es glücklicherweise momentan so aus, als könnten Rat und Parlament sich in erster Lesung auf strengere Grenzwerte für Pkw einigen.

Dringend erforderlich sind aber noch die seit über einem Jahr fehlenden Grenzwertvorschläge für Nutzfahrzeuge. Ich gehe davon aus, dass Kommissar Verheugen hier tätig wird. Ich werde dann die Verhandlungen zu allen Richtlinien im Bereich der Luftreinhaltung zügig fortführen und möglichst abschließen. Bereits jetzt ist absehbar, dass die Automobilhersteller ihre freiwillige Vereinbarung zu den CO₂-Emissionen nicht einhalten können. Wir müssen daher im Rat der Union die weiteren möglichen Schritte diskutieren.

Zu einer nachhaltigen Mobilität gehört auch, dass der Flugverkehr einen Beitrag zur Minderung der Treibhausgasemissionen leistet. Ich werde daher den von der Europäischen Kommission angekündigten Vorschlag zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel im Rat aufgreifen und vorantreiben.

4. Wir wollen dazu beitragen, den Verlust der Artenvielfalt zu stoppen.

Wir wollen daher im Umweltrat bereits die Verhandlungsposition der EU für die 9. Vertragsstaatenkonferenz der Biodiversitätskonvention festlegen, die 2008 in Bonn stattfinden wird. Und: Wir werden die Initiative ergreifen, größere Unternehmen zu bewegen, keine Produkte aus neuen, durch Regenwaldrodung gewonnenen Anbauflächen zu importieren.

Sehr geehrter Damen und Herren. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir uns nicht zwischen Wettbewerbsfähigkeit und Umweltschutz entscheiden müssen. Im Gegenteil, nur umweltverträgliche Arbeitsplätze sind am Ende sichere Arbeitsplätze. Langfristig wird es ohne die Schonung der natürlichen Ressourcen kein nachhaltiges Wirtschaftswachstum geben. Wettbewerbsfähigkeit heißt gerade nicht „weiter wie

bisher“. Vielmehr geht es um eine ökologisch und ökonomisch sinnvolle Modernisierung, die auf dem Weltmarkt zukunftsfähig ist.

Das Motto muss lauten: „Das Eine tun und das andere nicht lassen!“

Wir brauchen dazu eine ökologische Innovations- und Industriepolitik auf europäischer Ebene, die systematisch Umwelttechnologien, wie energie- und ressourceneffiziente Verfahren und Produkte oder erneuerbare Energien fördert. So können wir gleichzeitig ein höchstmögliches Maß an Umweltschutz, nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung und nicht zuletzt Beschäftigung erreichen. Impulse dazu wollen wir im Kontext der Lissabon-Strategie beim Umweltrat im Februar und beim Frühjahrsgipfel im März geben. Beim informellen Umweltministertreffen in Essen werden wir uns im Detail mit diesem Thema befassen.

Ein nachhaltiges Europa, das Arbeitsplätze und Wohlstand schafft, braucht eine aktive Umweltpolitik. Während der deutschen Ratspräsidentschaft der Europäischen Union in der ersten Hälfte des Jahres 2007 wollen wir dazu beitragen, die Weichen für ein innovatives, wettbewerbsfähiges, soziales und ökologischeres Europa zu stellen.

2007 wird Deutschland außerdem die Präsidentschaft in der Gruppe der acht führenden Industrienationen übernehmen. Damit werden wir eine weitere Schlüsselstellung einnehmen, die ich für Fortschritte in der internationalen Umweltpolitik nutzen möchte. Und das sieht Bundeskanzlerin Merkel auch so. Klimaschutz und Energieeffizienz werden wichtige Themen beim G8-Gipfel in Heiligendamm sein. Umweltschutz gehört als fester Tagesordnungspunkt auf die „Weltwirtschaftsgipfel“. Die Einsicht hat sich durchgesetzt, dass der Schutz und die nachhaltige Nutzung von Natur und Umwelt eine Grundvoraussetzung für Entwicklung und Wohlstand weltweit sind. Die G8 haben eine besondere Verantwortung für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen – wegen ihres Reichtums, wegen ihrer technischen Fähigkeiten und wegen des immer noch überdurchschnittlich hohen Verbrauchs natürlicher Ressourcen. Die G8 müssen daher Vorbilder sein und zeigen, wie wirtschaftliches Wachstum und vorsorgender Umweltschutz Hand in Hand gehen können.

Wir wollen das nächste Jahr nutzen, um über den G8-Vorsitz die Zusammenarbeit mit den großen Schwellenländern - also China, Indien, Südafrika, Brasilien und Mexiko – zu vertiefen. Zukunftsfähige Wachstumspfade der Schwellenländer sind zentral für eine global nachhaltige Entwicklung. Dass ein Umlenken notwendig ist, wird z.B. in China als dringliche Aufgabe erkannt - das belegt der aktuelle Fünfjahresplan. Allerdings werden sich die wichtigsten Schwellenländer nur dann engagieren, wenn die Industrieländer mit ambitionierten Verpflichtungen voranschreiten.

Klimaschutz und nachhaltige Energiepolitik sowie die Erhaltung der biologischen Vielfalt sind für mich die zentralen Themen bei G8 im nächsten Jahr. Sie werden auch auf der Agenda des G8-Umweltministertreffens stehen.

Die Blockade in den internationalen Klimaverhandlungen muss aufgebrochen werden. Wir kommen nicht weiter, wenn Industrie- und Entwicklungsländer auf breiter Front befürchten, dass ein neues Klimaschutzregime nach 2012 zu erheblichen Wohlstands- einbußen führt. Gerade im Kreis der G8 müssen wir viel mehr über die wirtschaftlichen Chancen reden. Energieeffizienz macht besonders deutlich, dass das energiepolitisch Richtige auch dem Klimaschutz nutzt. Ich werde mich daher für eine massive

Steigerung der Energieeffizienz einsetzen. Wir wollen hier in den G8-Staaten, aber auch in wichtigen Schwellenländern mit konkreten Maßnahmen vorwärts kommen. Außerdem muss der globale Ausbau erneuerbarer Energien weiter gehen. Damit können wir die Knappheit bei Energieressourcen und den sich verschärfenden Klimawandel in den Griff bekommen.

Energieeffizienz ist aus meiner Sicht ein Bereich, in dem eine Verständigung besonders leicht möglich ist: kurz- und mittelfristig lassen sich hier erhebliche Einsparungen verwirklichen. Effizienzpotenziale bestehen auf der Angebots- und Nachfrageseite, in allen Sektoren: bei der Energieversorgung, in der Industrie, im gewerblichen Bereich, im Verkehr und nicht zu vergessen in den Privathaushalten. Mit der Entwicklung des nationalen „Aktionsplans-Energieeffizienz“ haben wir in Deutschland ein Zeichen gesetzt - bald wird auch, wie bereits erwähnt, ein hoffentlich ambitionierter Vorschlag von der Kommission auf dem Tisch liegen. Auch die G8 sollten zeigen, dass Klimaschutz machbar ist und sich rechnet!

Über den G8-Prozess hinaus, trete ich dafür ein, dass wir uns 2007 auf UN-Ebene auf die konsequente Verfolgung der Doppelstrategie des entschlossenen Ausbaus von Energieeffizienz-Maßnahmen und der erneuerbaren Energien verständigen. Auf meine Initiative hin fordert die EU mit Blick auf die im Mai 2007 anstehende Entscheidung der UN-Kommission für Nachhaltige Entwicklung zur Energiepolitik, dass bis 2010 in allen nationalen Nachhaltigkeitsstrategien oder vergleichbaren Planungsinstrumenten konkrete umsetzungsfähige Festlegungen zur Ausweitung des Zugangs zu Energie, von Energieeffizienz-Maßnahmen und des Einsatzes erneuerbarer Energien getroffen werden müssen. Ferner fordert die EU einen effizienten internationalen Überprüfungsmechanismus der angestrebten Beschlusslage.

In den nächsten 10-15 Jahren stehen gewaltige Investitionen im Energiesektor an. Im gleichen Zeitraum wird sich das Zeitfenster schließen, in dem eine globale Erwärmung um mehr als 2°C noch verhindert werden kann. Wir müssen daher dringend die internationalen Rahmenbedingungen festschreiben. Echte Fortschritte wird es nur geben, wenn Klimaschutz ganz oben auf der politischen Agenda steht - beim Gipfel in Heiligendamm.

Ich werde mich auch im Rahmen der G8-Präsidentschaft für die Erhaltung der biologischen Vielfalt einsetzen. Der Rückgang der Biodiversität wirkt sich weltweit aus: es gibt immer mehr Umweltflüchtlinge, die Afrika wegen Versteppung oder überfischter Meere verlassen müssen. Der Amazonas droht auf Grund einer zu geringen Walddichte auszutrocknen. Dabei verrinnt die Zeit, um das beim Weltgipfel in Johannesburg vereinbarte Ziel zu erreichen und bis 2010 die Verlustrate an biologischer Vielfalt signifikant zu reduzieren.

Wir prüfen derzeit konkrete Initiativen für Fortschritte beim 2010-Ziel. Einmal geht es darum, dass Lebensmittel und biogene Rohstoffe nachhaltig produziert, gehandelt und konsumiert werden. Schutzgebiete sind das zentrale Instrument des Naturschutzes – wir müssen vor allem im Bereich der Wälder und beim globalen Schutzgebietsnetz auf dem Meer weiterkommen. Für die Ausweitung der Gebiete und einen effektiven Schutz wird man natürlich auch über die Finanzierung reden müssen. Die Umsetzung des ODA-Stufenplans (Official Development Assistance) sollte aus meiner Sicht eine starke Umweltkomponente enthalten - dabei bieten natürlich auch innovative Finanzierungsinstrumente eine zweckmäßige Option.

Wir haben in der europäischen und der internationalen Umweltpolitik noch viel zu tun. Ich bin überzeugt, dass die Umwelt- und Naturschutzverbände hierbei weiterhin eine aktive und konstruktive Rolle spielen werden. Und ich hoffe, dass diese Konferenz dazu beiträgt, die nachhaltige Entwicklung auf unserer Erde ein Stück voranzubringen.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Fragen aus dem Publikum

In der anschließenden Diskussion wurde die erste Frage aus dem Publikum zum Thema Energieeffizienz im Automobilbereich gestellt. Es sei zu begrüßen, dass bei der zu erwartenden Nichterfüllung der freiwilligen Selbstverpflichtung der Automobilindustrie Herr Gabriel gesetzlich bindende Regelungen einführen wolle. Doch wie sollten diese aussehen? Bei der ursprünglich gesetzten Zielmarke von 120 Gramm Kohlendioxid pro Kilometer per Selbstverpflichtung müsste eine gesetzliche Regelung nach 2008 entsprechend mehr einfordern. Die Umweltverbände forderten 80 Gramm und damit eine Verdopplung der Energieeffizienz in 10 Jahren. Außerdem sei der Aspekt der Biokraftstoffe noch nicht ganz klar geworden. Wenn diese auf die Autoemissionen angerechnet würden, gelte ein Auto als 10 Prozent energieeffizienter, bloß weil Biokraftstoff im Tank ist. Die Position der Umweltverbände sei hier ganz klar eine andere: „Biokraftstoffe sind unter ökologischen Limitierungen als zusätzliche Aspekte zu bewerten, und nicht um der Automobilindustrie die Möglichkeit zu geben, sich aus ihrer Verpflichtung herauszustecken. Ein Auto wird nicht effizient, nur weil es mit Biokraftstoff fährt.“

Sigmar Gabriel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, korrigierte in seiner Antwort die Zielangaben. Für die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie gelten bis 2008 140 g/km und nicht 120 g/km. Letztere seien als nächstes Ziel beschrieben, jedoch ohne Jahreszahl. Und er sehe sogar das 140-Gramm-Ziel als beinahe zu große Herausforderung für die Automobilindustrie. Der heute veröffentlichte „Aktionsplan-Energieeffizienz“ der EU-Kommission besage, dass im Verkehrsbereich die Umsetzung des 120-Gramm-Ziels notfalls durch ordnungsrechtliche Maßnahmen bis 2012 durchgesetzt werden solle. Dies allerdings mit Hilfe eines umfassenden Ansatzes, dem „integrated approach“. Das 80-Gramm-Ziel der Umweltverbände hält Herr Gabriel für nachvollziehbar, aber auch für absolut unrealistisch. Er sei für ordnungsrechtliche Maßnahmen, wenn die Selbstverpflichtung nicht eingehalten werde. Auch sollen bei 140 g/km keine Biokraftstoffe angerechnet werden. Aber die Koalitionsfraktionen von SPD, CDU /CSU hätten in ihrem Koalitionsvertrag erklärt, dass sie bei 120 g/km bereit seien, die teilweise Anrechnung der Biokraftstoffe zuzulassen. Diese Position der Bundesregierung betrachte er als überaus ehrgeizig. Er verstehe zwar bestimmt weniger von Umweltschutzpolitik als das Publikum, aber auf jeden Fall mehr davon, was politisches Management schaffen könne und was nicht. Und das was aktuell angestrebt wird, sei sehr ehrgeizig.

Die zweite Frage betraf die Tagesordnung der Ratspräsidentschaft in Zusammenhang mit der europäischen Chemikaliengesetzgebung REACH. Damit Sigmar Gabriel das Thema Energie als ein Hauptthema während der Ratspräsidentschaft angehen könne, brauche er eine frei gestaltbare Tagesordnung. Doch im Moment gebe es ein anderes umweltpolitisches Thema, und zwar die Debatte um REACH. Während das EU-Parlament im Interesse der Gewerkschaften, der Ärzteverbände und der Umweltverbände auf ein starkes REACH

zusteuere, blockiere Deutschland im EU-Rat und in der EU-Kommission jegliche Fortschritte. Wie sei nun die Position von Herrn Gabriel bezüglich dieser Entwicklung?

Minister Gabriel wies diese Kritik zurück. Er führte aus, dass es gar kein REACH mehr gäbe, wenn das EU-Parlament die Forderungen von Greenpeace übernehme, und zwar nicht wegen der deutschen Position, sondern wegen der unterschiedlichen Interessen der 25 Mitgliedstaaten. Deutschland vertrete nämlich im Vergleich zu anderen Mitgliedstaaten eine der progressivsten Positionen zu REACH, und dies gleich hinter Großbritannien und Skandinavien. Doch die Positionen zu REACH hätten auch etwas mit der Frage zu tun, wie viel Chemieindustrie in den einzelnen Mitgliedstaaten existiere. Ginge es nach den osteuropäischen Ländern oder Frankreich, würde das „Aufbinden“ des im Rat als gemeinsamer Standpunkt zwischen Kommission und Umweltrat entwickelten REACH-Kompromisses nicht dazu führen, dass REACH engagierter werde. Vielmehr würden keinerlei Registrierungs- und Zulassungsverfahren von Altstoffen in Europa festgelegt werden. Es gebe einen Grund dafür, dass man acht Jahre ohne Ergebnis verhandelt habe - nämlich den, dass die Positionen in Europa diametral auseinander lägen. Wenn sich 25 Mitgliedstaaten darauf einigen würden, dass 30.000 der gefährlichsten Altstoffe in Zukunft registriert, untersucht und gesondert zugelassen werden, halte er das nicht nur unter gesundheitspolitischen Gesichtspunkten für einen Riesenfortschritt, so der Minister. Und wenn dies zu einem internationalen Standard werden solle, müssten die 25 Mitgliedstaaten beieinander bleiben. Das werde nicht erreicht, wenn der gemeinsame Standpunkt wieder „aufgebohrt“ werde. Deshalb sei die Bundesregierung gegen ein weiteres „Aufbinden“ des Kompromisspaketes. Es würden sich nämlich im Endeffekt jene durchsetzen, denen der jetzige Standpunkt schon viel zu weit gehe. Und im Ergebnis bekäme man keine qualifizierte Mehrheit für REACH im Rat, in der Kommission und im Parlament. Die Verhandlungen würden nochmals drei, vier oder acht Jahre dauern, und die gefährlichsten Altstoffe im Chemikalienrecht würden ungeprüft bleiben. Dies sei völlig unverantwortbar. Für ihn selbst ist in diesem Fall „der Spatz in der Hand besser als die Taube auf dem Dach“. Und den derzeitigen Spatz in der Hand hält er für ziemlich gewichtig.

**SPEECH BY RIGHT HONOURABLE DAVID MILIBAND, MEMBER OF PARLIAMENT,
SECRETARY OF STATE FOR ENVIRONMENT, FOOD AND RURAL AFFAIRS, GREAT BRITAIN**

„BUILDING AN ENVIRONMENTAL UNION”

It is a pleasure and honour to be here in Berlin with Sigmar Gabriel to discuss the forthcoming German Presidencies of the EU and the G8. As climate change rises up the political agenda, the international spotlight will be on Germany at a critical time .

Climate change is in many ways the defining economic, social, and political challenge of our times. Economically, the cost of mitigating climate change will be far less than the cost of dealing with the consequences. The challenge is how to finance the transition to a low-carbon economy, not just within Europe but across the world. Socially, climate change raises profound questions of justice and equity: between generations, between the developing and developed worlds; between rich and poor within each country. The challenge is to find an equitable distribution of responsibilities and rights. Politically, the challenge is to secure the consent of citizens, businesses and nations around the world to a stabilisation goal for carbon dioxide in the atmosphere. We have the technology to move to a low-carbon economy; we can afford to invest in energy efficiency and low-carbon fuels; we have the policy instruments that can make this happen; but we need the political mechanisms to prepare and achieve a long term shift in the way we live and work.

I say this because for me the facts that confront us are stark. On any rational basis, the debate about climate change is over, and the question is how we respond:

- First, atmospheric carbon dioxide levels are now higher than at any time for at least the last 740,000 years. Atmospheric CO₂ is now around 40% higher than before the industrial revolution.
- Second, this is resulting in a rise in temperature at the earth's surface of 0.7 degrees in the last century, almost certainly unprecedented in human civilisation, and caused by human activity.
- Third, the rise in temperature is likely to be partly responsible for the rise in extreme weather in terms of heat waves, droughts, storms and floods. All of the ten warmest years since 1850 have occurred since 1990.
- Fourth, if it carries on unchecked, we could see temperatures rise a further 1.5 degrees by 2050 on 1990 levels, and by 4 degrees by 2100. This will push many of the great eco-systems of the world to irreversible decline. Arctic sea ice in summer has already thinned by about 40% in the last 50 years.
- Fifth, the effects will be on people not just nature; immediate as well as long term. For instance, over 30,000 extra deaths were caused by the 2003 European heat wave. Two thirds of the world's population live within 80 kms of the coast. Climate change must be seen as a potential humanitarian crisis.

DOMESTIC POLICY:

In the UK, we are projected to cut our greenhouse gases by 23 to 25% from 1990 levels over the Kyoto commitment period – that is nearly double the level of the Kyoto targets. However, UK emissions of carbon dioxide have recently begun to rise. We remain on track to meet our Kyoto targets, but we will on current trends fall short of our national goal of a 20% reduction in CO₂ emissions by 2010.

That is why we are bringing forward a series of reforms to ensure each part of society takes responsibility for climate change:

- As a Government, we are committed to making the Government Estate Carbon Neutral by 2012, and to using the £150 Billion of goods and services we procure to drive down emissions.
- Business is already covered by the Climate Change Levy, with its associated instruments worth a cumulative 28 million tonnes of carbon since it was introduced, and our energy intensive businesses by the European Union Emissions Trading Scheme. But we are considering extending emissions trading further, and will shortly be consulting on an emissions trading scheme - the Energy Performance Commitment - for medium sized public and private emitters within the UK. We are also using regulation to drive up standards, for instance, in Building regulations, changes introduced since 2002 will deliver a 40 per cent improvement in the energy efficiency standards of new homes.
- Individual households make up 44 per cent of our total emissions: the role of government must be to find ways of providing information, incentives and convenient services that enable citizens to improve energy efficiency, and even contribute to low-carbon energy production through micro-generation. That is why we are examining the role of energy service companies that will help facilitate individual changes in behaviour, and the role of the personal carbon allowances.

Each part of society has to take responsibility. Citizens and business will make their contribution if they think their actions will be matched by other citizens, other businesses, and other nations. Unless we can create this sense of reciprocity – what I call, an environmental contract - we will not move the debate on climate change from awareness to action. An environmental contract has to stretch beyond each nation – we have to embed a shared willingness to tackle climate change across Europe and beyond. This is a challenge that the European Union was designed for: addressing global problems that require cooperation across borders. Europe has a strong environmental record on which to build. From air pollution and water quality to recycling. But in future, we should go further. It's raison d'être in the 21st century must be to prevent the exploitation of the planet. The European Union must become the Environmental Union.

Today, I will argue that an Environmental Union must go further in three areas:

- Developing a low-carbon economy in Europe by extending and strengthening the EU emissions Trading scheme.
- Turning the CAP from a solution to food security, to a solution to today's problems of climate and energy security.
- Using its power as the biggest political and economic union in the world to build a coalition of developing and developed nations committed to tackling climate change.

ENERGY SECURITY, COMPETITIVENESS AND CLIMATE CHANGE:

In Europe today, we face three linked challenges:

- How to increase our economic competitiveness, as pursued by the Lisbon Agenda.
- How to ensure energy security - the risk of disruption and high prices due to dependence on oil and gas imports.
- How to tackle climate change by moving to a low-carbon economy.

My argument is that these three challenges are linked - economic competitiveness, energy security, and climate change all point to the need for more investment in energy efficiency, low carbon fuels, and liberalised energy markets. The forthcoming report by Sir Nicholas Stern, setting out the economics of climate change, will show that the cost of arresting climate change will be far less than the cost of having to deal with its consequences; early and gradual action will be far more effective than drastic action at a later date; and environmental sustainability can go hand in hand with economic competitiveness.

Europe faces a particular imperative. In world where capital is mobile, and countries such as China and India have a plentiful supply of labour, Europe must find new sources of comparative advantage. As set out in the Lisbon Agenda in 2000, the source of Europe's competitive advantage must be through the application of knowledge, creativity and innovation to manufacturing and services; it must be through harnessing the benefits of the biggest single market in the world. Environmental industries are already worth 200 billion euros and growing fast. Exports last year grew by 8 per cent and there was a trade surplus of over 600 million euros. However, in future, every industry must be an environmental industry. Whereas labour productivity was the source of competitive advantage in the industrial age, today Europe must focus as heavily on resource productivity.



David Miliband

The role of the EU must be to enable the transition to a low carbon economy in a way that maximises efficiency and promotes innovation. There is an opportunity during the German Presidency to speed up implementation of the Environmental Technologies Action Plan, for example by moving towards ambitious targets in areas such as green public procurement and product performance. But we must

also look at how we can curb emissions in the most cost effective way. The EU's emissions trading scheme (ETS) is absolutely key. The EU ETS is the most pioneering environmental policy in the world today. Unlike traditional regulation where government regulates particular products or processes, emissions trading regulates the outcome to be achieved - lower carbon emissions - and allows that market to find the least cost route.

Over the next 12 months, we have a dual task. First, to complete the process of arranging challenging allocations for the second phase of the scheme - creating scarcity in the carbon market and meeting our climate change responsibilities. Second we must strengthen emissions trading for the longer term, so that the uncertainty facing businesses in their investment decisions is reduced.

- We must simplify and harmonise the scheme, particularly the way allowances are allocated. In particular, we believe should rule out the updating of baselines when allocating allowances; create a standardised allocation methodology; and move towards more auctioning of allowances.
- We should begin to link the EU ETS to other emerging carbon markets as they are implemented, such as the scheme proposed recently in California. The EU ETS can form the foundation of a global carbon market.
- And we must look to extend the EU ETS to other sectors. Aviation represents a relatively small percentage of current emissions - around 5% for the UK - but it is the fastest growing. Aviation should be included in the EU ETS at the earliest

opportunity: our starting point is 2008, but if not in 2008 then well before the beginning of the third phase in 2013. We should consider how to apply similar principles to surface transport, including looking seriously at whether to bring it into the EU ETS.

CAP:

I am Secretary of State for Agriculture as well as Environment. Food and farming have a vital role to play in tackling greenhouse gas emissions. One study has shown that emissions from the food and drink production and consumption process account for 31 per cent of Greenhouse gases in Europe. Farming must play its part in tackling climate change, both through reducing emissions and through biofuels. The role of the EU is to enable this transition to happen.

The future of the CAP will be critical to this. There have been important reforms - most recently of sugar. But the CAP still does not serve out economic, social and environmental objectives. We need to agree a long term vision for a sustainable agriculture sector. We believe it must be based on some simple principles:

- That it should be internationally competitive without reliance on subsidy.
- That taxpayer funding should be linked to the production of public goods that the market cannot deliver, in particular environmental benefits.
- That it should support high standards of animal health and welfare are important.
- That it should be non-distorting of international trade and the world economy.
- That it should be encouraged to embrace the potential of biofuels, as well as fulfilling environmental goals through local and seasonal production and consumption.
- And as I have discussed with Minister Seehofer rules and regulations must be delivered in a simplified way.

CAP reform must be based on a long term vision over the next ten to 15 years. But it is vital that we make progress in the CAP and Budget reform discussions in 2008 and 2009. In the process we can reduce the environmental footprint of agriculture, and make the most of its economic and social potential.

INTERNATIONAL FRAMEWORK:

Finally, let me address the question of international climate change frameworks. The EU has been critical in delivering the Kyoto protocol and will be critical to a post-2012 agreement. The EU has a goal to limit global warming to 2 degrees. The scientific evidence suggests that above this level the likelihood of dangerous impacts rises significantly.

Last year, we set out to get global agreement on the scientific basis for climate change and the urgency of the need to address it. Now, the debate has now moved on from whether climate change is happening to how it can be arrested and how quickly. This year our aim is to promote debate about a goal for stabilising the stock of carbon dioxide in the atmosphere, and preventing dangerous climate change.

In developing a global framework, we face major questions of equity. The more advanced industrialised nations emit far more CO₂ per person than the developing world. Historically, they have used up far more of the earth's resources. The costly adaptation that will now be needed in developing countries - to deal with the climate change that

will already be in train - has been caused by the developed world. We need to look seriously at the balance of responsibility between North and South; between Government, the private sector and citizens; and the extent to which we should help developing nations adapt to the now inevitable changes in climate that have resulted from our actions.

Next month in Nairobi, the long path to an international agreement on climate change begins. We are agreed it must be concluded by 2009 to allow preparation for the system to replace the commitments of the first Kyoto period. It is vital that this process is carried forward with energy and drive over the next year. There is a huge responsibility on the EU and on its Presidencies. Alongside the UNFCCC process, the EU must be engaged in bilateral and sectoral initiatives - practical collaborations that can change the terms of debate outside the formal negotiation process. A good example is the EU-China Near Zero Coal Emissions project. Over the next year, we need to engage with developing and developed countries to show that climate change is not just the most important problem facing the planet, but it is also soluble in a cost-effective way that complements all nations desire for energy security.

CONCLUSION:

Europe's success has been based on responding to the pressing problems facing its citizens. The need for peace and prosperity after the second world war. The need for food security. Today, it must respond to the linked challenges of climate change and energy security.

The vision today is what the WWF call One-Planet Living. If all countries consumed the natural resources we do, and emitted our levels of carbon dioxide, we would need three planets to support us. We must sign up to a new goal - One-planet living, not just out of moral duty but self interest. The cost of inaction to human life, to nature, and financially will be far greater than the cost of tackling the problem. We must recognise that tackling climate change can complement our wider goals of economic competitiveness and energy security. This is a project that brings together two of my passions in politics - climate change and Europe. It is a project I hope we can work together on in the coming year.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Fragen aus dem Publikum

Die erste Frage aus dem Publikum bezog sich auf die Atomkraft in Großbritannien. Dort habe der Rat für Nachhaltige Entwicklung die Empfehlung an die britische Regierung abgegeben, dass Atomkraft keine Zukunft in Großbritannien haben sollte. Die Frage dazu lautete, wie die Regierung mit dieser Ratsempfehlung umgegangen ist.

David Miliband, Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs, Great Britain, ergänzte zunächst, dass die Regierung im Jahr 1997 die „Sustainable Development Commission“ ins Leben gerufen hatte, die in einer Studie belegte, dass es keine schnellen Lösungen für den Klimawandel gebe. Sie sprach sich für einen „balanced approach“ aus, der auch Energieeffizienz und erneuerbare Energien berücksichtige. Im Juni hatte die britische Regierung den „Energy-Review“ herausgegeben. Dieser „Review“ setze sich damit auseinander, wie die Nachfrage nach Energie reduziert und die Energieeffizienz verbessert werden könnten. Er besage auch, dass der Anteil der erneuerbaren

Energien erhöht werden müsse. Bezogen auf die Kernenergie erklärte Minister Miliband, dass der jetzige Anteil der Stromversorgung zu 19% aus der Kernenergie stamme. Dieser Anteil soll bis 2020 auf 7% reduziert werden. Die britische Regierung habe sich dazu bekannt, dass Nuklearenergie nicht durch den öffentlichen Steuerzahler subventioniert werden sollte. Dagegen würden erneuerbare Energien bis 2008 mit bis zu einer Milliarde Pfund subventioniert. Wenn man aber zwischen Öl, Gas, Kohle oder Nuklearenergie zu entscheiden habe, werde aus britischer Sicht die Nuklearenergie als weniger gefährlich für die globale Erwärmung eingeschätzt. Nuklearenergie habe daher nach wie vor ihren Platz im Energiemix.

Die zweite Frage bezog sich auf die Klimapolitik und den Hintergrund, dass sich die britische Industrie – im Gegensatz zur deutschen Industrie – relativ unterstützend zur Klimapolitik verhalte. Die Frage war: „Würden Sie eine Chance darin sehen, dass man das Gespräch zwischen deutschen und britischen Industrievertretern verstärkt oder würden Sie da eher befürchten, dass die deutschen Industrievertreter ihren negativen Einfluss auf die britischen ausüben?“

David Miliband ist der Auffassung, dass von Seiten einiger progressiver britischer Industrievertreter der Dialog mit Deutschland durchaus gewünscht sei. Abgesehen davon seien viele Unternehmen in Großbritannien deutsche Unternehmen und umgekehrt.

Eine weitere Frage aus dem Publikum ging auf die Themen Armutsbekämpfung und Klimawandel ein. Beide Themen würden in der britischen Kommunikation eher nebeneinander stehen und nicht wirklich gemeinsam behandelt. An Minister Miliband wurde die Frage gestellt: „Wo sehen Sie von Großbritannien aus, aber vielleicht auch als Rat für uns, eine bessere Verbindung der Themen Armutsbekämpfung und Klimawandel?“



Publikum

David Miliband antwortete, dass eine Verbindung des Klimawandels mit der Armutsbekämpfung auf zwei Arten erfolge: „Zuerst müssen die Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel Teil der Entwicklungspolitik sein. Zweitens müssen die entwickelten Länder einen möglichst geringen Verbrauch von Kohle in den Entwicklungsländern fördern. Wenn nötig, dann müssen die entwickelten Länder für den Unterschied von hohem und niedrigem Verbrauch bezahlen.“ David Miliband wies darauf hin, dass bisher nur 9% aller Projekte zu „Clean Development Mechanism“ in Afrika stattfinden würden und 91% in Asien oder anderen Teilen der Welt.

David Miliband antwortete, dass eine Verbindung des Klimawandels mit der Armutsbekämpfung auf zwei Arten erfolge: „Zuerst müssen die Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel Teil der Entwicklungspolitik sein. Zweitens müssen die entwickelten Länder einen möglichst geringen Verbrauch von Kohle in den Entwicklungsländern fördern. Wenn nötig, dann müssen die entwickelten Länder für den Unterschied von hohem und niedrigem Verbrauch bezahlen.“ David Miliband wies darauf hin, dass bisher nur 9% aller Projekte zu „Clean Development Mechanism“ in Afrika stattfinden würden und 91% in Asien oder anderen Teilen der Welt.

Aus dem Publikum wurde angemerkt, dass Großbritannien sich noch nicht zu dem EU-Ziel bekannt habe, bis 2020 eine Minderung von mindestens 30 Prozent des CO₂-Ausstoßes erreichen zu wollen. Es wurde die Frage gestellt, ob dies noch geschehen werde.

Minister Miliband stellte richtig, dass Großbritannien ein starker Verfechter der Vereinbarung der EU sei, eine Minderung von 20-30% bis 2020 erreichen zu wollen. Es gebe außerdem speziell für Großbritannien das Ziel, bis 2050 mindestens 60% des Ausstoßes zu reduzieren. Dieses Ziel wurde nicht nur mit den Umweltverbänden vereinbart, sondern auch mit der „Federation of British Industry“. Es gebe also auch in Großbritannien selbst sehr starke, langfristige Ziele und Vereinbarungen.

**SPEECH BY DR. MIKAEL KARLSSON,
PRESIDENT OF THE EUROPEAN ENVIRONMENTAL BUREAU**

The wounds that mankind is cutting in nature today will be the reality for our children tomorrow. The impressive Millennium Ecosystem Assessment, compiled by nearly 1400 researchers, which is the largest scientific synthesis ever on the relationships between man and nature, shows that about 60 percent of global ecosystem services are on their way of being destroyed. To a significant extent, we feel the adverse consequences of this development already today, but most of the changes taking place will have an impact on future generations. The on-going development is all but responsible towards future generations. The forces of mankind actually alter the environment more than solar cycles, geological forces and the evolution itself. In a way that is impressive. It bears witness of an enormous capacity and reflects knowledge and technical skills never seen before in history. But even more it signals a lack of wisdom - or prudence as Aristotle would have put it - necessary to manage such powers and to promote sustainable development.

Can a German Presidency of the EU and the G8 change the present route to any significant extent? Of course! Not only since any Presidency can put a significant print on the development of the European Union, not only that 2007 is an important year in many respects, and not only that Germany is the strongest economy and the largest country of the European Union, with a relatively good record of being a forerunner in the field of environmental management. Even more - there are simply no good reasons for not taking action for sustainable development. On the contrary, there are many low-hanging fruits that could be picked as an immediate start, promotion of increased energy efficiency being one of them. The fruits that hang a bit higher up in the tree would also be rewarding to bring down, from both an environmental and a socio-economic point of view, in the short term as well as in a longer perspective. There are plenty of win-win cases in the quest for sustainable development. While not neglecting the complexity of the problems, there is either no reason to avoid seeing the great chances that we have to foster sustainable development.

I can actually go as far as saying that we have the knowledge and ideas, the natural resources, the technical skills and the financial means to manage more or less all serious problems related to environment and development in a global perspective. Of course, much remains to be done, and continued research and development is of utmost importance, but the bottleneck is mainly lack of solidarity with man and nature, or – expressed somewhat differently - a non-appreciation of environment as one of the human rights.

Unfortunately, there are serious signs today that this lack of solidarity is getting more profound in the field of environmental protection. We notice that some Commissioners, not least the President of the Commission, attempt to stall progress, and we observe that some Member States and a number of MEPs, who previously were forerunners, are losing speed and ambitions. The 6. Environment Action Programme is an example of the former, and the air pollution legislation of the latter, in spite of the fact that the pollutants cause over 270,000 premature deaths in EU annually. Here one can really ask, what it actually takes to convince on the importance of strict policies. People are dying and policies have repeatedly been shown to be positive from a socio-economic perspective. Further, the waste hierarchy has been seriously questioned and the legislation on nature protection is put into question.

In yet other fields, progress has always been more or less missing and action has been weak, such as fishing quotas and the agricultural common policy, the latter also causing huge problems in the context of global development. REACH could also be seen as an example of a failure, the legislation that is now debated is far too weak to deliver the benefits that are possible to gain for welfare in general, for health and also for companies using chemicals. This weakening of policy or lack of action can sometimes be smelled in a new terminology that like a virus infects environmental policies. One clear example is the mantra of 'cost-effectiveness', which sound very nice – of course the measures we choose to reach a specific target should be the cheapest ones – but which is loaded with hidden presumptions. If we, just to take one example, talk about short-sighted cost-effectiveness in order to achieve EU-narrow objectives we reach completely other solutions than if we talk about global objectives and long-term cost-effectiveness. In the former case, the answer might be more nuclear power, in the latter case increased efficiency and renewable technologies. Nevertheless, in this sometimes anti-environment context, I think – and really hope - that Germany could play a very important role, to avoid the roll-back route, and instead contribute to put EU on the true road to the future, the sustainable one.

So, let me give you a bit more detailed example of the most profound challenge that lie ahead of us, and an example that shows the opportunities that exist for the EU, and for the German EU Presidency to promote sustainable development.

The largest challenge we face is the global warming that takes place already today, and that will escalate in the future. The maximum 2 degree Celsius warming objective often referred to is not sufficient if we want to avoid extremely problematic environmental change, including seriously adverse health effects, large scale ecosystem conversions, fast rising sea levels, severe drought frequencies in many developing countries, and loss of biodiversity at unprecedented rates. Industrialised countries need to reduce emissions of greenhouse gases in the order of 60 to 80 percent in the coming few decades. This might seem extremely difficult, but if we start now the required 'system development' in the energy and transport sectors is around 1-2 percent annually, which is a speed of change that is perfectly manageable, and that would stimulate new business opportunities and jobs, and thereby foster growth in traditional terms as well as. Here, Germany should go and really push for a binding EU target to reduce emissions of carbon dioxide by at least 30 percent until 2020. To achieve such an objective requires targets and tools for supply of renewable energy by at least 25 percent, and increased efficiency by at least 20 percent until the very same year.

These objectives in turn require development of a number of concrete measures that actually put a price on pollutants and environmental resources in a wide sense. To start with, the present emissions trading systems must be developed and put emission reductions as its chief goal, which is not at all the case today. Price signals need to work on a much broader base though, and the European Environmental Bureau has therefore suggested an environmental fiscal reform for the whole union, just to mention one among many well-needed tools. These issues will be put at stake on the coming Spring Council. The EU, led by Germany, must then decide whether or not to confirm the EU's



Mikael Karlsson

lead role on combating climate change and other environmental problems. We know that energy policy has rapidly risen on the agenda for political leaders in the EU, but also that energy security and the price of energy for energy intensive industries working on a global market seem to be larger concerns to many, which unfortunately overshadow environmental protection and win-win strategies.

We will watch very carefully, which road the EU embarks on under the German Presidency. We truly hope that the Spring Council decides - not only on tough objectives- but even more important, to systematically “make the market work for the environment”.. The polluter pays principle is part of the EC Treaty, and is often applauded, but it is seldom applied. For instance, the use of nuclear energy and fossil fuels is heavily subsidized in explicit and non-explicit ways, and the same seems to be happening with unsustainable biofuels.

In this way, it is unnecessary difficult to boost efficiency, saving and renewables. Therefore, we insist on an environmental fiscal reform, that is, to remove environmentally perverse subsidies and to introduce an environmental tax reform. As the Treaty requires unanimity for tax-related legislation, we know that this road unfortunately is difficult to use, due to lack of political will - that is, lack of solidarity. But in line with the approach of the Lisbon process, a political decision can be made by EU's political leaders on a 10 percent shift in taxation income in 10 years in all Member States, away from labour and towards energy and natural resource use. This decision should then be subject to the Open Method of Coordination, a tool being used to follow and stimulate implementation of Spring Council decisions. Where some governments feel the need for agreements that prevent or minimize unwanted cross-border impacts and others want to stay out of such limitations, the tool of “enhanced cooperation” could be used for legally binding rules for interested Member States.

We hope that Germany will push for such solutions. It can be done with high credibility, since the German experience with energy tax reform in the past years has delivered.

Now, I have focused quite strongly on climate change policies. I could tell you a similar story on the importance of protecting biodiversity, on how cheap it actually is, but how huge the gains for us and future generations would be from a stronger protection, from reaching the Countdown 2010 objective, to reverse the trend with decreasing biodiversity. I could also tell you then about the need for reforming agriculture, fisheries and forestry, to point at just a few sectors, and also to show how climate change policies as well contribute to protect biodiversity in the long run.

But I will end by once again expressing my hope that Germany - as previously in the EU history of environmental policy making - will continue to play an essential role in the formulation of the EU environmental legislation.

Germany has the power to once again inject environmental leadership in the EU. If Germany manages to convince other to chose the road of sustainable development instead of the roll-back route remains to be seen. In eight months we will know.

(Es gilt das gesprochene Wort)

ZWISCHEN GEOSTRATEGIE UND UMWELTSCHUTZ: ENERGIE- UND KLIMAPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT

Moderation:

DR. Hermann E. Ott

Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie

Teilnehmer/innen:

Jennifer Morgan

Direktorin Klimasicherheit, E3G

Michael Müller

Vorsitzender NaturFreunde Deutschland

Rebecca Harms

Mitglied des Europäischen Parlaments, EFA/The Greens

Dr. Uwe Franke

Vorstandsvorsitzender Deutsche BP AG

Martin Rocholl

Präsident Friends of the Earth Europe /BUND



Hermann E. Ott

Der Moderator Dr. Hermann Ott, Wuppertaler Institut für Klima, Umwelt, Energie, stellte voraus, dass seiner Ansicht nach mit der deutschen EU-Ratspräsidentschaft, der G8-Präsidentschaft und der 2. Konferenz der Vertragsparteien zum Kyoto-Protokoll ein Prozess in Gang gesetzt werden könne, um endlich mehr Bewegung in den internationalen Klimaschutz zu bringen. Man wisse allerdings noch nicht so genau, wohin es gehen soll. Die deutsche Ratspräsidentschaft könne hier eine wichtige Rolle spielen. Zunächst wurde Jennifer Morgan vom Moderator gebeten, davon zu berichten, was in der internationalen Klimapolitik geschehe und in welchen Foren Klimapolitik im Moment tatsächlich stattfinden könnte und sollte.

Eingangsstatements der Podiumsteilnehmer/innen

Jennifer Morgan, Direktorin Klimasicherheit des E3G bekräftigte, dass das Jahr 2007 sehr wichtig für die internationale Klimapolitik sei. Es gelte Energiesicherheit und Klimaschutz zusammenzubringen. Wie könne eine solche Herausforderung gelingen? Der Umgang mit dem Thema erneuerbare Energien sei bereits ebenso klar wie mit dem Bereich Energieeffizienz. Aber beim Thema Kohle sei es schwierig, die richtigen Lösungen zu finden.

Nach Auffassung von Jennifer Morgan seien Lösungsstrategien für eine neue, klimagemaße Energiepolitik vorhanden, es bräuchte jedoch noch einen Wechsel in der politischen Einstellung – der Klimagedanke müsse in allen Ministerien Einzug halten. Und es sei wichtig, die einseitige Diskussion um Energiesicherheit hin zu Energiesparen und erneuerbaren Energien zu lenken.

Bei der Betrachtung von Europa und China stellte sie fest, dass sich beide in einer ähnlichen und voneinander abhängigen Situation befänden: „China investiert, Europa liefert, China nimmt die Lieferung ab.“ Während die USA und Russland Energie verschwendeten, sei Europa damit befasst, zu versuchen, Energie einzusparen. Sowohl Europa als auch China seien stark von Energieimporten abhängig und bräuchten deshalb Maßnahmen zur Energieeffizienz. Jennifer Morgan schlug deshalb vor, dass die deutsche Ratspräsidentschaft die EU und China zusammenbringen sollte. In China gehe jede Woche ein Kraftwerk ans Netz und Kohle werde in Zukunft weiterhin wichtig sein. Deshalb bedürfe es moderner „Null-Emissionen-Kohlekraftwerke“. Diese Kraftwerke könnte die EU als modernen Technologietransfer nach China bringen.



Rebecca Harms

Jennifer Morgan appellierte, die bisherigen Denkansätze zu verlassen und neue Wege zu beschreiten: „Es ist vorteilhaft, die gegenseitigen Abhängigkeiten zu nutzen, um Energiesicherheit herzustellen, um Politiker und Entscheidungsträger zu involvieren und um schließlich das zu erreichen, was angestrebt wird.“

Überleitend stellte Hermann Ott an die nachfolgende Rednerin Rebecca Harms die Frage: „Wie sieht es gerade aus in Europa? Wer bremst, wer blockiert und wer treibt an?“

Rebecca Harms, Europaparlamentarierin der Grünen, antwortete, dass von den drei europäischen Akteuren EU-Rat, EU-Kommission und EU-Parlament letzterer beim Klimaschutz mit Sicherheit keine bremsende Kraft sei.



Jennifer Morgan

Als Beispiel zum Stand der europäischen Diskussion zum Klimaschutz erinnerte sie an den Allokationsplan, den Deutschland vorgelegt hatte. Dieser Plan stehe im Widerspruch zu den im Kyoto-Protokoll genannten Zielen zur Einsparung von CO₂. Man dürfe sich nicht einbilden, dass Deutschland Begeisterung mit einem Allokationsplan hervorrufe, der die Kohle überproportional begünstige und jeden Anreiz nehme, auf sauberes Gas umzusteigen. Deutschland könne keine Vorreiterrolle spielen, wenn weiterhin auf eine Versteigerung der Emissionszertifikate verzichtet werde, und die Energiekonzerne stattdessen kostenlose Emissionszertifikate im Überfluss erhalten. Das gebe keinen guten Vorgeschmack auf die deutsche

Ratspräsidentschaft. Sie hoffe aber, dass die einmütige Debatte, die diesbezüglich im EU-Parlament stattgefunden habe, dazu führe, dass die EU-Kommission den deutschen Allokationsplan zurückweisen werde. Sie forderte, dass die Versteigerung der Emissionszertifikate in dem Umfang genutzt werden sollte, wie dies derzeit möglich sei.

Rebecca Harms verwies beispielhaft auf zwei weitere Themen, bei denen Deutschland während der Ratspräsidentschaft mitentscheiden könnte, in welche Richtung es bei der Energiepolitik gehen soll. Erstes Thema sei der „Energieeffizienz-Aktionsplan“. Es gebe bisher noch keine verbindlichen Ziele für Energieeffizienz. Erst jetzt sei der

„Energieeffizienz-Aktionsplan“ in Brüssel vorgelegt worden. Es habe lange gedauert, weil es hinter den Kulissen ein hartes Ringen um den Zeitpunkt der Vorlage dieses Aktionsplanes gegeben hatte. Aus der Perspektive des deutschen Bundesumweltministers sei das, was vorgelegt worden ist, gut. Er werde nur nicht alleine darüber entscheiden, ob der Plan entsprechend weiterverfolgt werde oder nicht. Denn es gebe einen Herrn Glos bzw. einen Industriekommissar Verheugen, die alles täten, um solche ehrgeizigen Ansätze in der Energiepolitik zu konterkarieren. Während der deutschen Ratspräsidentschaft werde die Entscheidung über diesen „Energieeffizienz-Aktionsplan“ und einzelne Schritte zur Umsetzung fallen.

Als zweites großes Thema werde während der deutschen Ratspräsidentschaft auch über die „Road Map“ zu erneuerbaren Energien entschieden. Auch dort sei nicht davon auszugehen, dass sich alle ganz selbstverständlich auf ehrgeizige, sektorale Ausbauziele verständigen werden, sondern es sei ein hart umkämpftes Feld. Rebecca Harms ist der Meinung, dass sich in diesen beiden Bereichen - den Zielsetzungen für Energieeffizienz und für erneuerbare Energien - entscheiden werde, ob man den beiden großen Herausforderungen Energiesicherheit und Klimaschutz angemessen begegnen werde.

Sie kritisierte andere Lösungsvorschläge, wie etwa Atomreaktoren der 4. Generation oder „Clean Coal Technologies“. Wer meine mit Technologien, die heute noch nicht einmal verfügbar seien, die beiden Herausforderungen zu meistern, der verfehle schon mit der Wahl der Mittel das Ziel. Rebecca Harms geht davon aus, dass Deutschland im Rahmen des „Strategic Energy Review“ eine große Rolle spielen werde. Sie hoffe, dass sich die Umweltpolitiker, und nicht die Wirtschaftspolitiker durchsetzen werden. Auch gebe es seit längerer Zeit die Bemühungen der Wettbewerbskommissarin, die ungünstige Konzentration im Energiemarkt aufzubrechen. Doch immer wenn es um die Entflechtung in diesem Bereich gehe, komme negativer Einfluss aus Deutschland.



Uwe Franke

Ein anderer, wichtiger Bereich für den Klimaschutz und die Energiesicherheit sei die Verkehrspolitik. Im „Grünbuch Energie“, das die Grundlage für energiestrategische Entscheidungen in Brüssel ist, sei der ganze Transportbereich ausgeblendet. Wer aber meine, dass Energiepolitik und Klimaschutz ohne den Verkehrsbereich zu machen ist, der werde seine Ziele niemals erreichen.

Hermann Ott richtete seine nächste Frage an Uwe Franke: „Was erwartet die Industrie? Umweltschutz als Innovationsstrategie, ist das nicht das Programm der BP?“

Dr. Uwe Franke, Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG, bemerkte eingangs amüsiert, dass er offenbar der einzige Vertreter der Industrie bzw. Wirtschaft sei. Vielleicht handle es sich um ein Missverständnis, oder vielleicht halte man die BP bereits für eine Art verdeckter NGO, die sich bei Konferenzen mit „weg vom Öl“ gegen das eigene Geschäft richte? Tatsächlich sieht er, dass Umweltverbände, Politiker und Unternehmer inzwischen miteinander ein ganzes Stück weiter gekommen seien. Man habe erkannt, dass zur Bewältigung der globalen Energie- und Klimaschutzprobleme alle an einem Strang ziehen müssten.

Noch nie sei so viel von Energie geredet worden wie heute. Bei allen Gipfeln und Diskussionen sei die Energieversorgungssicherheit immer wieder das alles beherrschende Thema. Es stimme ihn optimistisch, dass der Klimaschutz zunehmend als Teil und nicht als Gegensatz von Versorgungssicherheit verstanden werde. Er sei der Auffassung, dass das magische Dreieck Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit zusammengehen muss. Anders sei Nachhaltigkeit nicht zu erreichen. Der Sachverhalt sei klar - absolute Energieversorgungssicherheit sei nicht erreichbar, wenn die Sättigung der globalen Nachfrage mit einer Gefährdung des globalen Klimas einhergehe. Die Haupttreiber der Energiepolitik seien Wachstum, Energieversorgung, Ressourcenmanagement, Umwelt und Klimaschutz. Diese vier Treiber seien gleichzeitig die Hauptfaktoren für Innovation, die wiederum der kritische Faktor bei der Bewältigung der Klimaherausforderung sei.

Im Folgenden gab Uwe Franke einen Überblick über die zukünftige Entwicklung der Energiemärkte. Angesichts eines geschätzten Wachstums der Weltbevölkerung auf acht Milliarden Menschen bis 2030 und der rasanten industriellen Entwicklung der großen Schwellenländer, gingen die Prognosen von einer Steigerung des weltweiten Energiebedarfs bis 2030 um 50% aus, in Indien und China um das Doppelte. Die weitgehende Deckung dieses Bedarfs werde mit fossilen Brennstoffen - und da zu 60% mit Öl und Gas - geschehen. Die erneuerbaren Energien würden dabei nur einen moderaten Beitrag leisten können und dies hauptsächlich in Europa. Hinsichtlich der Ressourcenfrage werde die aktuelle Verfügbarkeit von Öl mit 41 Jahren und von Gas mit 67 Jahren geschätzt. Bei neueren Technologien und vermuteten noch vorhandenen Ressourcen würden die fossilen Ressourcen auf jeden Fall für dieses Jahrhundert reichen. Das hieße, dass das Thema der fossilen Brennstoffe uns auch in Zukunft weiter beschäftigen werde. Das Problem dürfe deshalb nicht in der Begrenztheit der Ressourcen, sondern in der Klimaveränderung gesehen werden.

Ohne weitere Reduktionsmaßnahmen würden sich die CO₂-Emissionen bis 2050 auf 50 Milliarden Tonnen pro Jahr verdoppeln. Damit die globale Durchschnittstemperatur um nicht mehr als zwei Grad ansteige, müssten aber bis 2050 die CO₂-Emissionen auf den heutigen Stand stabilisiert werden. Das sei angesichts des oben skizzierten Bevölkerungswachstums und der steigenden Energienachfrage eine gewaltige Herausforderung. Um diese zu bewältigen, seien viele Maßnahmen gleichzeitig notwendig. „Wir dürfen nicht allzu wählerisch sein“, so der BP-Vertreter.

Gerade in Deutschland könne es nicht weiterhin um ein „entweder Umweltschutz oder Wachstum“ gehen. Deutschland benötige einen sozialverträglichen und wirtschaftlichen Klimaschutz, so dass Umweltschutz mit Wachstum möglich sei. Gerade hier könnten Klimaschutz und wirtschaftlicher Erfolg gut miteinander kombiniert werden. Deshalb sei letztes Jahr bei BP das Geschäftsfeld „Alternative Energy“ gegründet worden. BP gehe davon aus, dass CO₂ in zehn Jahren weltweit einen Preis haben werde. Deshalb werde es sich lohnen, in Technologien zur CO₂-armen Stromerzeugung zu investieren. Hier müssten in den nächsten Jahren gigantische Kapazitäten aufgebaut werden, um den steigenden Energiebedarf weltweit decken zu können. BP schätze den weltweiten Markt für diese neuen Stromerzeugungskapazitäten auf 230 Gigawatt und dessen Marktwert auf 600 Milliarden US-Dollar. Bis 2015 wolle BP insgesamt acht Milliarden US-Dollar in alternative Energiegewinnung investieren und damit einen Jahresumsatz von sechs Milliarden US Dollar erzielen. Allein durch diese Maßnahmen ließen sich 25 Millionen Tonnen CO₂ einsparen, was der jährlichen CO₂-Emission von Berlin entspreche. Wichtige Technologien würden dabei die CO₂-Sequestrierung

(Abscheidung von CO₂ beim Betrieb von Gas- und Kohlekraftwerken und Einlagerung in ausgebeutete Lagerstätten) und „Hydrogen Power“ (Strom aus Wasserstoff) sein. Doch leider gebe es in Deutschland noch nicht die rechtlichen Rahmenbedingungen hierfür.

Auch in den Bereich Biokraftstoffe investiere BP. Mit 500 Millionen Dollar werde ein neues Institut zur Erforschung von Biokraftstoffen errichtet. Abzusehen sei bereits, dass mit dem bisherigen Biodiesel und Bioethanol die Umstellung von Öl auf Biokraftstoffe nicht zu machen sei. Benötigt würden Biokraftstoffe der zweiten Generation, wie Biobutanol, das bereits doppelt so effizient wie Biodiesel sei.

Michael Müller, Vorsitzender der NaturFreunde Deutschland und parlamentarischer Staatssekretär, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sieht den Beginn einer zweiten Phase in der Klimapolitik.

Die erste Phase habe in den 80er Jahren begonnen, als die damalige Bundesregierung unter Mitwirkung von ihm selbst das „Minus-25-Prozent-Ziel“ entwickelte. Es besagte, dass in den alten Bundesländern eine 25-prozentige CO₂-Reduktion angestrebt werde. Auch eine Verschmutzungssteuer war geplant. Wie war das möglich gewesen? Im Vergleich zu heute sei das Thema noch neu und die Fronten noch nicht so festgefahren gewesen. Mittlerweile aber habe sich die Dimension der zeitlichen Verantwortlichkeit geändert.



Michael Müller

Die heutige Ökonomie sei eine Ökonomie der Kurzfristigkeit, d.h. der kurzfristigen Rendite, die sich nicht mit den notwendigen langfristigen Handlungsräumen von Ökologie und Klimaschutz vereinbaren lasse. In diesem Zusammenhang kritisierte Michael Müller auch die Umweltschützer, die die naive Hoffnung hätten, dass sich die heutige Ökonomie durch den „guten Willen aller“ mit der Ökologie verbinden lasse. Tatsächlich sei die heute dominierende „Arbitrageökonomie“ nicht vereinbar mit der Idee einer ökologischen Marktwirtschaft. In den letzten drei Jahren habe es einen Sprung in den Bedrohungsszenarien gegeben, und die Menschen seien nun sensibilisierter. Es öffne sich jetzt ein Fenster für eine zweite Phase der Klimapolitik. Doch noch sei unklar, mit welcher politischen Strategie reagiert werde. Die diskutierten Möglichkeiten reichten von militärischen Strategien zur Ressourcensicherung bis zur Hofierung der Atomenergie. Doch ein Grundproblem in der aktuellen Diskussion sehe er darin, dass man sich immer innerhalb des heutigen Wirtschaftsmodells bewege, dem eine „Einpreisung“ aller Dinge und eine endlose Wettbewerbs- und Wachstumsphilosophie zu Grunde liege. Ökologie hieße dagegen Umgang mit Grenzen und Gestaltung.

„Sind wir überhaupt in der Lage Antworten zu geben, die der Größe des Problems gerecht werden?“, fragte Michael Müller. Sicher sei, dass es sich um ein Maßnahmenbündel handeln müsse. Beispielsweise hätte die Bundesrepublik ein Energieeffizienzpotenzial von 45 Prozent, gemessen am heutigen Energieumsatz.

Folgende Fragen sind für Michael Müller wichtig: „Welche Wirtschaftsordnung kann das Problem lösen? Welche Möglichkeiten haben wir kulturell, organisatorisch und technisch für diesen Umbau? Kann Europa seine Vorreiterrolle stabilisieren?“ In Europa sieht er gute Voraussetzungen, um Lösungen auf diese Fragen zu geben.

Martin Rocholl, Präsident von Friends of the Earth Europe, berichtete eingangs, dass er wegen der neuesten Klimaszenarien sehr besorgt sei. Inzwischen überträfen die Warnungen der Wissenschaftler die schlimmsten Befürchtungen, die bislang von den Umweltorganisationen geäußert wurden. So sprächen Wissenschaftler zum Beispiel davon, dass Grönland ganz abschmelzen und der Wasserspiegel um sechs Meter ansteigen könnte.

Zugleich sei festzustellen, dass sich alle Akteure einig seien, dass eine Steigerung der Energieeffizienz positive Auswirkungen auf die Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit, Innovationen, Arbeitsplätze, die Umwelt und die Versorgungssicherheit hätten. Um so erstaunlicher sei es, dass nur sehr wenig getan werde, um den notwendigen politischen und ökonomischen Rahmen für Energieeffizienz zu schaffen. Im Folgenden führte er drei Beispiele auf, die den Widerspruch zwischen ursprünglichen Zielen und den dann verwässerten tatsächlichen Ergebnissen verdeutlichen würden:

1. Es bestehe ein enormes Potenzial für Einsparungen des Energieverbrauchs im Gebäudebereich. Wir bräuchten innerhalb der EU aber politische und rechtliche Rahmen, um notwendige Innovationen in dem Bereich voranzutreiben. Aber die bestehende EU-Gebäuderichtlinie könne, nach Aussagen der Industrie, genau das nicht leisten, weil sie viel zu wenig ambitioniert sei und vor allem die alten Gebäude nicht mit einschließe. Der neue „Energieeffizienz-Aktionsplan“ sehe nun erst für 2009 eine Revision der Gebäuderichtlinie vor. Das sei viel zu spät. Zudem würde noch nicht einmal die jetzige Gebäuderichtlinie in allen EU-Mitgliedstaaten umgesetzt. Er frage sich, wie sich die Bundesregierung hier verhalten wird?



Martin Rocholl

2. In der EU habe man sich schon seit langem darauf geeinigt, dass die Energieeffizienz für Kfz erhöht werden müsse. Zielwert sei dafür 120 g CO₂/km als Durchschnittswert für alle neuverkauften Kfz bis 2012 und 140 g CO₂/km bis 2008. Um bindende gesetzliche Regelungen zu vermeiden, habe sich die Automobilindustrie selbst dazu verpflichtet, bis 2008 einen Grenzwert von 140 g CO₂/km zu erreichen. Ein Wert, den sie aber mit großer Wahrscheinlichkeit nicht erreichen werde. Bundesumweltminister Gabriel habe in der vorherigen Diskussion erklärt, dass er beim Scheitern der freiwilligen Selbstverpflichtung für eine gesetzliche Verpflichtung eintreten würde, die ab 2012 120 g/km vorschreiben soll. Es sei sehr begrüßenswert, dass der Minister dies angekündigt habe. Allerdings habe er auch gesagt, dass dann Biokraftstoffe angerechnet würden. Martin Rocholl kritisierte, dass das einem Rabatt für die Automobilindustrie gleichkomme, wenn sie ihre Selbstverpflichtung nicht einhalte. Bei angenommenen 10% Biokraftstoffen im Jahr 2012 läge der effektive Grenzwert dann bei etwa 130 g CO₂/km statt der 120 g die ursprünglich in der EU festgelegt worden waren. Nicht zu vergessen sei in diesem Kontext, dass eine Verdopplung der Energieeffizienz von Autos leicht möglich sei, weshalb die Umweltverbände einen Grenzwert von 80 g CO₂/km für das Jahr 2016 als mittelfristiges Ziel forderten (Verdopplung der Energieeffizienz von Autos innerhalb eines Jahrzehnts).

3. Sigmar Gabriel habe vorhin gesagt, dass die Bundesregierung die EU-Öko-Design-Richtlinie nach vorne bringen wolle, um die Energieeffizienz von Geräten und Produkten in der EU zu erhöhen. Die Umweltverbände machten sich hier für den

„Toprunner-Ansatz“ stark. Dieser Ansatz bedeutet, dass für ein bestimmtes Produkt der Stand der Technik vorgeschrieben wird, den das beste Produkt erreicht. Doch die Deutschen torpedierten diesen Ansatz in Brüssel massiv.

Zur Industrie bemerkte Martin Rocholl, dass es zwar viele Anstrengungen gebe, erneuerbare Energien zu entwickeln, doch bei Fragen um verbindliche Vorgaben für den CO₂-Ausstoß oder für Energieeffizienz blockiere die Industrie oft. Direkt an Uwe Franke gewandt stellte er die Frage, ob BP die Umweltverbände hier auch unterstützen würde.

Die letzte Frage Martin Rocholls bezog sich auf die tatsächlichen Handlungsspielräume der Politik. Warum würden Menschen wie beispielsweise Al Gore vor und nach seiner Politikkarriere als große Klimaschützer auftreten, aber als Vizepräsident der USA acht Jahre lang nichts zum Klimaschutz beitragen? Warum habe er während seiner Präsidentschaft nichts für den Klimaschutz gemacht? Liege dieses Problem an unseren politischen Systemen? Müssten wir die Machtstrukturen verändern?

Podiumsdiskussion

Uwe Franke antwortete Martin Rocholl, dass BP mit den Umweltverbänden zusammenarbeiten wolle, um Fortschritte zu machen. Doch es müsse genau betrachtet werden, was wirklich möglich sei und welche Konsequenzen durch welche Maßnahmen ausgelöst würden. So sei es typisch bei solchen Grenzwertdiskussionen, dass viele Fakten außen vor gelassen würden. Seiner Meinung nach stelle bereits das 140-Gramm-Ziel die deutsche Automobilindustrie vor große Schwierigkeiten, da sie sich auf die Produktion von Luxusautos spezialisiert habe. Doch gewinnen könne niemand, wenn die Industrie ihre Produktion ins Ausland verlege, um dort das CO₂ zu emittieren.

Die Größe des Problems dürfe nicht vergessen werden. Heute würden weltweit 700 Millionen Autos gefahren, im Jahr 2050 gehe man von zwei Milliarden Autos aus. Die CO₂-Emissionen dieser Autos müssten bei den vorgegebenen Zielen dann um die Hälfte reduziert werden. Wie könne das geschafft werden?

Die Forderungen von Michael Müller nach einem neuen Wirtschaftsmodell als Antwort auf die großen Herausforderungen der Menschheit, sah Uwe Franke als nicht realistisch an. Mit einem europäisch-ökologischen Wirtschaftsmodell würde, ohne Mitziehen der anderen Staaten in der Welt, die Industrie in Europa abgebaut und das magische Dreieck Versorgungssicherheit, Klimaschutz und Wirtschaftlichkeit auseinander brechen.

Michael Müller sagte, er sehe in den aktuellen Klimaszenarien keine neuen Fakten. Sie seien fast alle bereits in den 90er Jahren bekannt gewesen. Das Neue sehe er darin, dass die Menschen jetzt sensibler und empfänglicher für diese Fakten seien. Das ehemals abstrakte wissenschaftliche Thema sei heute zu etwas Konkretem für die Menschen geworden, was sogar BP zu der Gründung von neuen Geschäftsfeldern bewegt habe. Das heutige Wirtschaftssystem sehe er im Übrigen auch nicht mehr unter ökonomischen Gesichtspunkten als kohärent, sondern als zerstückelt und auf kurzfristige betriebswirtschaftliche Ziele ausgerichtet. Doch Nachhaltigkeit beziehe sich, ob in der Ökologie, Ökonomie oder Sozialfragen, auf lange Zeiträume und auf den Interessensausgleich zwischen diesen drei Bereichen. Gefahr bei einem europäischen Alleingang mittels eines neuen Wirtschaftsmodells sehe er keine. Im Gegenteil: Eine

föderale Weltordnung sei eine große Chance in der Globalisierung. In Deutschland sei die soziale Marktwirtschaft auch im Alleingang eingeführt worden, um einen Interessensausgleich zu erreichen. Im Nachhaltigkeitsansatz sehe er die logische Fortentwicklung der sozialen Marktwirtschaft. Im Vergleich zu den USA und Asien würde ein nachhaltiges Wirtschaftsmodell auf lange Sicht erfolgreicher sein. Außerdem könne das Modell der USA, das militärische Interventionen als Instrument der Wirtschaftspolitik einsetze, oder China, das auf Kopieren setze, kein Vorbild für Europa sein. Für Europa sehe er die Chance, auf eine intelligente Ressourcen- und Energienutzung zu setzen.

Herrmann Ott fragte: „Wer macht die Politik, wenn personelle Verflechtungen zwischen Politik und Wirtschaft so eng sind?“

Michael Müller sagte, er sehe die alten Fundamente der Bundesrepublik weggebrochen: die Verteilungspolitik basierend auf hohem Wachstum und ihre Souveränität als Nationalstaat. Es gebe heute keine übergreifende, erklärende Logik mehr, keinen politischen Grundkonsens, der von allen getragen werde und somit durchsetzbar sei, sondern vielfach aufgesplitterte Partiallogiken. In einem neuen „ökologischen Grundkonsens“ sehe er die größten Zukunftschancen. Erkennen könne er diesen bisher aber erst in Ansätzen.

Jennifer Morgan äußerte die Auffassung, dass die aktuelle Klimaproblematik ein schnelles Handeln erfordere. Der Lösungsvorschlag von Michael Müller, ein neues Wirtschaftsmodell zu schaffen, sei in ihren Augen nicht schnell genug zu verwirklichen bzw. wirksam. Wir hätten nur zehn Jahre um zu handeln. Beispielsweise betreibe China eine Machtpolitik und habe aggressive Ziele. Und die Frage sei, ob wir in Konkurrenz zu China gehen wollten und die Wachstums- und Verbrauchsschraube immer höher drehen werden, oder ob wir den Anderen etwas zukunftsfähigeres vorleben wollten. Der Klimawandel geschehe viel schneller als erwartet.

Rebecca Harms teilte nicht vollständig Michael Müllers Einschätzung, dass wir uns in der Phase zwei der Klimapolitik befänden. Ihr Eindruck sei, dass wir uns erst bei der Beschreibung der Klimaproblematik in Phase zwei befänden. Was die Lösungsstrategien angehe, befänden wir uns noch in Phase eins. Wir seien immer noch dabei, schon ausgearbeitete Lösungen zu diskutieren, statt zu handeln. Da die Industrielobby als auch die Mehrheit der Politik gegen umweltpolitische EU-Gesetze aufgestellt seien, bräuchte das EU-Parlament für die Durchsetzung der notwendigen Gesetze viel Unterstützung.

Bezüglich der von Uwe Franke angesprochenen technologischen Möglichkeiten zeigte sich Rebecca Harms skeptisch. Ihrer Kenntnis nach seien die CO₂-Sequestrierung und „Clean Coal“ noch im Probestadium und gingen außerdem auf Kosten der Energieeffizienz.

Bei der Debatte über einen wirtschaftspolitischen Paradigmenwechsel sieht Rebecca Harms das Problem, dass weiterhin Erzeugung und Versorgung dominant seien. Viel wichtiger finde sie, die Nachfrageseite zu verändern. Ansonsten brächten die besten Gesetze nichts.

Martin Rocholl widersprach dem Argument von Uwe Franke über die Gefahr von Produktionsverlagerungen der Automobilindustrie. Würden nämlich einheitliche Effizienz-Standards eingeführt, die für alle in Europa verkauften Autos gelten, müssten die Hersteller von Luxusautos diese Grenzwerte einhalten, egal wo sie produzieren würden. An Michael Müller stellte er folgende Fragen: „Wird die Bundesregierung sich für das

„Toprunner-Prinzip“ einsetzen? Was geschieht mit der Revision der Gebäuderichtlinie? Wird es eine Änderung des deutschen Allokationsplans für den Emissionshandel geben, der bislang absolut nicht akzeptabel ist? Wird es echte, bindende Regelungen für die Energieeffizienz für Pkw's geben?“

Fragen aus dem Publikum

Die erste Publikumsfrage bezog sich auf die zukünftig weltweit geschätzten zwei Milliarden Autos: „Müssten wir hier neben besseren Effizienzstrategien nicht auch an unser Konsumverhalten ran?“ Uwe Franke sah diese Möglichkeit skeptisch, da die größten Zuwächse in den jetzigen Entwicklungs- und Schwellenländern lägen und nicht bei uns. Wir könnten den sich entwickelnden Staaten nicht etwas verbieten, das wir uns bereits gönnt hätten.

Auf die Frage, wie denn kurzfristige und nachhaltige Ansätze, die es beide in der Ökonomie gebe, zu kombinieren wären, nannte Uwe Franke BP als Beispiel. Ihm gefalle die Kurzfristigkeit an der Börse auch nicht. Ein „nicht Mitmachen“ sei aber gefährlich. Gleichzeitig betreibe BP aber auch langfristige Programme. Ihr Solarprogramm habe beispielsweise 30 Jahre lang keinen Gewinn eingebracht und habe auch innerhalb von BP „geschützt“ werden müssen.

Auf die Frage nach der „Corporate Responsibility“ von Unternehmen und ob verbindliche Regelungen der freiwilligen Selbstverpflichtung nicht vorzuziehen seien, verwies Uwe Franke auf das Argument der Wirtschaftlichkeit. Propagiere man beispielsweise die Energieeffizienz-Ziele mit Profitmöglichkeiten der Industrie, funktioniere auch das Prinzip der Freiwilligkeit. So habe BP durch den eingeführten internen Emissionshandel bei 25 Millionen Dollar Investition 600 Millionen Dollar eingespart. Energieeffizienz bringe also Geld.

Zu der Frage der Realisierbarkeit von „Carbon-Sequestration“ (CCS) verwies Uwe Franke auf viel versprechende Studien und Pläne. Das Verfahren stecke zwar noch in den Kinderschuhen, die Praktikabilität sei aber schon bewiesen. 2011 werde ein erstes CCS-Kraftwerk mit hohem Wirkungsgrad ans Netz gehen. Die Wirtschaftlichkeit von CCS sei übrigens schon beim heutigem Stand mit erneuerbaren Energien vergleichbar und besser als die von Biokraftstoffen. Strom aus Kohle werde uns aber noch lange begleiten und wir müssten uns dieser Problematik stellen.

Das größte Potenzial sieht Uwe Franke in der Energieeffizienz. Vorhandene Energieeffizienz-Technologien müssten exportiert werden. Russland habe z.B. ein riesiges Potenzial von 30 bis 40 Prozent Energieeinsparung. Und je mehr Russland an Gas spare, desto mehr könne die russische Gasgesellschaft Gazprom exportieren. Generell dürfe nicht vergessen werden, dass das CO₂-Thema ein globales Thema sei. Wir müssten die anderen Staaten mitnehmen und unser Wissen und unsere Technologie exportieren. Die „Entscheider“ machten allerdings nur mit, wenn es sich reche.

Auf die Frage nach Einflussmöglichkeiten auf die EU-Energiepolitik in den Bereichen Atomenergie und Kernfusion erwiderte Michael Müller, dass hier nicht viel Handlungsspielraum bestehe. Obwohl er selbst nicht an einen Durchbruch in der Kernfusion glaube, seien Forschung und Finanzierung so abgesichert, dass nationalen Regierungen die Hände gebunden seien.

Herr Müller kam anschließend auf sein Argument zurück, dass in den 60er Jahren die Wissenschaft und Politik in den klimapolitischen Fragen bereits genauso weit war wie heute. Trotzdem sei nichts passiert. Warum? Weil versäumt worden sei, über die wirtschaftlichen und politischen Grundsätze unseres Systems zu diskutieren. Denn politisch etwas zu verändern gelinge nur, wenn zuerst eine konsensuale gesellschaftliche Grundstruktur entwickelt werde.

Die Klimaproblematik betrachtet er als ein Problem des Stoffkreislaufes und er glaube somit nicht, dass durch die Absorbierung eines Stoffes, wie es durch die „Clean Coal Technologie“ versucht werde, das Problem zu lösen sei. Auch lasse sich über den Wirkungsgrad von „Clean Coal“ streiten.

Jennifer Morgan sah in „Clean Coal“ einen Propagandabegriff aus der Kohleindustrie, der von uns nicht benutzt werden sollte. Allerdings komme man ohne Atomenergie an der Kohleenergie als Übergangsstrategie nicht vorbei. Auch wenn sie nicht glaube, dass es jemals „Clean Coal“ geben werde, müssten wir uns mit umweltfreundlicheren Kohletechnologien auseinander setzen.

Rebecca Harms kam abschließend auf einige für sie zentrale Punkte zu sprechen. Sie hoffe, dass die EU andere Staaten zu ehrgeiziger Klimapolitik animieren werde. Dafür müsse die EU die Emissionsregelungen, die ab 2012 gelten, verbessern. Dazu gehörten eine Versteigerung der Emissionszertifikate und die Einbeziehung weiterer Klimagase. Gehe die EU nicht als gutes Beispiel voran, könne nichts erreicht werden. Ein zentrales

Thema sei die Energieeffizienz. Sie müsse in allen Politikbereichen beachtet werden. Die Weltbank und der Internationale Währungsfond (IWF) sollten Investitionen in Energieeffizienz-Maßnahmen stecken. Für Energieeffizienz sollten ähnliche Gipfel wie für erneuerbare Energien veranstaltet werden. Die Ökosteuer und Energiesteuerdebatte müsse wieder aufgeworfen, Geschwindigkeitsbegrenzungen in Deutschland durchgesetzt, der Gebäudebereich gesetzlich neu überarbeitet und mehr ordnungspolitische Maßnahmen durchgesetzt werden.



Panel Energie & Klima

In seinem Abschluss-Statement plädierte Dr. Franke dafür, darüber nachzudenken, was passiert, wenn wir unsere CO₂-Ziele nicht erreichen. Angesichts steigender Emissionen sei es neben Klimaschutzanstrengungen auch geboten, Strategien und Maßnahmen zur Anpassung an den Klimawandel („adaptation“) zu erörtern.

Zum Schluss der Podiumsdiskussion forderte Martin Rocholl alle dazu auf, von Frau Merkel und Herrn Gabriel sehr konkret einzufordern, was politisch notwendig sei. Einen ersten Erfolg sehe er darin, dass jetzt akzeptiert sei, dass das Problem Klimawandel existiere, und dass es im Prinzip auch bei den notwendigen Lösungen - wie eine Steigerung der Energieeffizienz - weitgehende Übereinstimmungen gebe. Jetzt müsse aber genau hingesehen werden, was wirklich umgesetzt wird und wo man nur mit freundlichen Ankündigungen abgespeist wird.

„A FINAL COUNTDOWN?“:
WIE KANN DER ARTENVERLUST BIS 2010 DOCH NOCH GESTOPPT WERDEN?

Moderation:

Martin Kaiser

Greenpeace Deutschland

Teilnehmer/innen:

Dr. Claire Papazoglou

Leiterin der Europaabteilung, BirdLife International

Patrick Murphy

Generaldirektion Umwelt, Leiter Referat Natur und Biologische Vielfalt, EU-Kommission

Jochen Flasbarth

Abteilungsleiter, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Sebastian Winkler

Leiter Countdown 2010/Senior Adviser European Policy, World Conservation Union (IUCN)

Der Moderator **Martin Kaiser**, *Greenpeace Deutschland*, erinnerte einleitend an die 2005 veröffentlichte Millenniums-Ökosystembewertung der Vereinten Nationen (United Nation, UN), in der der dramatische ökologische Zustand der Erde beschrieben wurde. In



Martin Kaiser

der Studie, an der über tausend Wissenschaftler in der ganzen Welt mitgearbeitet hatten, wurde das Artensterben neben der Klimaveränderung zu der größten Bedrohung der Menschheit erklärt. Die heutige Artensterberate sei bereits eintausend Mal höher als zu fossilen Zeiten und werde sich in den nächsten 50 Jahren voraussichtlich um den Faktor zehn bis hundert erhöhen. Damit einhergehend würden die bisher genutzten Leistungen der Ökosysteme für uns Menschen, wie zum Beispiel sauberes Wasser, Luft oder Medizinalpflanzen, in Frage gestellt. Die Veränderung von Lebensräumen und deren Übernutzung sei die Hauptursache für den Rückgang der Artenvielfalt. Zukünftig werde vor allem die globale Klimaveränderung dramatischen Einfluss auf die Lebensräume haben. Vor diesem Hintergrund unterstrich der Moderator die dreifache internationale politische Verantwortung Deutschlands, da die Bundesregierung faktisch

drei „Präsidentschaften“ innehaben werde: den Vorsitz über die Europäische Union im ersten Halbjahr 2007, über die G8-Staaten im Jahr 2007 und für zwei Jahre über die Biodiversitätskonvention (Convention on Biodiversity, CBD) beginnend als Gastgeber der 9. CBD-Vertragsstaatenkonferenz (Conference of the Parties, COP) im Jahr 2008.

Eingangsstatements der Podiumsteilnehmer/innen

Dr. Claire Papazoglou, *Leiterin der Europaabteilung, BirdLife International*, betonte die Wichtigkeit des vor fünf Jahren beschlossenen Ziels der EU, den Rückgang der Artenvielfalt bis zum Jahr 2010 zu stoppen (2010-Ziel). Dieses Ziel stehe mittlerweile über der gesamten europäischen Biodiversitätspolitik. Trotzdem nehme die Artenvielfalt weiterhin ab, was durch die eingangs erwähnte UN-Millenniums-Ökosystembewertung belegt werde. Allein 60% der Habitate in Deutschland seien gefähr-

det, was die Notwendigkeit von weit reichenden Naturschutzmaßnahmen deutlich mache. Es sei daher nicht verwunderlich, dass sich laut Umfragen die Menschen in der Europäischen Union um den Artenrückgang sorgten. Claire Papazoglou beglückwünschte die deutsche Bundesregierung dafür, dass sie für ihre EU-Präsidentschaft der Biodiversitätspolitik einen hohen Stellenwert beimessen wolle und sie wünschte sich von der Regierung, auch die nachfolgenden EU-Präsidentschaften davon zu überzeugen, Biodiversität oben auf der politischen Agenda zu halten.

Clairie Papazoglou stellte die zentralen Forderungen der deutschen Umweltverbände für den Schutz der Artenvielfalt an die deutsche EU-Ratspräsidentschaft vor (siehe Forderungspapier Seite 72). Ergänzend erwähnte sie die internationale Entwicklungszusammenarbeit als ein weiteres, mögliches Lösungsinstrument zur Erreichung der Biodiversitätsziele. Ferner wies sie im Zusammenhang mit dem Anbau von Biokraftstoffen darauf hin, dass darauf geachtet werden müsse, dass Instrumente aus dem Bereich Klimaschutz nicht zu Lasten des Artenschutzes gingen.



Clairie Papazoglou

Die große Anzahl der Forderungen entspreche der komplexen Problemsituation, die ebenso komplexer Lösungsstrategien bedürfe. Deshalb wünsche sie sich von der deutschen Bundesregierung eine aktive Rolle während ihrer EU-Ratspräsidentschaft.



Patrick Murphy

Patrick Murphy, Leiter des Referats Natur und Biologische Vielfalt, Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission, sieht in der Biodiversitätsmitteilung der EU-Kommission vom Mai 2006 einen Meilenstein in der Biodiversitätspolitik. Gleichzeitig zeige sie einen neuen Naturschutzansatz der Kommission auf. Lag der Schwerpunkt des Artenschutzes in den 90er Jahren noch auf der Umsetzung der zwei europäischen Naturschutzrichtlinien (Flora-Fauna-Habitat- und Vogelschutzrichtlinie), die insbesondere die Einrichtung und den Erhalt von Schutzgebieten zum Ziel hatten, so werde der Artenschutz nun umfassender und auch für nicht geschützte Bereiche angestrebt.

Folgende politische Handlungsschwerpunkte ergeben sich nach Patrick Murphy aus der Mitteilung der EU-Kommission und damit auch für die deutsche Ratspräsidentschaft:

- Die vollständige Umsetzung des Natura-2000-Netzwerkes innerhalb der nächsten 18 Monate. Das heißt:
 - die Ausweitung von Natura 2000 auf die zehn neuen Mitgliedstaaten und auf die Beitrittsstaaten Rumänien und Bulgarien,
 - die Ausweisung mariner Schutzgebiete unter der FFH- Richtlinie,
 - und die Schaffung von grünen Korridoren, um die verschiedenen Schutzgebiete miteinander zu verbinden (Biotopverbund).
- Die Sicherung einer ausreichenden Finanzierung des Natura-2000-Netzwerkes. Fonds dafür existierten bereits, es müsse aber kontrolliert werden, dass die Gelder auch tatsächlich für das Natura-2000-Netzwerk genutzt würden.

- Zur Problematik der „Invasive Alien Species“ werde von der Kommission eine Strategie vorgelegt.
- Die Koordinierung von starken EU-Positionen zur COP 9 der CBD.
- Hinsichtlich der Millenniums-Ziele müsse sichergestellt werden, dass alle Projekte der Zielsetzung, die Artenvielfalt zu erhalten, entsprechen. Generell müssten bei Fragen des Welthandels auch Themen wie der ökologische Fußabdruck der EU berücksichtigt werden. Unter der portugiesischen Ratspräsidentschaft werde dafür ein Vorschlag zu „Business and Biodiversity“ vorgelegt.
- Umweltkommissar Stavros Dimas lege großen Wert darauf, die beiden Themen Klimawandel und Biodiversität bei der Arbeit der Generaldirektion Umwelt der EU-Kommission zu berücksichtigen. Die Arten bei der Anpassung an den Klimawandel zu unterstützen werde zunehmend an Bedeutung gewinnen.

Abschließend betonte Patrick Murphy die ökonomische Bedeutung der Biodiversität und der Ökosystem-Güter als Argumente für strategische Ansätze. Allerdings sei ein alleiniger, ökonomischer Blick gefährlich, weil wichtige andere Funktionen von Biodiversität, wie ethische oder ästhetische Funktionen, vergessen werden könnten.

Jochen Flasbarth, Abteilungsleiter im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, sieht die Europäische Union und die Weltgemeinschaft trotz ihrer Bemühungen, den Artenrückgang bis 2010 zu stoppen, immer noch auf dem falschen Weg. Der Verlust der Artenvielfalt schreite weiter voran. Die deutsche Bundesregierung sei sich daher ihrer Verantwortung der dreifachen Präsidentschaft bewusst. Vor allem bei der Ausrichtung der CBD-COP 9 2008 müssten Perspektiven für die Zeit nach 2010 aufgezeigt werden. Wenn der Rückgang der Artenvielfalt bis zum Jahr 2010 nicht gestoppt sei, müssten Strategien vorliegen, wie der Schutz der Artenvielfalt in Zukunft weiter getragen werden könne.



Jochen Flasbarth

Anschließend ging Jochen Flasbarth auf die zentralen politischen Themen ein, die während der deutschen Ratspräsidentschaft relevant sind:

1. Die zwei Naturschutz-Richtlinien seien das Beste, was der europäische Naturschutz bis heute hervorgebracht habe. Auch die deutsche Bundeskanzlerin bekenne sich zu den beiden Richtlinien. Sie werde dem wachsenden Druck auch während der deutschen Ratspräsidentschaft standhalten, der gegen die Richtlinien und ihre Finanzierung ausgeübt wird. Während der deutschen Ratspräsidentschaft stehe die Evaluierung des bisherigen Umsetzungsstandes von Natura 2000 an, auf dessen Basis weitergehende Maßnahmen zur Verbesserung des Naturschutzes in Europa getroffen würden. Wichtig dabei sei, die Akzeptanz von Natura 2000 zu erhöhen und auf eine pragmatischere Umsetzung der Richtlinien Wert zu legen. Man dürfe nicht aus den Augen verlieren, dass der Druck innerhalb der EU gegen die Richtlinien enorm sei.
2. Deutschland habe sich für einen integrierten Finanzierungsansatz des Natura-2000-Netzwerkes eingesetzt. Ob sich dieser Ansatz durchsetzen werde, müsse sich erst zeigen. Die breit gefächerten Finanzierungsmöglichkeiten könnten durch die Mitgliedstaaten für das Natura-2000-Netzwerk genutzt werden. Es bestünden jedoch Zweifel, ob die Gelder tatsächlich für das Netzwerk genutzt werden und ob die

Finanzierung überhaupt ausreiche. In der finanziellen Vorausschau bis 2013 sei die erste Säule der EU-Agrarpolitik von Änderungen „verschont“ und die zweite Säule vernachlässigt worden. Im Jahr 2008 müssten Korrekturen für die Neuverhandlung des EU-Haushalts (ab 2013) angestoßen werden. Um dies vorzubereiten werde während der deutschen Ratspräsidentschaft von Deutschland eine Konferenz ausgerichtet.

3. Wichtig sei bei allen Fragen eine gute Abstimmung mit den nachfolgenden Ratspräsidentschaften. Es gebe deshalb bereits eine intensive Zusammenarbeit mit Portugal, Slowenien und Frankreich. Alle drei Präsidentschaften sehen vor, den Artenschutz als wichtiges Thema weiterzuverfolgen.

4. An die COP 9 der CBD richteten sich große Erwartungen. Als Gastgeber dieser Konferenz möchte Deutschland dafür sorgen, dass von der Konferenz eine vergleichbar große Signalwirkung ausgehen werde, wie dies 1995 bei der ersten Klimarahmenkonvention in Bonn der Fall war. Wichtige Themen werden der Schutz der Wälder und Meere sowie die Entwicklung eines globalen Schutzgebietsnetzes sein. Bei den Fragen des „Access and Benefit Sharing“ werde Deutschland eine aktive Rolle einnehmen, um mit den Entwicklungsländern einvernehmliche Lösungen zu finden. Ohne diese Einvernehmlichkeit werde die COP 9 keinen Erfolg haben. Hinsichtlich der Finanzierung der CBD werde es Überlegungen zu neuen Finanzierungsinstrumenten geben.

5. Klimawandel und Biodiversität seien nicht mehr voneinander zu trennen. Die Möglichkeiten vieler Arten, sich an den Klimawandel anzupassen, seien viel zu gering. Zu diesem Thema gebe es im Vorfeld der CBD-COP 9 möglicherweise eine eigene Konferenz.

6. Die deutsche Biodiversitätsstrategie werde bis 2008 verabschiedet.

Sebastian Winkler, Leiter der Countdown 2010 Kampagne und Senior Adviser European Policy der World Conservation Union (IUCN), verwies auf Großbritannien als ein gutes Beispiel dafür, wie Beteiligungsprozesse während der EU-Präsidentschaft konstruktiv gestaltet werden können. Hier wurden verschiedene Akteure einbezogen und es gab im Nachhinein eine Evaluierung der Resultate mit einer entsprechenden Anpassung der zukünftigen Verpflichtungen. Für die deutsche Ratspräsidentschaft gebe es verschiedene politische Anlässe, wie z.B. das 20jährige Jubiläum des Brundtlandberichtes, um Resümee zu ziehen und in die Zukunft zu schauen. Für die Frage, wie es mit dem Schutz der Artenvielfalt weitergehen sollte, gebe die Mitteilung der EU-Kommission zu Biodiversität einen hervorragenden Fahrplan.

Einen wichtigen Punkt sah Sebastian Winkler in der Frage, wie die Entwicklungsländer besser einbezogen werden könnten. Bei den nächsten G8-Treffen müsse der Debatte um „Access Benefit Sharing“ (ABS) ein großer Stellenwert eingeräumt werden. Außerdem müsse der eigene „ökologische Fußabdruck“ verkleinert werden. Ein weiteres wichtiges Handlungsfeld sah er in der Erfüllung bereits eingegangener politischer Verpflichtungen. Beispielsweise hätten sich die 190 Vertragsstaaten der CBD dazu verpflichtet, eigene nationale Biodiversitätsstrategien zu erarbeiten. Bis jetzt seien aber erst 55 Staaten dieser Verpflichtung nachgekommen. Auch ungeklärt sei



Sebastian Winkler

noch immer die Frage, wie das europäische Netzwerk Natura 2000 mit einem globalen Schutzsystem verknüpft werden könnte.

Sebastian Winkler freute sich über die steigende Mitgliederzahl (140) der Initiative „Countdown 2010“. Es gebe Bestrebungen, das 2010-Ziel auch als ein Millenniums-Entwicklungsziel zu verankern.

Als Reaktion auf die gegenseitigen Statements der Podiumsteilnehmer zeigte sich Claire Papazoglou erleichtert, dass Deutschland den beiden europäischen Naturschutzrichtlinien hinsichtlich des anstehenden „Review-Prozesses“ den Rücken stärken wolle. Dafür müsse die Bundesregierung jedoch klare Ziel- und Zeitvorgaben erarbeiten. Patrick Murphy ergänzte zu diesem Punkt, dass die Berichte zur Umsetzung des Natura-2000-Netzwerkes im September 2007 fällig seien. Die Bewertung des Umsetzungsstandes werde voraussichtlich erst einige Jahre später vorliegen.

Fragen aus dem Publikum

Auf die Publikumsfrage, wie die Umsetzung der „Biodiversitätsmitteilung“ und des dazu gehörigen Aktionsplans der EU-Kommission mit den anderen Generaldirektionen abgestimmt werden sollten, erläutert Patrick Murphy die Strategie seines Hauses: „Die Integration der Ziele aus der Mitteilung in andere Politikbereiche ist wichtiger Bestandteil unserer Arbeit. Um sicher zu sein, dass der Aktionsplan nicht in Vergessenheit gerät, erarbeitet die Generaldirektion Umwelt gerade einen operationellen Plan, in dem Aufgaben, Meilensteine, Verantwortlichkeiten und Zeithorizonte festgelegt werden. Diese werden über intensive Gespräche in die anderen Generaldirektionen hineingetragen.“

Auf die Frage nach der Umsetzung der Biodiversitätsmitteilung auf Bundesebene gab Jochen Flasbarth zu bedenken, dass die Bundesregierung nur geringe Möglichkeiten habe Druck auszuüben. Naturschutz sei in Deutschland Ländersache und der Blick müsse hier auf die Entscheidungen des Bundesrates gerichtet sein. Wichtig seien die unter der finnischen Ratspräsidentschaft zu erwartenden Ratschlussfolgerungen zur Biodiversitätsmitteilung. Diese werden die Grundlage für weitergehende Aktionen während der deutschen Ratspräsidentschaft sein. Außerdem habe die Bundesregierung vor, für ein „Follow-up“ der Mitteilung zu sorgen. Nicht zuletzt, weil die Mitteilung wichtige Punkte zur Vorbereitung der COP 9 beinhalte.

Auf die Frage nach einer möglichen Verwässerung der deutschen Biodiversitätsstrategie konnte Jochen Flasbarth das Publikum beruhigen. Die von Bundesumweltminister Sigmar Gabriel zugesagte Verabschiedung einer deutschen Biodiversitätsstrategie werde die ambitionierten Ziele des Entwurfs weitgehend beibehalten. Die Biodiversitätsstrategie werde u.a. als Instrument gesehen, die Biodiversitätsmitteilung der EU-Kommission in Deutschland umzusetzen.

Die Publikumsfrage, ob das BMU den Ansatz der Ökosystem-Serviceleistungen während der deutschen Ratspräsidentschaft vorantreiben werde, verneinte Jochen Flasbarth.

Gute Möglichkeiten, die „andere Seite“ für unsere „Biodiversitätsziele“ zu gewinnen bestehen für Sebastian Winkler in der Nutzung der Millenniums-Ökosystembewertung der Vereinten Nationen. Hier wurde das Wohl der Menschen mit den Leistungen der Ökosysteme für die Gesellschaft verknüpft. Eine weitere Möglichkeit sieht er in der

anstehenden, erneuten Diskussion über die Europäische Verfassung: „Hier können Visionen für die Natur in Europa integriert werden.“

Auf die Frage nach der Abschaffung von schädlichen EU-Subventionen erinnerte Jochen Flasbarth an die hier existierenden großen Interessenskonflikte. Das Bundesumweltministerium plane 2007 einen Kongress, um zu diskutieren, wie der „Review“ des EU-Haushaltes (2008) für Veränderungen der Agrarsubventionen genutzt werden könne. Patrick Murphy gab zu bedenken, dass die EU-Kommission hier nur sehr eingeschränkt mitgestalten könne, da gerade bei den wichtigen Agrarsubventionen nur auf höchster politischer Ebene entschieden werde.



Publikum Panel Biodiversität

Die Frage nach der Nutzung von Biokraftstoffen verwies Jochen Flasbarth zum Teil an andere Stelle. Wichtig sei in diesem Zusammenhang jedoch eine Debatte zum Verbrauch zu führen und zu fragen: „Welche Verkehrsmittel nutzen wir? Wie ist ihr Verbrauch? Wie substituieren wir Erdöl?“ Zustimmung fand er von Patrick Murphy darin, dass die EU auf jeden Fall anspruchsvolle Zertifizierungssysteme für Biokraftstoffe brauche. Nur so könne der Konflikt zwischen den Zielen zum Klimaschutz und den Zielen zum Schutz der Artenvielfalt gelöst werden: „Wenn wir uns dieser Debatte nicht stellen, wird sie ohne uns geführt,“ so Patrick Murphy.

Auf die Frage, inwieweit während der deutschen Ratspräsidentschaft Druck auf die Mitgliedstaaten ausgeübt werden könne, marine Schutzgebiete auszuweisen, unterstrich Jochen Flasbarth die Wichtigkeit, diesen Punkt auf den Agenden der EU-Räte zu halten. Dies sei schon allein deshalb wichtig, weil außer Deutschland bisher kaum ein anderer Mitgliedstaat Meeresschutzgebiete ausgewiesen habe. Die deutsche Industrie habe deshalb schon die Forderung formuliert, nicht ehrgeiziger als der EU-Durchschnitt zu sein. Patrick Murphy ergänzte, dass Natura-2000-Gebiete und marine Schutzgebiete nicht immer identisch seien. Es stelle sich außerdem die Frage, wie marine Schutzgebiete genutzt werden dürfen. Die EU-Richtlinie zum Meeresschutz fordere einen guten Zustand des Meeresökosystems auch außerhalb von Schutzgebieten, was eine künftige Integration der Ziele zum Meeresschutz in die Fischereipolitik bedeute.

In einer Abschlussrunde benannte Sebastian Winkler den Meeresschutz, Entwicklungshilfe und den Schutz der Wälder als zentrale Themen für die Verhandlungen der G8-Staaten. Den Anwesenden gab er noch eine chinesische Lebensweisheit mit auf den Weg: „To advance you need two legs - one being motivation and the other action. Without motivation no action!“

Clairie Papazoglou unterstrich den nicht ökonomischen Wert der Artenvielfalt, der verstärkt in die Öffentlichkeit getragen werden müsse.

Patrick Murphy forderte eine breitere Debatte über die Art von Natur, die wir haben wollten. Für Naturschutz sollten wir uns nicht entschuldigen - 80 Prozent der EU-Bürger wünschten sich eine intakte Umwelt.

Jochen Flasbarth zeigte sich sehr motiviert, ein Maximum aus dieser Ratspräsidentschaft herausholen zu können. Man müsse sich auf die Punkte konzentrieren, bei denen man wirklich etwas erreichen könne. Eine erfolgreiche COP 9 der CBD berge die große Chance, die Biodiversitätsziele in Europa voran zu bringen. Die slowenischen Kollegen seien bereit, diese auf der Agenda ihrer eigenen Ratspräsidentschaft oben zu halten.

WIE VIEL DRECK UNTER DER HAUBE? SAUBERE LUFT UND KLIMASCHUTZ IN DER EU-VERKEHRSPOLITIK.

Moderation:

Stefan Bundscherer

Leiter Energie- und Klimaschutz, Deutsche Umwelthilfe (DUH)

Teilnehmer/innen:

Astrid Klug

parlamentarische Staatssekretärin des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Gerd Lottsiepen

verkehrspolitischer Sprecher des Verkehrsclubs Deutschland (VCD)

Sonja Klingberg

Präsidentin der „European Federation for Transport and Environment“ (T&E)

Eingangsstatements der Podiumsteilnehmer/innen

Astrid Klug, parlamentarische Staatssekretärin, Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU), machte in ihrem Eingangsstatement deutlich, dass die Themen Klimaschutz und Luftreinhaltung eine besondere Priorität im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft 2007 genießen werden. Es sei beabsichtigt hier ein gutes Stück voran zu kommen. Die Verkehrspolitik in Europa sei eines der am härtesten umkämpften Politikfelder, die EU-Kommission werde daher noch „mehr Gas“ geben müssen. Weitgehende Einigkeit zwischen dem BMU und den Umweltverbänden sehe Astrid Klug vor allem in den formulierten Zielen zum Klimaschutz und der Luftreinhaltung. Unterschiede seien am ehesten in den vorgeschlagenen Instrumenten zur Umsetzung dieser Ziele erkennbar, aber auch in den Einschätzungen darüber, was überhaupt realisierbar sei und wie man sich strategisch aufstellen sollte um diese Ziele zu erreichen.

Astrid Klug gab danach einen Überblick über die Themen, die während der deutschen Ratspräsidentschaft auf der verkehrspolitischen Agenda stehen werden:

Ein Schwerpunkt werde die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie zur Reduktion von CO₂-Emissionen sein. Die von der Automobilindustrie bevorzugte Selbstverpflichtung beinhalte das Ziel, den CO₂-Austoß bei Neufahrzeugen bis 2008 auf 140 g/km zu reduzieren. Falls die Industrie dieser Selbstverpflichtung nicht nachkommen sollte, werde es in Zukunft keine solchen Instrumente mehr geben. Der damit einhergehende Vertrauensverlust würde außerdem Auswirkungen auf die weitere Zusammenarbeit haben. Zunächst aber wolle das BMU an den Forderungen festhalten und den Druck auf die Industrie verstärken, in der Hoffnung, dass das formulierte Ziel bis 2008 doch noch erreicht werde.

Parallel dazu will das BMU weitergehende Minderungsziele diskutieren und die im „EU-Aktionsplan Energieeffizienz“ veröffentlichten Ziele, wie z.B. den CO₂-Austoß bis 2012 auf 120 g/km zu reduzieren, unterstützen. Die für weitergehende Minderungsziele notwendigen zusätzlichen Instrumente sollen in einer Mitteilung der EU-Kommission bis Ende des Jahres vorgestellt werden.

Ferner gelte es, die Debatte um die Minderungsziele der CO₂-Emissionen mit einer Steigerung des Anteils der Biokraftstoffe zu verbinden. Astrid Klug verwies auf das deutsche Biokraftstoffquotengesetz. Durch dieses Gesetz soll der Biokraftstoffanteil bis 2010 auf das europäische Niveau von 5,75% und nach 2010 darüber hinaus angehoben werden. Das BMU ist der Auffassung, dass eine zwangsweise Einführung der Biokraftstoffquote der richtige Weg sei, um nennenswerte Anteile an Biokraftstoffen zu erreichen. Von der Automobilindustrie gemeinsam mit der Mineralölwirtschaft und der Landwirtschaft erwarte man Antworten auf die technologischen Herausforderungen, die sich daraus ergeben. Dazu zählen die Weiterentwicklung von Biokraftstoffen, klare - auch ökologische - Anforderungen an den Anbau von Biokraftstoffen sowie die Weiterentwicklung der Motorentchnik. Das BMU ist überzeugt davon, mit dem Thema Biokraftstoffe eine Antwort auf die Herausforderungen des Klimaschutzes geben zu können. Mit dem Biokraftstoffquotengesetz könnten von 2007 bis 2009 mindestens 5 Millionen Tonnen CO₂ eingespart werden.

Astrid Klug kritisierte, dass die EU-Kommission oftmals Luftqualitätsziele und Grenzwerte vorlege, ohne die entsprechenden Instrumente für deren Umsetzung mitzuliefern. Es komme daher zu einer zeitlichen Schiefelage bei der Zielerreichung. Diese Instrumente einzufordern sieht das BMU als eine wichtige Aufgabe während der Ratspräsidentschaft an.

Ein weiteres wichtiges Thema sei der Flugverkehr. Das durch ihn verursachte enorme Wachstum an Treibhausgas-Emissionen verlange dringend politisches Handeln. Einer



Astrid Klug

Reduktion des CO₂-Gesamtausstoßes des Verkehrssektors, zwischen 1990 und 2003 um rund 5,5% stünde ein Anstieg der Flugverkehrsemissionen von 73% entgegen. Astrid Klug räumte ein, dass die Klimaschutzpolitik im Luftverkehr allerdings eine Sonderrolle einnehme, weil sich der Verkehr territorial nicht so einfach zuordnen ließe. Aus diesem Grund sei der Flugverkehr bisher auch nicht im Kyoto-Protokoll enthalten. Jetzt zeige sich jedoch ein Zeitfenster, den Flugverkehr in den Klimaschutz mit aufzunehmen. Es gebe diesbezüglich klare Ziele der EU-Kommission und des europäischen Parlaments. Mit Ausnahme einiger lösbarer Details sehe sich das BMU auf einer Linie mit den vorgeschlagenen Zielen, und wolle sie entsprechend unterstützen. Sie lobte das Emissionshandelsystem als ein geeignetes Instrument, um ein festgesetztes Reduktionsziel mit möglichst niedrigen Kosten zu erreichen. Es

sei ein effizientes System, in das alle Staaten ohne Wettbewerbsverzerrung integriert werden könnten. Gleichwohl sei das Instrument weiterhin verbesserungsfähig. Die EU-Kommission habe bis Jahresende einen „Review-Bericht“ für den Emissionshandel im Bereich Industrie und Energiewirtschaft angekündigt. Im Zuge dieses Prozesses werde das BMU die Ausdehnung des Emissionshandels auf andere Sektoren, wie den Flugverkehr, diskutieren und zugleich versuchen, das Instrument noch effizienter auszugestalten.

Zur aktuellen politischen Grenzwert-Debatte stellte Astrid Klug die Position des BMU dar. Im Bereich der Stickoxid- und Partikelemissionen müsse den Herstellern frühzeitig klare Vorgaben gemacht werden, damit sie sich darauf einstellen und mit entsprechenden Innovationen reagieren könnten. Das BMU wünsche sich daher auch die schnelle Vorlage der Grenzwertanforderungen seitens der EU-Kommission. Bei der Pkw-Grenzwertdebatte gehe es insbesondere um Diesel. Der im letzten Dezember von der

EU-Kommission vorgelegte Vorschlag werde auf europäischer Ebene zurzeit intensiv verhandelt. Bei der Partikel-Minderung gebe es weitestgehend Übereinstimmung, 5 mg/km festzulegen. Diskutiert werde noch über die Minderungsziele im Bereich der Stickoxide. Die EU-Kommission habe einen Grenzwert von 200 mg vorgeschlagen, das EU-Parlament wolle mindestens 180 mg. Das BMU sei darüber hinaus der Meinung, bereits heute eine weitere Minderungsstufe anzukündigen, damit sich die Automobilindustrie rechtzeitig darauf einstellen könne. Das Europäische Parlament habe dazu einen Grenzwert von 70 mg vorgeschlagen, das BMU von 80 mg. Das BMU halte es außerdem für sinnvoll, die Grenzwerte für Benziner und Diesel zu vereinheitlichen und einen mittleren Grenzwert zwischen 70 und 80 mg festzulegen. Die Automobilindustrie müsse bereits heute davon in Kenntnis gesetzt werden, dass dies der Grenzwert für Euro 6, d.h. für das Jahr 2014 sein werde. Auch bei den Grenzwerten für LKW bestehe weiterer Handlungsbedarf. Auf Drängen des BMU werde die EU-Kommission nun voraussichtlich bis Frühjahr nächsten Jahres einen Vorschlag zu den vorgesehenen Grenzwerten des Euro VI für Lkw vorlegen. Das BMU wolle die Grenzwerte über SDR-Systeme weiterentwickeln. Es halte Stickoxid-Grenzwerte bei Lkw von unter 0,5 g, also 75% unterhalb des Euro V Grenzwertes, und Grenzwerte für Partikelemissionen von 10 mg für realisierbar.

Abschließend äußerte Astrid Klug den Wunsch, Unterstützung und Antrieb von Seiten der nationalen und internationalen Umweltverbände zu erhalten. Sie begrüße dabei durchaus Forderungen seitens der Verbände, die über die des BMU hinausgingen. Und sie freue sich auf die bewährte Zusammenarbeit.

Gerd Lottsiepen, verkehrspolitischer Sprecher des Verkehrsclubs Deutschland (VCD), forderte zu Beginn die Bundesregierung dazu auf, endlich eine umweltverträgliche Verkehrspolitik ambitioniert zu betreiben. Er habe während der Vorkonferenz der europäischen NGOs von Kollegen aus den EU-Partner-Ländern wiederholt gehört, dass Deutschland auch in diesem Politikfeld keinen guten Ruf genieße. Die Kollegen meinten, es sei möglicherweise besser, „Autothemen“ z.B. auf die portugiesische Ratspräsidentschaft zu verschieben - das Land mit dem niedrigsten durchschnittlichen CO₂-Ausstoß der Autoflotte. Gerd Lottsiepen stellte dem entgegen, dass erfolgreiche Klimaschutzpolitik unbedingt Erfolge im Verkehrsbereich brauche und er davon ausgehe, dass solche Erfolge eines aktiven deutschen Beitrags bedürfen.

Anhand von Emissionswerten verschiedener Pkw zeigte Gerd Lottsiepen zunächst auf, dass die Werte des CO₂-Ausstoßes bei verschiedenen Varianten desselben Pkw-Modells um bis zu 100% variierten, und dass es den Umweltverbänden darum gehe, die energieeffizientesten Fahrzeuge als Standard zu setzen. Zwar würden bereits eine Vielzahl von Fahrzeugen mit geringem CO₂-Ausstoß entwickelt, nur würden sie dann auf dem Markt kaum in Erscheinung treten. Dieses Potenzial sei ein gutes Argument, der Auffassung des Umweltministers zu widersprechen, dass die klimapolitischen Forderungen der Umweltverbände in Bezug auf Fahrzeuge unrealistisch seien.



Gerd Lottsiepen

Nach Gerd Lottsiepen werde die freiwillige Selbstverpflichtung der Automobilindustrie aller Voraussicht nach scheitern - keiner glaube mehr wirklich an deren Umsetzung bis

2008. Vor diesem Hintergrund stellte Gerd Lottsiepen die Frage, was in den letzten Jahren bei der Verminderung von CO₂ und anderen Schadstoffen erreicht worden sei? Die Emissionswerte bei gesundheits- und naturschädigenden Stoffen seien zwar erheblich zurückgegangen, auch bei der Verringerung des Schwefels in Kraftstoffen habe die rot-grüne Bundesregierung über das Ökosteuergesetz vorbildlich gearbeitet - in Deutschland sei Kraftstoff schwefelfrei. Aber beim CO₂-Ausstoß liege man noch weit von den Zielstellungen entfernt, die für einen nachhaltigen Klimaschutz nötig seien.

Anschließend stellte Gerd Lottsiepen die zentralen Forderungen der Umweltverbände für die deutsche Ratspräsidentschaft vor (siehe Forderungspapier S. 72). Ein Beispiel sei die Forderung nach einer Halbierung des durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes von Neuwagen auf 80 g/km bis zum Jahr 2016. Die Umweltverbände seien außerdem dagegen, dass Biokraftstoffe bei CO₂-Minderungszielen angerechnet werden: „Es darf nicht sein, dass Fahrzeuge weiterhin ineffizient Kraftstoffe verbrennen, die Autoindustrie aber umweltpolitisch Pluspunkte sammelt, nur weil mehr Biokraftstoffe verwendet werden. Für den Klimaschutz ist es viel entscheidender, dass energieeffiziente Maschinen für einen geringen Verbrauch hergestellt werden, unabhängig von den Kraftstoffen die sie verbrennen. Biokraftstoff ist viel zu kostbar, um ihn in ineffizienten Maschinen zu verbrennen.“

Hinsichtlich der Realisierbarkeit der Verbandsforderungen rief Gerd Lottsiepen in Erinnerung, dass die EU-Umweltminister bereits 1996 durchschnittliche Pkw-Emissionsgrenzwerte von 120 g/km bis 2005 (spätestens bis 2010) festgelegt hatten. Inzwischen sei dieser Wert schon auf das Jahr 2012 verschoben worden, da die Politik die Industrie nicht genug gedrängt habe, energieeffizientere Fahrzeuge auf den Markt zu bringen. Dabei zeigten bereits entwickelte Fahrzeuge und diverse Studien, dass das Potenzial für die geforderten Werte vorhanden sei. Ohne verbindliche Vorgaben von Seiten der Politik werde die Automobilindustrie die geforderten Werte nicht umsetzen. Der Erfolg der Bundesregierung, der Umweltpolitik und der EU-Politik werde an der Erreichung der Ziele zur CO₂-Minderung gemessen werden.

„Welche politischen Instrumente können zur Umsetzung der Reduktionsziele eingesetzt werden?“ fragte Gerd Lottsiepen. Konsens herrsche bei den Umweltverbänden darüber, dass eine Kombination von Flottengrenzwerten und fahrzeugspezifischen Grenzwerten erforderlich sei. Gerade mit letzteren sei am ehesten eine Verbindlichkeit herzustellen, da sie klare Leitlinien für Entwicklungsingenieure setzten und damit eine schnelle Verbesserung der Abgaswerte ermöglichten. Eindeutig abgelehnt werde von den Umweltverbänden hingegen eine Weiterentwicklung der Selbstverpflichtung der Automobilindustrie.

Hinsichtlich der Verringerung von Stickoxiden verwies Gerd Lottsiepen darauf, dass die Umweltverbände eine andere Vorstellung als die Bundesregierung hätten. Es sei zwar noch nicht klar, ob das wenig ambitionierte Paket Euro 5 für Pkw noch in diesem Jahr während der finnischen Ratspräsidentschaft verabschiedet werde. Es dürfe jedoch auf keinen Fall bis 2014 gewartet werden, bis die Stickoxidemissionen die Werte erreichen, die Mercedes bereits heute mit seinen Fahrzeugen in den USA erfülle. Statt sich mit einer Technik zufrieden zu geben, die Menschen krank mache, müssten die Stickoxidwerte spätestens ab 2010 auf 80 mg/km und die Feinstaubwerte auf 2,5 mg gesenkt werden. Hier werde ein entschlossenes Handeln der deutschen Regierung erwartet.

Sonja Klingberg, Präsidentin der „European Federation for Transport and Environment“ (T&E), betonte, dass eine CO₂-Minderungsstrategie auch für den Verkehrsbereich wichtig sei, wenn man den Klimaschutz ernst nehmen wolle. Sie erinnerte daran, dass die im Verkehrssektor verbrauchte Energie weiterhin zunehme, und dass dies bei steigenden Energiepreisen unsere Volkswirtschaft immer stärker belasten werde. Nur wenige Energie liefernde Volkswirtschaften würden von dieser Situation profitieren. Da die Preisentwicklung von uns nicht anderweitig beeinflusst werden könne, sei eine Steigerung der Energieeffizienz der einzige Weg, um als Energieimporteur eine positive, volkswirtschaftliche Bilanz zu erzielen.

Bei einer CO₂-Minderung sei die Berücksichtigung der Pkw genauso wichtig wie die Berücksichtigung des Flugverkehrs - schließlich würden rund 50% der CO₂-Emissionen und des Energieverbrauchs im Verkehrssektor durch den Pkw-Verkehr verursacht. In diesem Bereich liege außerdem ein großes, bisher ungenutztes Potenzial an vorhandenen Technologien, die bei entsprechenden politischen Rahmenbedingungen sofort einsetzbar wären.

Sonja Klingberg geht davon aus, dass die Selbstverpflichtung der Automobilindustrie von 140 g CO₂/km bis 2008 nicht mehr erfüllt werde. Die Zielpunkte der Vereinbarungen lägen dafür einfach zu weit unterhalb des aktuellen Trends. Sie erinnerte zusätzlich daran, dass die EU-Umweltminister Ende der 90er Jahre das Ziel von 120 g CO₂/km nicht als utopisch angesehen hätten, obwohl zu diesem Zeitpunkt noch ganz andere Voraussetzungen als heute herrschten. So seien die Ölpreise damals noch vergleichsweise niedrig gewesen. Die damaligen Umweltminister hätten deshalb anlässlich einer T&E-Tagung im vergangenen Monat ihre heutigen Amtskollegen zu entschlossenem Handeln aufgefordert.



Sonja Klingberg

Sonja Klingberg fragte weiterhin nach, was die Aussage von Astrid Klug bedeute, dass man der Automobilindustrie die Chance geben müsse, ihre für 2008 formulierten Ziele der Selbstverpflichtung zu erfüllen. Sie betonte, dass aus Sicht von T&E die Zeit zum Handeln reif sei, wenn im Frühjahr 2007 auf Basis der Zahlen für 2006 kein deutlich beschleunigter Abwärtstrend in den Durchschnittswerten erkennbar sei. Wären der Automobilindustrie bereits zu einem früheren

Zeitpunkt bindende Vorgaben gemacht worden, hätten ihre Fahrzeuge heute einen niedrigeren CO₂-Austoß und die deutsche Automobilindustrie wäre den langfristigen Herausforderungen besser gewachsen. Da diese Vorgaben versäumt wurden, dominierten in der Industrie kurzfristige Herausforderungen das Handeln.

Die von der EU-Kommission für Ende des Jahres erwartete Mitteilung werde auf alle drei Säulen Ihrer Minderungsstrategie Bezug nehmen, also neben der Minderung des durchschnittlichen CO₂-Verbrauchs von Neuwagen auch die Kennzeichnung und die Kommissionsvorschläge zu Pkw-Steuern. Bezogen auf die Kennzeichnung gebe es andere Mitgliedstaaten, welche die Kennzeichnungspflicht in der Art und Weise umgesetzt hätten, die Gerd Lottsiepen in Deutschland gern sehen würde.

Im Anschluss erläuterte Sonja Klingenberg einige Positionen von T&E zu diesem Themenbereich und ging auch auf den im Raum stehenden „Integrated Approach“ ein. Sie betonte, dass die Automobilindustrie nicht aus ihrer Verantwortung entlassen wer-

den dürfe. Die Anforderungen, die an sie gestellt würden, seien nämlich nicht neu, sondern seit vielen Jahren bekannt. Es könne nun nicht sein, dass die Industrie dafür belohnt werde, wenn sie derartige Vorgaben nicht ernst nähme. Die EU müsse über bindende Regelungen den CO₂-Verbrauch bei Neufahrzeugen reduzieren. Eine Anrechnung von Biokraftstoffen auf die Ziele der Automobilindustrie sei in diesem Zusammenhang nicht akzeptabel.

Die deutsche Regierung müsse in Deutschland auch daran gemessen werden, was sie über die Ratspräsidentschaft hinaus tun werde - Sonja Klingberg nannte hier z.B. die Kfz-Steuer auf CO₂-Basis. Andere Staaten hätten diese bereits eingeführt, Deutschland sei hier im Hintertreffen. Andere Länder gingen auch noch weit darüber hinaus, in dem sie zum Beispiel auch die Firmenwagenbesteuerung und Zulassungssteuern auf CO₂-Basis umgestellt hätten. Wichtig war Sonja Klingberg außerdem eine Betrachtung der von der Industrie regelmäßig angeführten Kosten der Einhaltung von diskutierten gesetzlichen Regelungen. Auch zur Erfüllung der CO₂-Minderungsziele stünden erneut erhebliche Summen im Raum. Man müsse sich bei der Beurteilung dieser Zahlen allerdings verdeutlichen, dass ein Katalysator heute nur etwa 10 Prozent von dem kosten würde, was die Industrie vor dessen Einführung als Kosten kommuniziert hatte. Vorhandener und zukünftiger technischer Fortschritt senkten die Kosten erheblich.

Im Folgenden ging Sonja Klingberg auf den politischen Fahrplan zur Überarbeitung der Euro-Standards ein. Auch nach ihrer Einschätzung sehe es aktuell danach aus, als könnten Parlament und Ministerrat zu diesem Themenkomplex bereits im Rahmen der ersten Lesung noch in diesem Jahr zu einer Einigung kommen. Sie bedauerte in diesem Zusammenhang, dass man beim NOx-Grenzwert im Jahr 2015 noch immer nicht den momentanen Grenzwert der USA erreichen werde. Die Bundesregierung solle die von Seiten der USA in diesem Bereich unserer Industrie auferlegten Anforderungen im Hinterkopf behalten, wenn sie mit den Amerikanern im ersten Halbjahr 2007 über die EU-Absichten im Flugverkehr verhandelten.

Zu der anstehenden Überarbeitung der Biokraftstoffrichtlinie, die auch unverbindlich ein Volumenziel von 5,75% für Biokraftstoffe vorgebe, sieht Sonja Klingberg Tendenzen, dieses Ziel weiter hoch zu setzen. T&E hält dies für falsch. Es sei wichtiger, Zielvorgaben für Biokraftstoffe nicht auf Basis von Volumenprozenten, sondern auf Basis von CO₂-Einsparungen zu formulieren. Auch müsse den weiteren Gefahren über Zertifizierung begegnet werden.

Abschließend ging Sonja Klingberg auf den Flugverkehr ein. Sie betonte: „Die Klimaauswirkungen des Flugverkehrs werden allgemein nach wie vor unterschätzt. Dies gilt sowohl für die heutigen Emissionen, als auch noch viel mehr für die sich aus den erwarteten Steigerungsraten ergebenden höheren zukünftigen Emissionen. Es steht nun auf der Tagesordnung der deutschen Ratspräsidentschaft, den Luftverkehr in den Emissionshandel aufzunehmen. T&E fordert einen Emissionshandel für den Flugverkehr, was nicht bedeutet, dass wir das Ziel einer Kerosinbesteuerung aufgegeben haben. Man muss aber realistisch sein. Da Einstimmigkeit auf EU-Ebene in Steuerfragen notwendig ist, ist dieses Instrument auf EU-Ebene zurzeit nicht realistisch.“ In einer Stellungnahme des EU-Rates werde die Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel grundsätzlich begrüßt. Das Europäische Parlament habe Forderungen nach einem separaten System für den Flugverkehr gestellt, statt einer Einbindung in den Emissionshandel. Diese Forderung werde von T&E geteilt. Weitere Einigkeit mit dem Europäischen Parlament bestehe in der Einsicht, dass dies nur ein erster Schritt sein

könne. Die EU-Kommission erarbeite zur Zeit einen Gesetzesvorschlag, dessen Veröffentlichung bis Ende dieses Jahres zu erwarten sei. Die USA seien entschieden gegen die Einbeziehung ihrer Fluggesellschaften in ein solches System. Dieses mache aber nur dann wirklich Sinn, wenn alle Airlines gleich behandelt würden. Eine große Herausforderung für die Bundesregierung sei es deshalb, gegenüber den USA standhaft zu bleiben. Dies sei sicherlich keine leichte Aufgabe. Gerade deshalb könne sie hier belegen, wie ernst es ihr mit dem Klimaschutz sei. Daran solle sie gemessen werden.

Podiumsdiskussion

Der Moderator **Stefan Bundscherer**, Leiter des Energie- und Klimaschutzes der Deutschen Umwelthilfe (DUH), stellte die Frage, ob sich die vom BMU geplante Anrechnung von Biokraftstoffen auf das 140-Gramm-Ziel der Industrie als Bremsklotz bei den Anstrengungen, effizientere Antriebstechnologie zu entwickeln, auswirken könnte?

Astrid Klug antwortete, dass beides gebraucht werde - mehr Energieeffizienz und mehr erneuerbare Energien im Kraftstoffbereich. Bezüglich der Anrechnung von Biokraftstoffen zur Erreichung des CO₂-Ziels sei eine klare Vereinbarung im Koalitionsvertrag getroffen worden. Das BMU erwarte von der Automobilindustrie die Erreichung des 140-Gramm-Ziel durch Effizienzmaßnahmen. Bei Nichterfüllung werde das BMU mit dem Ordnungsrecht reagieren. Darüber hinaus arbeite das BMU gemeinsam mit der Automobilindustrie und der Mineralölwirtschaft an weitergehenden

Zielen, bei denen auch die teilweise Anrechnung von Biokraftstoffen in die Verhandlungen mit einfließe. In einer CO₂-basierten Kfz-Steuer sieht Astrid Klug eine große Chance, Anreize zur Entwicklung verbrauchsärmerer Fahrzeuge zu geben. Zu befürchten sei allerdings, dass dieses theoretisch sehr wirkungsvolle Instrument durch die Verhandlungen über europaweite Verbrauchsgrenzwerte verwässert werde. Deshalb könnten andere Instrumente wahrscheinlich eine größere Wirkung entfalten. Das BMU sei hier jedoch noch nicht festgelegt.



Stefan Bundscherer

Für **Gerd Lottsiepen** ist die verbindliche Festlegung von Verbrauchsgrenzwerten kein Ziel, sondern ein Instrument. Die Umweltverbände wollten nicht die Verbrauchsgrenzwerte, wie es sie z.B. in China oder Japan gibt. Sie verfolgten ein anderes Ziel, nämlich den Ausstoß vor allem von großen Pkw, von

Luxuslimousinen und SUVs zu senken. Deshalb sind sie für den europäischen Markt nicht ambitioniert genug. Gerd Lottsiepen bemerkte: „China und Japan haben immerhin einen Grenzwert zur CO₂-Reduzierung, Europa hat den nicht. Die Umweltverbände wollen die Grenzwerte an das Ziel koppeln. Das Ziel ist die Reduzierung des durchschnittlichen CO₂-Ausstoßes von Neuwagen auf 120 g/km bis 2012 und 80 g/km bis 2016.“ Wichtig sei auch das Instrument der CO₂-basierten Kfz-Steuer, die Astrid Klug angesprochen habe. Allerdings dürfe eine solche Kfz-Steuer nicht einfach linear ansteigen. Pkw, die sehr wenig CO₂ emittierten, müssten überproportional entlastet werden. Besitzer von Fahrzeugen, die viel Kraftstoff verbrauchen und CO₂ emittieren, müssten das mit einer hohen „Klimasteuer“ finanzieren.

Auf die Frage des Moderators nach den Erwartungen der europäischen Umweltverbände an die Bundesregierung während der deutschen Ratspräsidentschaft, antwortete **Sonja Klingberg**, dass sie auf einer Ebene mit der Bundesregierung seien,

wenn es darum ginge die Drohkulisse für die Automobilindustrie hochzuhalten: „Doch wie kann dies am besten bewerkstelligt werden? Es muss klar sein, dass Gesetzesregelungen kommen. Die Gangart muss während der Ratspräsidentschaft verschärft werden, wenn die im Frühjahr 2007 veröffentlichten Zahlen für das Jahr 2006 keinen drastisch beschleunigten Fortschritt belegen. In diesem Falle müssen bindende Entwürfe innerhalb des nächsten Jahres vorgelegt werden, womit die Verantwortlichkeit auch bei der deutschen Ratspräsidentschaft liegt.“

Stefan Bundscherer stellte anschließend die Frage: „Wie können die Themen, die während der Konferenz diskutiert wurden, in den Arbeitsprozess der Bundesregierung eingebracht werden und einen entsprechenden Stellenwert bekommen?“

Astrid Klug machte deutlich, dass Klimaschutz und Energiepolitik im Mittelpunkt der Ratspräsidentschaft stünden, nicht nur was die Arbeit im Umweltministerium betreffe, sondern der gesamten Präsidentschaft – sowohl der EU als auch der G8. Und dies würde von der Kanzlerin ausdrücklich mitgetragen. Deshalb glaube sie, dass eine gute Chance bestünde die Themen entsprechend unterzubringen. Außerdem sei es möglich, die Themen während der deutschen Ratspräsidentschaft mitzubestimmen. Das BMU mache bereits Antrittsbesuche in allen Mitgliedstaaten, um die Themen, die wichtig

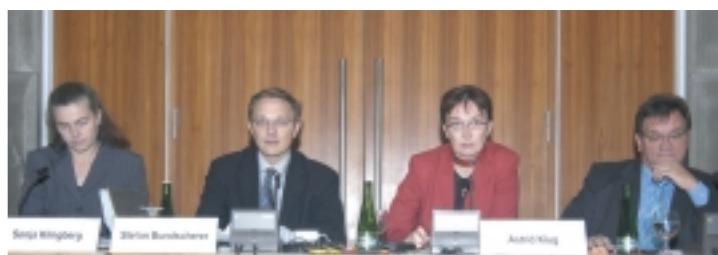
seien, zu diskutieren. Trotzdem müsse man auch realistisch bleiben, was innerhalb eines halben Jahres erreicht werden könne. Umso wichtiger sei es, mit den Nachfolgern der Präsidentschaft, Slowenien und Portugal, eng zu kooperieren, damit die Dinge, die während der deutschen Präsidentschaft nicht zum Abschluss gebracht werden, von den Nachfolgern nahtlos fortgesetzt werden.

Außerdem müsse berücksichtigt werden, dass derjenige der die Präsidentschaft innehat, in erster Linie eine

Moderatorenrolle wahrnehme. Wichtig seien daher strategische Überlegungen, ob es beispielsweise sinnvoll sei, Prozesse im Rahmen der eigenen Präsidentschaft zum Abschluss zu bringen oder sie möglichst gut vorzubereiten und Verbündete zu suchen, um die Prozesse dann nach der Präsidentschaft ohne eigene Moderatorenrolle ambitionierter voran treiben zu können.

Fragen aus dem Publikum

Die erste Frage aus dem Publikum betraf die mehrfach geäußerte Unzufriedenheit der EU-Kommission über den zu geringen Fortschritt der Automobilhersteller bezüglich ihrer Selbstverpflichtung: „Sieht die Bundesregierung die baldige Notwendigkeit, mit entsprechender Gesetzgebung zu reagieren oder will sie der Industrie noch mehr Zeit geben?“ Astrid Klug antwortete, dass es keinerlei Dissens zwischen der EU-Kommission und dem Wettbewerbskommissar Verheugen gebe, was die Einschätzung bezüglich der Selbstverpflichtung der Automobilindustrie angehe. Sie sähen, dass sie da auf ein Problem zuliefen. Astrid Klug erinnerte daran, dass der Umweltminister der



VERANTWORTUNG FÜR DIE ZUKUNFT:
Den deutschen Vorsitz im Rat der EU und bei der G8 für
RESPONSIBILITY FOR THE FUTURE:
How to Make the Most of the German EU and G8 Presid

Panel Mobilität

Automobilindustrie gegenüber sehr deutlich gemacht habe, dass eine Nicht-Einhaltung der Selbstverpflichtung Konsequenzen haben werde. Es werde aber nach wie vor erwartet, dass die Automobilindustrie ihr Ziel bis 2008 erreicht. Dem steht **Gerd Lottsiepen** sehr skeptisch gegenüber. Es sei kein Geheimnis mehr, dass die Automobilindustrie es bis 2008 nicht schaffen werde ihrer Selbstverpflichtung nachzukommen. Er lehnte es ab weiterhin zu warten, sondern forderte bereits jetzt über entsprechende Maßnahmen zu diskutieren.

Stefan Bundscherer fügte hinzu, dass Europa bei der Diskussion über den Stickoxid-Ausstoß im Moment von dem Prinzip abweiche, immer dem Stand der Technik zu entsprechen. In Europa werde derzeit über 200 mg diskutiert, während Honda bereits ein Fahrzeug entwickelt habe, das lediglich 31 mg emittiere. An **Sonja Klingberg** stellte er die Frage: „2010 werden strenge Stickoxid-Emissionswerte in ganz Europa gelten. Wenn wir bis dahin keine ambitionierten Stickoxid -Werte haben, wird das in Europa zu Fahrverboten für Fahrzeuge ohne DENOX-Katalysator führen?“

Sonja Klingberg stellte klar, dass die Grenzwerte deutlich geringer sein müssten, als sie derzeit diskutiert werden. Für 2015 seien Werte zwischen 70 und 80 mg Stickoxide im Gespräch, obwohl es heute bereits Fahrzeuge mit einem Ausstoß von nur 31 mg gebe. **Astrid Klug** bemerkte, dass 2010 das gleiche Problem wie 2005 mit dem Feinstaub zu erwarten sei. Grund dafür sei die Festsetzung von Zielen auf europäischer Ebene, während die entsprechenden Instrumente zur Umsetzung lange auf sich warten ließen. Die derzeitige Debatte sei aus ihrer Sicht zwar ambitioniert, aber zu spät begonnen. Sie erhoffe sich in diesem Jahr zumindest eine Perspektive zu entwickeln, die dabei helfen soll das Problem zu mildern.

Auf die Frage des Moderators, ob die Bundesregierung an dem Punkt zu nah an der Autoindustrie sei, erinnerte **Astrid Klug** an den Startpunkt der Debatte, nämlich den Vorschlag der EU-Kommission von 200 mg Stickoxide, ohne zweite Stufe. Inzwischen sei eine Herabsetzung auf 180 mg für eine erste Stufe erreicht und mit der Verabschiedung von Euro 5 werde die Entscheidung über eine zweite Stufe von mindestens 80 mg Stickoxide getroffen. Angesichts des ursprünglichen Startpunkts seien diese Werte ambitioniert.



Publikum Panel Mobilität

Die nächste Frage aus dem Publikum lautete, welche Instrumente **Astrid Klug** von der EU-Kommission im Bereich der CO₂-Grenzwerte und Energieeffizienz vermisste. **Staatssekretärin Klug** antwortete, dass eines der wichtigsten Themen das Steuerrecht sei, um über den Preis Anreize für verbrauchsärmere Fahrzeuge zu schaffen und so Druck auf die Automobilindustrie aufzubauen. Grenzwerte machten nur dann Sinn, wenn mit ihnen mehr erreicht werde als mit den bisherigen Instrumenten. Von der EU-Kommission erhoffe sich ihr Haus möglichst harte und konkrete Maßnahmen.

Auf die Frage, ob die Bundesregierung die Zulassungssteuern in Europa abschaffen oder eine im eigenen Land einführen wolle, entgegnete **Astrid Klug**, dass es derzeit keine Pläne gebe, in Deutschland eine Zulassungssteuer einzuführen. Das BMU sehe in der Kfz-Steuer das richtige Instrument, um technologische Innovationen anzutreiben

und zu initiieren. Gerd Lottsiepen appellierte im Namen der Umweltverbände an die deutsche Bundesregierung, sich nicht dafür einzusetzen, die Zulassungssteuer in Europa abzuschaffen. Darüber hinaus sei die Zulassungssteuer vielleicht irgendwann einmal, in 10 oder 15 Jahren, auch in Deutschland ein praktikables Instrument. Diese Steuer dürfe aber keinesfalls den anderen Ländern untersagt werden.

Eine weitere Publikumsfrage bezog sich auf den Flugverkehr und die Äußerung von Astrid Klug, bestimmte Themen aus strategischen Gründen in die Zeit nach der Präsidentschaft zu verschieben. Es werde befürchtet, dass die USA fehlende Fortschritte in der EU, vor dem USA-EU-Gipfel im Juni und der Mitgliederversammlung der Internationalen Organisation für die zivile Luftfahrt (ICAO) im Oktober, als Ausrede für eigene Untätigkeit nutzen werde. Es wurde um eine Bestätigung gebeten, dass die Bundesregierung nicht die Absicht habe, diese Thematik nach hinten zu verschieben. Astrid Klug betonte, dass die Mitgliederversammlung der ICAO eine ganz wichtige Funktion haben werde, was die Einbindung des Flugverkehrs in den Klimaschutz betreffe. Deshalb sei es sehr wichtig, bis dahin eine gemeinsame europäische Position zu haben, um dort politischen Druck entfalten zu können. Auch im Vorfeld der Versammlung müsse man sich einbringen, damit es dort keine Beschlüsse geben wird, die die europäischen Ziele konterkarieren.

Die letzte Publikumsfrage betraf die Feinstaubproblematik. Das Kernproblem seien die deutschen Hersteller, weil diese mit Ihren Werten über dem europaweiten Durchschnitt lägen. An die Staatssekretärin wurde die Frage gestellt, wann die CO₂-Besteuerung eingeführt werde? Astrid Klug äußerte sich optimistisch bezüglich einer Durchsetzung der CO₂-gebundenen Kfz-Steuer, zumal sie Bestandteil des Koalitionsvertrages sei. Im Moment werde von verschiedenen Seiten intensiv an entsprechenden Konzepten gearbeitet. Außerdem verwies sie auf ein spezielles Problem der deutschen Automobilindustrie im europäischen Vergleich. Deutschland habe eine Industrie, die stärker als andere nationale Autoindustrien, Fahrzeuge in der Oberklasse produziere. Durch ein höheres Gewicht entstehe auch ein höherer Verbrauch.

Stefan Bundscherer bat um eine letzte Podiumsrunde und wünschte sich eine Einschätzung darüber, was die Regierungseite und die Umweltverbände bei einer Zusammenarbeit voneinander erwarteten und was ihrer Meinung nach im besten Falle bis Juni 2007 erreicht werden könne.

Astrid Klug sagte, sie hoffe, dass durch die Konferenz die Nähe zwischen den Zielen des BMU und denen der Umweltverbänden deutlich geworden sei. Gemeinsam müsse überlegt werden, in welcher Rollenverteilung der Druck im Zuge der Ratspräsidentschaft hoch gehalten werden könne. Es gebe eine Menge ambitionierter Themen, die noch vor zwei Jahren als nebensächlich erachtet wurden. Darin liege eine große Chance und dafür brauche das BMU auch die Umweltverbände. Es sei dabei wichtig, dass die Umweltverbände über die Ziele des BMU hinausgingen. Das sei die Grundvoraussetzung um am Ende erfolgreich zu sein.

Gerd Lottsiepen wünschte sich von der Bundesregierung und der Politik Klarheit und Offenheit während der deutschen Ratspräsidentschaft. Die Umweltverbände wollten mit der Politik nicht nur über ferne Ziele und Perspektiven sondern auch über die aktuell anstehenden, konkreten Instrumente offen und ehrlich diskutieren. Aussagen über mangelnden Realismus der Verbände seien dabei kontraproduktiv und gingen an der Wahrheit vorbei. Klarheit hieße auch, dass sich die Bundesregierung eindeutig

äußern solle. In einem Papier vom BMU und BMF (Bericht der Arbeitsgruppe 3 „Forschung und Energieeffizienz“ für den Energiegipfel am 9. Oktober) gäbe es diverse Spiegelstriche wie z.B. die: „Weiterentwicklung der Selbstverpflichtung der Automobilindustrie“. Nach der hier geführten Diskussion dürfe ein solcher Spiegelstrich nicht dort drin stehen. Unter einem weiteren Spiegelstrich stehe: „Mindeststandards (Stand der Technik für Energieeffizienz von Produkten).“ Er wisse, dass mit Produkten z.B. Waschmaschinen, Kühlschränke usw. gemeint sind, und nicht Autos. Autos seien aber auch Produkte, warum also werde nicht auch für das Produkt Auto ein Mindeststandard am Stand der Technik gefordert - beim CO₂ und bei der Luftreinhalte für Euro 5 für Pkw und Euro 6 für Lkw? Mercedes habe mit dem „Bluetech“ die fortschrittlichste und die zurzeit weltweit beste Technik im Bereich der NO_x-Reduzierung entwickelt und gebaut. Diese Fahrzeuge werden in den USA verkauft. In Deutschland kämen die ersten Fahrzeuge erst ab 2008 auf den Markt. Das was in Deutschland verkauft werde, sei im Grunde genommen also „der Schrott von gestern“. Es sei für die deutsche Autoindustrie nicht hilfreich, wenn in Deutschland ein Reservat erhalten bliebe, in dem die Autoindustrie weiterhin den Schrott von gestern bauen und verkaufen dürfe. Das sei nicht zukunftsfähig.

Sonja Klingberg arbeitete bezogen auf die Automobilhersteller noch einen Aspekt heraus. Es gebe in der deutschen Automobilindustrie sowohl Trends hin zur Oberklasse als auch weg von der Oberklasse. Insgesamt gebe es Trends, die unterstützenswert seien und andere, denen begegnet werden müsse. Letztere kämen insbesondere auch von einer Herstellerseite, die im staatlichen Teileigentum sei. T&E wolle an diesem Thema weiter arbeiten und sei offen für einen Dialog. Darüber hinaus erwartet T&E bindende Regelungen zur Senkung von CO₂ Emissionen. Die Steuer sei zwar ein wichtiges Instrument, aber sie dürfe nicht als bindende Regelung gewertet werden. Außerdem müsse klar sein, dass es Augenwischerei sei, Steuerinstrumente auf europäischer Ebene in das Zentrum der Diskussion zu stellen. Für den Bereich Flugverkehr verdeutlichte sie, dass die Umweltverbände eine klare EU-Position schon vor dem USA-EU-Gipfel erwarteten und dass den Widerständen aus den USA standgehalten werden müsse.

ÜBERGABE DER FORDERUNGEN DER DEUTSCHEN UMWELTVERBÄNDE AN DIE BUNDESREGIERUNG

REDE VON REGINE GÜNTHER, WWF DEUTSCHLAND

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin Klug,
Sehr geehrte Damen und Herren,

gestern ließ Achim Steiner, Nachfolger von Prof. Klaus Töpfer im Amt des Umweltchefs der Vereinten Nationen, verlauten: „Die Weltgemeinschaft tut nicht genug gegen den Klimawandel. Flüchtlingsströme und große Sicherheitsprobleme sind absehbar, der Verlust an Biodiversität immens.“

Wie wir alle wissen, ist dies richtig. Die zunehmende Erkenntnis der Klimawissenschaftler über die bedrückenden Folgen des Klimawandels, wenn wir nicht endlich die Treibhausgase drastisch senken, hat bislang zu keinen einschneidenden Taten von Seiten der Politik geführt. Die Emissionen steigen weiter. Nicht nur China und Indien, wie in OECD-Staaten¹ gerne betont wird, sind das Problem, sondern auch weiterhin die westliche Welt - wir selbst.

Nimmt also alles weiter seinen Gang? Nein. Seit ich vor sieben Jahren begonnen habe, mich mit dem Thema zu beschäftigen, spüre ich eine große Veränderung: die Zivilgesellschaft ist zunehmend beunruhigt und besorgt. Dies nicht nur in Deutschland, sondern in Europa und weltweit. Insofern begrüßen wir nachdrücklich die Entscheidung der Bundesregierung das Thema Klimaschutz und damit auch die verwandten Themen Biodiversität und Mobilität bei der Präsidentschaft der Europäischen Union als auch beim Vorsitz der Gruppe der G8-Staaten ganz oben auf die Agenda zu setzen. Es entspricht der Dramatik der Herausforderung.



Regine Günther

Wir halten die Entscheidung der Bundesregierung aus folgenden Gründen für höchst geboten:

- Maßnahmen, die die klimaschädlichen Treibhausgase begrenzen, werden nur auf höchster Ebene, sprich der Staats- und Regierungsebene entschieden.
- Sehr klar ist, dass wir nur noch rund 10-15 Jahre haben, um einen gefährlichen Klimawandel abzuwenden, sprich unter 2°C Temperatur Erhöhung gegenüber vorindustriellen Werten zu bleiben.
- Wir haben nur ein sehr kleines Zeitfenster von 2-3 Jahren, um die absolute Begrenzung der Treibhausgase zu sichern und die Bedingungen für die zweite Periode des Kyoto-Protokolls auszuhandeln.
- Darüber hinaus ist klar, dass die notwendigen Maßnahmen zur Emissionsreduktion eine grundlegende Umstrukturierung vor allem unseres Energiesystems erfordern. Energiepolitik steht jedoch heute auch vor einer Reihe weiterer Herausforderungen. Die Ausrichtung von Energiepolitik an den Erfordernissen des Klimaschutzes bedarf vor diesem Hintergrund eines sehr prominenten Rahmens.

In den vergangenen beiden Tagen wurde auf dieser Konferenz viel über konkrete Anforderungen an die Bundesregierung gesprochen. Diese möchte ich jetzt nicht alle

¹ OECD: Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

noch einmal wiederholen. Klar ist jedoch: Es gibt nicht die eine Lösung, sondern es muss ein ganzes Panorama an Strategien und Lösungen verfolgt werden.

Fünf Zutaten sind hier unerlässlich:

- Wir brauchen einen internationalen Ansatz, wie ihn das Kyoto-Protokoll vorsieht. Dies heißt aber nicht, dass wir auf Vorreiter verzichten können.
- Freiwillige Anstrengungen haben keine Erfolge gezeitigt. Wir brauchen Verbindlichkeit bei den Vorgaben zur Emissionsreduktion, wir brauchen verbindliche „Caps“ und Energieeffizienz-Standards.
- Wir müssen uns besonders den zentralen Verursachersektoren zuwenden. Es handelt sich hier um interesselgeleitete Bereiche mit immensem Einfluss in der politischen Arena, wie wir gerade in Deutschland in den vergangenen Jahren immer wieder feststellen konnten. Hier ist die Zivilgesellschaft gefordert ein Gegengewicht zu entwickeln.
- Es ist eine der zentralen Aufgaben, die Kosten der Nutzung der Ressourcen vollständig zu internalisieren, d.h. wir brauchen die „Bepreisung“ von Kohlenstoff, wir brauchen einen Markt für CO₂.
- Technologien, die am Markt sind, müssen schneller zur Anwendung kommen, und die Technologieentwicklung muss intensiver vorangetrieben werden.

Sehr geehrte Frau Klug, 27 Umweltverbände haben sich in sehr kurzer Zeit auf zentrale Forderungen der Zivilgesellschaft an die Bundesregierung im Rahmen dieser Doppelpräsidentschaften verständigt. Die Kürze der Zeit, in der sich die enorme Fülle an Verbänden und Gruppen und Beteiligten verständigen konnten, heißt nicht nur, dass wir nicht zerstritten sind, sondern dass die Lösungswege zwingend und klar auf dem Tisch liegen. Der Ball liegt nun im Feld der Politik!



Publikum

Sehr geehrte Frau Staatssekretärin, ich freue mich sehr, Ihnen heute unsere Forderungen zu den drei Bereichen Biodiversität, Mobilität und Klimaschutz überreichen zu können. Wir werden die Erfolge der Bundesregierung am Ende der Präsidentschaften an deren Umsetzung messen.

Wir versprechen Ihnen, Sie bei den Verhandlungen nicht alleine zu lassen, sondern Sie mit viel Kreativität, Mut und Präsenz zu unterstützen.

(Es gilt das gesprochene Wort)

REDE VON ASTRID KLUG, PARLAMENTARISCHE STAATSSSEKRETÄRIN,
BUNDESMINISTERIUM FÜR UMWELT, NATURSCHUTZ UND REAKTORSICHERHEIT

Frau Günther, Herr Röscheisen, zunächst einmal vielen Dank für Ihr Forderungspapier an die Politik. Und vor allem vielen Dank für Ihre Mitarbeit und für das Engagement, das in diesem Papier steckt. Dieses Papier wird für unsere Arbeit in diesem ersten halben Jahr 2007 ganz wichtig sein. Ich bedanke mich vor allem für das große Interesse an dieser Tagung. Ich habe selten Tagungen erlebt, wo am Schluss noch so viele Teilnehmer anwesend waren wie zu Beginn. Das zeigt, dass das Interesse sehr groß ist und auch die Erwartungshaltung an uns in der Politik - in Bezug auf unsere Präsidentschaften im nächsten Jahr - sehr groß ist.



Astrid Klug

Ich glaube, dass wir in den Zielen überhaupt nicht weit auseinander liegen. Wir werden sicher über die richtigen Instrumente diskutieren. Und über die richtige Strategie - wie wir das Zeitfenster unserer Präsidentschaft optimal nutzen können, um die Ziele zu erreichen, die wir uns gemeinsam vorgenommen haben. Wir brauchen eine starke Lobby für den Umwelt- und den Klimaschutz. Das wird Ihre Verantwortung im Rahmen dieser Präsidentschaft sein: anzutreiben, Multiplikator und Impulsgeber zu sein. Darauf werden wir angewiesen sein, um möglichst viele von den Zielen die wir uns vorgenommen haben tatsächlich umzusetzen. Wir werden mit unserer EU-Präsidentschaft und mit unserer G8-Präsidentschaft viel zu tun haben, denn wir brauchen ein starkes Europa und wir brauchen ambitionierte Ziele in Europa, um sie auch international durchsetzen zu können.

Um im Rahmen der G8, aber auch in der Zusammenarbeit mit den Entwicklungs- und den Schwellenländern in all den Themen, die wir uns vorgenommen haben, etwas zu erreichen, brauchen wir eine Vorreiterposition von Europa mit eigenen engagierten Zielen. Wir müssen Vorbild sein, und wir müssen zeigen, dass wir im Bereich des Klimaschutzes, im Bereich der Energiepolitik und im Bereich der Biodiversität diese Themen nicht nur ernst nehmen, sondern auch in der Lage sind, Beispiel dafür zu sein, dass es funktioniert. Und deshalb wird von dieser EU-Ratspräsidentschaft und von ihrem Erfolg ein ganz wesentlicher Impuls für die G8-Präsidentschaft und für die Dinge, die wir uns dafür international vorgenommen haben, ausgehen.

Die Themen, die wir hier diskutiert haben - Umweltschutz, insbesondere Klimaschutz und Energiepolitik - sind nicht Themen, die irgendwo unter „ferner liefen“ stattfinden werden. Sie sind nicht einige von ganz vielen anderen Themen, sondern die Top-Themen dieser Ratspräsidentschaft. Deshalb kommt auf unsere gemeinsame Zusammenarbeit eine ganz besondere Verantwortung zu. Wir freuen uns auf diese Zusammenarbeit, wir setzen dabei auf Sie, und ich glaube, dass wir gemeinsam einiges erreichen können. Wohl wissend, dass ein halbes Jahr eine verdammt kurze Zeit ist und dass die Welt am Ende dieses halben Jahres nicht endet, sondern wir möglichst viele Weichen optimal stellen wollen, damit wir an diesen Themen auch danach auf europäischer Ebene weiter arbeiten können. Und deshalb wird auch unsere Zusammenarbeit am Ende der Präsidentschaft nicht enden, sondern ich hoffe, dass wir bis dahin möglichst viel aufgebaut haben. Ich denke, der Startpunkt war diese Konferenz, die erfolgreich war und für die ich ganz herzlich dem DNR für die Ausrichtung danke. Vielen Dank für diesen Bericht.

(Es gilt das gesprochene Wort)

DIE CHANCE ERGREIFEN!

REDE VON JORGO RISS, DIREKTOR GREENPEACE EUROPE

Einen schönen guten Tag.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, meine Damen und Herren.

Ich bin aus Berlin. Ich bin hier zur Schule gegangen und aufgewachsen. Einen meiner ereignisreichsten Tage habe ich hier als Schüler im November 89 erlebt, als ich mit Freunden auf der Berliner Mauer vorm Brandenburger Tor getanzt habe. Vielleicht waren einige von Ihnen auch dabei? Insofern freue ich mich immer nach Berlin zurückzukommen, denn seitdem habe ich den Großteil meines Lebens im europäischen Ausland gearbeitet, studiert und gelebt - in Frankreich, Großbritannien, Niederlanden und jetzt in Belgien.

Als ich die Einladung zu dieser Veranstaltung bekommen habe, zu der ich im Namen von Greenpeace dem DNR sehr gratulieren möchte, habe ich mich sehr gefreut. Aus zwei Gründen: Erstens ist diese Veranstaltung für mich ein Zeichen, dass die Kollegen, die hauptsächlich in Deutschland arbeiten, sich der Verantwortung der Umweltverbände zur Zeit der deutschen Ratspräsidentschaft voll bewusst sind. Und ich erwähne das, weil es nicht selbstverständlich ist. Innerhalb Europas ist es nicht selbstverständlich, dass die Umweltverbände in den verschiedenen Mitgliedstaaten die Ratspräsidentschaft ihres Landes als eine Chance erkennen und ihre Verantwortung und ganz besondere Rolle erkennen, um die Umweltpolitik in Europa von Helsinki oder dann von Berlin aus noch mal ganz besonders nach vorne zu befördern.



Jorgo Riss

Der zweite Grund, warum ich mich gefreut habe, ist, weil ich glaube, dass die deutsche Ratspräsidentschaft in einen ganz besonders glücklichen Zeitraum fällt. Und dass das Thema, was die Deutschen sich mit der Hilfe der Umweltverbände als Leitlinien auf die Tagesordnung geschrieben haben, nämlich die Biodiversität, der Schutz der Artenvielfalt und der Klimaschutz, die Energiepolitik – das diese Themen durch sehr glückliche Umstände ein ganz großes Stück unter der deutschen Ratspräsidentschaft nach vorne kommen werden. Von alleine natürlich nicht und nachdem wir gestern hier Herrn Gabriel haben reden hören, ist völlig klar, der braucht noch mehr Druck und auch noch mehr Kritik aus der Umweltseite. Im nächsten Halbjahr ist zum Beispiel das 50ste Jubiläum der Europäischen Gemeinschaft, das mit einem großen Festakt gefeiert wird, angeführt von der deutschen Bundeskanzlerin. Und da werden natürlich die Medien, die Bürger und die Politiker fragen: 50 Jahre EU, 50 Jahre Europäische Gemeinschaft, was hat es uns gebracht? An Wohlstand, an Sicherheit? Genau da können wir nachlegen und sagen: Was bedeutet Wohlstand und Sicherheit für die nächsten 50 Jahre? Das ist nur ein Beispiel, ich werde noch weitere anführen.

Insgesamt habe ich das Gefühl, dass die deutsche Ratspräsidentschaft, diese sechs Monate von Januar bis Juni, das Äquivalent eines perfekten Tages sein könnte. So einer

dieser Tage, wie zum Beispiel im November 1989, wo man aufwacht, mitbekommt, dass über Nacht die Mauer gefallen ist, und plötzlich eine Energie und eine Lebenslust frei wird, und man neue Leute trifft, und Sachen in Gang kommen, mit denen man nicht mehr gerechnet hatte. Ein Moment, den man nutzen muss. Ich denke, wir haben alle ein paar Tage in unserem Leben, die über andere hinausragen. Ich glaube, dass die deutsche Ratspräsidentschaft so ein perfekter Tag werden kann und ich werde mich in meinem Vortrag auf die drei wichtigsten Punkte dieses Tages konzentrieren: das Frühstück, das Mittagessen und das Abendessen. Was ich damit meine, das Frühstück ist im Januar. Am Anfang der deutschen Ratspräsidentschaft wird die EU-Kommission den Plan für eine europäische Energiepolitik vorlegen. Europa war bisher im bescheidenen Maße, aber weltpolitisch gesehen doch entscheidend, ein Anführer in der Klima- und Energiepolitik. Und das ohne eine gemeinsame EU-Politik. Inzwischen beraten die 25 und ab Januar die 27 Mitgliedstaaten darüber, dass Energie eine Gemeinschaftspolitik werden sollte. Da ändert sich noch mal alles.

Beim Mittagessen im März, zur Halbzeit der deutschen Ratspräsidentschaft, gibt es wie gesagt den feierlichen Anlass zum 50jährigen Bestehen der EU. Und da wird es darauf ankommen, auch Visionen ins Spiel zu bringen. Und das ist noch mal unsere Aufgabe als Umweltverbände, dass wir nicht die Politiker Fazit ziehen und sich auf die Schulter klopfen lassen, ohne gleich in großem Maßstab nach vorne zu schauen. Was muss jetzt getan werden, damit auch in 50 Jahren die EU sagen kann: Wir haben Wohlstand und Sicherheit auch im 21. Jahrhundert für unsere Bürger und darüber hinaus für die Welt gebracht.

Das Abendessen ist im Juni. Auf der Tagesordnung steht hier die Wiederaufnahme der Diskussion und Verhandlung über die Europäische Verfassung. Das ist eine weitere Gelegenheit, wo aus der Zivilgesellschaft die Debatte geführt werden kann: Was für ein Europa brauchen wir und wollen wir mit dem aktuellen Tagesprogramm der Präsidentschaft und der europäischen Gesetzgebung und Politik verknüpfen?

Bevor dieser hoffentlich spannende Tag anfängt, müssen wir allerdings noch das Abendessen mit der finnischen Ratspräsidentschaft gut über die Runde bringen. Und die Kollegen, die gestern hier waren und Herrn Gabriel haben reden hören, die fühlen sich vielleicht etwas erinnert an das Verhalten der deutschen Ratspräsidentschaft im Jahr 1999. Die deutschen Politiker haben leider bei allem Enthusiasmus eine auf europäischer Ebene bekannte Angewohnheit, sich selbst ein Bein zu stellen. Was zum Beispiel 1999 passiert ist, mit der Alt-Auto-Richtlinie. Ich selbst war damals noch nicht in Brüssel, aber es ist ein Fall, der mir nicht nur von den Umweltschützern in Brüssel erzählt wird, sondern er wird auch von den Diplomaten, die überhaupt nichts mit Umweltpolitik zu tun haben, immer wieder angeführt: Wie führt man eine Ratspräsidentschaft?

Die Deutschen haben 1999, als es darum ging, eine bereits von den Österreichern erfolgreich ausgehandelte Einigung über die Alt-Auto-Richtlinie zu Ende zu bringen, ihre Präsidentschaft missbraucht. Als Präsidentschaft soll man ja die Verhandlungen steuern und eine gemeinsame Einigung finden. Sie haben ihre Präsidentschaft insofern missbraucht, als dass es bereits Einigung zwischen den 15 (alten) Mitgliedstaaten gab, bis Volkswagen bei Herrn Schröder anrief, der daraufhin Herr Trittin sagte: „Wir verschieben die Einigung. Unter unserer Ratspräsidentschaft läuft dazu gar nichts“. Und damit war die Sache auf Eis gelegt. Das ist ein Missbrauch. Das war das erste Mal in der Geschichte der Europäischen Gemeinschaft, dass eine Ratspräsidentschaft ihre

herausragende Rolle derart missbraucht hat. Und damit hat sich Deutschland insofern ein Bein gestellt, weil man natürlich für andere Projekte bei den anderen Mitgliedstaaten erst mal in schlechtem Ansehen steht. Die Alt-Auto-Richtlinie wurde dann auch erst unter der finnischen Ratspräsidentschaft erfolgreich zu Ende geführt.

Der Grund, warum man sich das wirklich vor Augen halten muss ist, weil Herr Gabriel gestern fast mit der gleichen Arroganz der Macht gesagt hat: „Erzählen Sie mir hier nicht, dass unsere momentane Blockadepolitik zur europäischen Chemikalienpolitik REACH uns für die Präsidentschaft Probleme bereiten wird - das Parlament muss sich nur ruhig verhalten und annehmen, was wir im Rat wollen, was die deutsche Chemieindustrie von uns will, und dann wird die Sache schon glatt gehen.“ So kann das nicht laufen. Entgegen dessen, was Herr Gabriel gesagt hat, dass Deutschland immer in den Debatten zu REACH eine moderate Position einnimmt, weiß jeder der das Dossier verfolgt, dass es ausschließlich an deutschen Akteuren in der EU-Kommission, im EU-Parlament und im EU-Rat liegt, dass wir bisher noch keine Einigung zu REACH haben und dass wir inzwischen fast 80% dessen, was REACH ursprünglich an Umwelt- und Gesundheitszielen umsetzen sollte, verloren haben. Und ich hoffe, dass auf die Gespräche, die mit Herrn Gabriel, den anderen Ministern und der Bundeskanzlerin folgen werden, die Umweltverbände hier in Berlin noch mal ganz klar machen, dass, egal ob man sich für die Umwelt- und Gesundheitsziele für REACH einsetzt oder nicht, es allein machtpolitisch vollkommen falsch wäre, wenn Deutschland jetzt blockiert. Denn das EU-Parlament will die Umwelt- und Gesundheitsziele für REACH erhalten. Und wenn Parlament und Rat sich unter der finnischen Präsidentschaft jetzt beim Abendessen nicht einigen, dann werden die Deutschen beim Frühstück nicht ankündigen können, dass sie Biodiversität und Energie behandeln. Dann müssen die Deutschen in zähen Verhandlungen im Vermittlungsausschuss versuchen, diese beiden Institutionen zusammen zu führen. Damit wäre der Gestaltungsspielraum der deutschen Politiker dahin. Das ist die große Warnung: Wir kommen nicht zu diesem schönen Tag der deutschen Ratspräsidentschaft, wenn das Abendessen mit den Finnen weiter so unelegant von den Deutschen geführt wird.

Ich komme nun zu dem, was kommen könnte, wenn Herr Gabriel dieses diplomatische Problem bewältigen kann, und die Deutschen sich nicht weiter querstellen. Ich habe gesagt, dass eine Reihe von weltpolitischen Aspekten und auch einige Aspekte der europäischen Dynamik hier den Deutschen in die Hände spielen, um Biodiversität und Energiepolitik nach vorne zu bringen.

Das Erste ist die weltpolitische Lage. Gestern hat der englische Minister eine humorvolle Bemerkung dazu gemacht, dass es seltsame Zeiten sind, wenn Arnold Schwarzenegger jetzt Politik und Al Gore jetzt Filme macht. Man hätte das weiter führen können und sagen können: Es sind seltsame Zeiten wenn Amerikaner mit Klimapolitik Schlagzeilen machen. Wir haben jetzt die positive Situation, dass die europäischen und deutschen Politiker merken, dass ihnen andere die Show stehlen - auf einer Bühne, die eigentlich ihre Bühne war. Und ich kann mir denken, dass bei dem ganz natürlichen Drang aller Politiker, für das, für was sie sich eingesetzt haben Anerkennung zu bekommen, Herr Barroso, Frau Merkel und andere wieder das Rampenlicht der Klimapolitik auch auf sich zurücklenken wollen. Zweitens haben wir gesagt, dass jetzt die Mitgliedstaaten bereit sind, eine gemeinsame Energiepolitik zu beraten. Die EU-Kommission wird dazu im Januar Vorschläge vorlegen. Doch wenn man die EU-Kommission mit der deutschen Ratspräsidentschaft zusammen alleine lässt, dann werden die Anrufe von Eon und RWE weiterhin bestimmen, wohin diese neue Energiepolitik geht. Und es wird keine

Energiepolitik sein, die uns Sicherheit und Wohlstand für die nächsten 50 Jahre ermöglicht, sondern es werden die kurzfristigen Interessen sein, die dann bedient werden, in der Kohle und auch in der Atomkraft.

Aber ich denke, und dafür ist diese Veranstaltung auch für mich ein ganz klares Anzeichen, wir Umweltverbände haben lange genug die europäische Bühne den Wirtschaftsverbänden überlassen. Das effektive Zusammenspiel zwischen der Arbeit, die in Berlin, London, Rom, Warschau und ab Januar auch in Bukarest und in Brüssel gemacht wird, beherrschen einige Verbände exzellent: VCI, BDI und andere. Inzwischen sind auch wir aufgewacht, und wir müssen in den nächsten Monaten und darüber hinaus noch viel verstärkter zwischen Berlin, Brüssel, London und Paris zusammenarbeiten. Wir dürfen dabei nicht vergessen, dass die mächtigste Institution der EU nicht die Kommission oder das Parlament, sondern der EU-Rat ist. Und die Entscheidungen des Rates werden zu 80% in Berlin, London, Paris, Warschau und Bukarest getroffen. Deswegen bringt es nichts, wenn die Kollegen der „Green 10“ und ich in Brüssel alleine die Arbeit machen. Deswegen sind wir so stark auf die Arbeit der Umweltverbände hier angewiesen. Und deswegen freut es mich so sehr und ich fühle mich sehr geehrt, dass ich hier mit euch zusammen sein kann.

Also, Frühstück, Kommissionspapier. Kommen wir zum Mittagessen. Zum Mittagessen gibt's den EU-Gipfel. 50 Jahre EU, Sicherheit und Wohlstand. Erstens ist es wichtig für uns darauf zu achten, dass diese inspirierenden Worte von Herrn Gabriel auch mit den tatsächlichen Gesetzesvorlagen die ausgearbeitet werden zusammen passen, und dass die deutschen Diplomaten, die hinter den Türen die Gesetzesvorlagen verhandeln, sich an die Ankündigungen des Ministers halten. Wir müssen also auf die ganz konkreten Punkte schauen die vorgelegt werden. In der Verkehrspolitik, in der Klimapolitik, was zu erneuerbaren Energien passiert, wie viel Fördergelder und Subventionen in welche Richtung gehen. Und es ist kein Geheimnis, dass die Bundesregierung jeden Tag sieben Millionen Euro für den Kohleabbau in Deutschland ausgibt, das sind 2,5 Milliarden Euro pro Jahr an Kohleförderung. Außerdem fließen auf europäischer Ebene immer noch 10-mal mehr Fördergelder in die Atomindustrie als in die erneuerbaren Energien.

Zweitens geht es darum, Visionen zu vermitteln. Wir werden den schönen Tag der deutschen Ratspräsidentschaft nicht erleben, wenn das Abendessen mit den Finnen nicht glatt läuft. Und die deutsche Ratspräsidentschaft wird nicht viel mehr machen als sechs Monate zu verwalten, wenn wir nicht an 2050 denken. Greenpeace hat gemeinsam mit dem Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt ein Szenario entwickelt, das zeigt, dass aus der Kombination von Energieeffizienz und Energiesparmaßnahmen und einer Förderung der erneuerbaren Energien Europa im Jahr 2050 die CO₂-Reduktion auf 70% des 1990er Spiegels gesenkt werden kann. Also es ist möglich, dass wir in Europa den Ausstieg aus der fossilen Industrie und auch aus der Nuklearindustrie und den Einstieg in das erneuerbare Energiezeitalter schaffen. Das werden wir fast alle noch erleben. Das ist eine große Vision! Man muss sich mal überlegen, was hier zusammen kommt. Wenn wir diese sechs Monate nutzen und sagen die EU fängt jetzt nach 50 Jahren mit einer gemeinsamen Energiepolitik an, werden gleichzeitig die verschiedenen Ressorts angesprochen. Denn soll die EU in den nächsten 50 Jahren weiterhin den Mund halten, wenn die Gaslieferanten und Öllieferanten dieser Welt Menschenrechte verletzen und die Zivilgesellschaften in ihren Ländern einschränken? Kein Europäer kann darauf stolz sein, egal ob ihm die Umweltinteressen am Herzen liegen oder nicht. Allein außenpolitisch ist es ein großer Gewinn, wenn wir in Europa den Ausstieg aus den fossilen Energien und den Einstieg in die erneuerbaren Energien schnell vollziehen.

Nach dem 2. Weltkrieg wurde die EU mit dem Gedanken Sicherheit und Wohlstand für Europa vor allem als ein gemeinsamer Markt strukturiert. Die Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert bedeutet vor allem Klimasicherheit. Ich gehe nicht auf die einzelnen Aspekte ein, denn die wurden gestern wesentlich besser dargestellt als ich das hier machen könnte. Aber es ist klar, dass die Sicherheitspolitik im 21. Jahrhundert vor allem auch eine Klima-Sicherheitspolitik ist. In die Wirtschaftspolitik kommt die Biodiversität ins Spiel. Artenvielfalt ist einerseits wichtig, um die Schönheit dieser Welt zu erhalten, und zweitens um die Grundlagen unseres Wirtschaftens zu sichern.

Es ist wirklich die Zeit für Visionen, und in Brüssel herrscht hier im Moment absolute Leere. Auf europäischer Ebene kann Frau Merkel noch richtig Punkte holen, wenn sie sich mit solchen Visionen schmückt, denn die anderen haben noch weniger Ideen. Die Umweltpunkte spielen da alle mit rein. Wir können auch endlich als Umweltverbände ganz selbstbewusst und offensiv über Wirtschaftspolitik und Sicherheitspolitik reden, über die Visionen für ein gemeinsames Europa. Und das können wir die ganze Präsidentschaft durchziehen bis die Verhandlungen über die Verfassung wieder starten. Dann können wir ganz klar sagen, warum Europa wichtig ist. Und dass wir nur ein Europa wollen und brauchen können, das die Sicherheits- und Wohlstandsanforderungen des 21. Jahrhunderts versteht und nicht die alten Rezepte aus dem 20sten Jahrhundert fortschreiben will.

Die Gefahren, die auf uns lauern, sind gestern auch während der Rede des englischen Ministers Herrn Miliband deutlich geworden. Er sprach ständig von „low carbon“ und nie von „renewables“. Also man muss im Auge behalten, dass nicht weiter europäische Steuergelder in die Automobilindustrie fließen. Man muss auch Frau Merkel ins Stammbuch schreiben, dass bei Aufnahme der Verfassungsverhandlungen die Frage des EURATOM-Vertrages noch nicht geklärt ist. Er ist ein Relikt aus einem alten Jahrhundert und aus einer Zeit und aus einem Denken, das für das Europa des 21. Jahrhunderts und für die Anforderungen, die wir bis 2015 erledigen müssen, veraltet ist.

Zum Abendessen: Die Verfassung, das gemeinsame Ziel, ist ein Ziel auf das alle Europäer stolz sein könnten und uns Europäer nicht vom Rest der Welt in irgendeiner egoistischen Weise abgrenzt. Wenn Europa den Übergang von der fossilen und nuklearen Energiewirtschaft zu einer erneuerbaren Energiewirtschaft schafft, dann tragen wir sehr viel zur internationalen Sicherheit bei. Ein wichtiger Grund der großen Kriege der letzten Jahre war der Zugang zu den Energieressourcen und das wird sich leider wahrscheinlich nicht viel ändern. D.h. durch einen geringeren Druck auf diese Energieressourcen durch eine geringere Nachfrage Europas, werden auch diese Sicherheitsrisiken gemindert. Zweitens natürlich die Klimasicherheit, die ich bereits angesprochen habe. Und drittens die Verteilungsgerechtigkeit weltweit. Wenn Europa es schafft, den Wohlstand hier effizienter mit weniger Ressourcenverbrauch zu erhalten statt weiterhin massiv zum Artensterben weltweit beizutragen, dann profitiert die ganze Welt davon. Dann können wir als Europäer stolz sein. Dann tragen wir als Gesellschaft zu einem Europa bei, das Wohlstand und Sicherheit weltweit voranbringt.

Die Aufgabe, die jetzt vor allem bei euch liegt, ist der deutschen Regierung Folgendes klar zu machen: „Wenn ihr euch beim finnischen Abendessen massiv daneben benehmt, dann kommt keiner zum Frühstück.“ Dann müssen wir gemeinsam das Abendessen für nächsten Juni planen, wenn es darum geht die Visionen für unser Europa zu definieren: im März bei 50 Jahre Europa und im Juni mit der Verfassung. Wofür soll Europa stehen? Wir als Umweltverbände müssen aus der Umweltecke her-

aus ganz massiv und offen mit unseren Ideen in der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik mitreden und sagen: „Das ist das Europa, das wir wollen“.

Herzlichen Dank.

(Es gilt das gesprochene Wort)

Fragen aus dem Publikum

Jorgo Riss brachte zu Beginn selbst noch eine Frage zum Thema ein: „In diesem Saal sitzen viermal so viele Menschen, als die Anzahl derer, die in Brüssel innerhalb der „Green 10“ (der 10 großen europäischen Umweltverbände) effektiv an der EU-Politik arbeiten.“ Dazu seine Frage: „Bei wie vielen im Publikum hat die deutsche Ratspräsidentschaft dazu geführt, dass sich ihr Arbeitsprogramm verändert hat? Wer arbeitet direkt zur deutschen Ratspräsidentschaft?“

Gerd Lottsiepen vom VCD antwortete, dass sich für ihn in den letzten Wochen einiges verändert habe, vor allem deshalb, weil er im Vorfeld einen Diskussions- und Einigungsprozess zur Verkehrspolitik innerhalb der deutschen Umweltverbände zu organisieren hatte. Aber auch in Zukunft werde die EU-Ratspräsidentschaft immer wieder eine Rolle beim VCD spielen. Ganz wichtig sei, dass in Deutschland eine Öffentlichkeit hergestellt werde. Der deutschen Politik müsse klar sein, dass sie keine guten Karten bei den deutschen Medien haben werde, wenn sie in Brüssel nicht genug an den wichtigen Stellschrauben drehe. Dies habe auch Einfluss auf die Wahlentscheidung der Bürger. Der VCD werde seine Arbeit fortsetzen, jedoch immer öfter mit dem Fokus Europa.

Nicht beantwortet blieb eine Publikumsfrage zum EURATOM-Vertrag. Die Frage bezog sich darauf, wie verschiedene Verbände zusammen Druck machen könnten und welche konkreten Umsetzungsschritte mit Medien oder Medienstars kombinierbar seien. Nicht gemeint sei das Beispiel Verona Ferres, die für Eon Werbung mache, oder auch Schauspieler, die für Billigflüge werben. Die Frage lautete, ob man nicht auch Schauspieler oder Moderatoren gewinnen könne, die für die Umwandlung des EURATOM-Vertrages und für Energiesparen Werbung machen?

Die nächste Frage bezog sich auf die zuvor von Jorgo Riss verwendete Metapher der „Mahlzeiten“. Dem Publikumsredner fehlte demnach ein „Essensgang“ – und zwar ein Gang mit Bezug zur G8. Dort gebe es fast überall Querverbindungen. Er fragte: „Welche Mahlzeit wäre da noch zwischen zu schieben? Ein Kaffee? Oder ist es mehr?“

Regine Günther (WWF) antwortete, dass es die EU-Präsidentschaft mit dem bekannten Fokus gebe. Seit einer Woche aber liege außerdem das G8-Strategiepapier vor, in dem Klimaschutz und Energiepolitik ebenso ganz oben auf der Agenda stünden. Sie erläuterte, dass die G8 zusammen mit der G5 gesehen werden müsse. Wenn der Kyoto-Prozess eine der Hauptschwerpunkte werden sollte, oder man heraus finden wolle, auf welche Weise zentrale Länder wie China und Indien stärker in diesen Kyoto-Prozess eingebunden werden könnten, dann sei die G8 der ideale Rahmen dafür. Dies, so Regine Günther, sei die eigentliche Verbindung zwischen EU und G8.

REDE VON PROF. DR. KLAUS TÖPFER, EHEM. EXEKUTIVDIREKTOR UNEP

Einen schönen Guten Tag.

Vielen Dank Herr Röscheisen, Frau Staatssekretärin.

Zwei Dinge muss man ja fast vorweg sagen. Das Eine, wenn man so am Ende daherkommt, ist man natürlich - Sie kennen den alten Kalauer - an Karl Valentin erinnert, der immer so schön darauf hingewiesen hat: „Es ist schon Alles gesagt, aber noch nicht von Allen“. Also ich bin der Letzte, der im Zweifel noch mal von Allen das sagt, was schon von Allen gesagt wurde. Zum Zweiten: mit den zukunftsweisenden Visionen, die von meiner Abschlussrede erwünscht wurden, ist das immer so eine Sache. Sie wissen, das einer der großen Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland einmal gesagt hat: „die Leute die Visionen haben, müssen zum Doktor gehen.“ Aber ich glaube, dass gerade im Vorfeld einer Präsidentschaft der europäischen Union und im Vorfeld einer Präsidentschaft der G8 die Verbindung von Vision und Handeln sehr wichtig ist.

Zur Klimapolitik haben Sie sicher schon alles gesagt. Doch was ich von meiner Seite aus noch einmal unterstreichen möchte ist, dass Klimapolitik nur im Dreiklang von folgenden Dingen vorangebracht werden kann: und zwar mit Minderungsmaßnahmen zum Klimaschutz, mit Anpassungsmaßnahmen zum Klimawandel und mit Technologie zusammenarbeit. Leider gibt es heute immer noch zu oft die Bestrebung, nur einen der drei genannten Punkte zu berücksichtigen. Es ist aber notwendig alle drei zusammenzubringen.

In den hoch entwickelten Ländern - und dazu gehört die Europäische Union – konzentriert man sich vornehmlich auf Minderungsmaßnahmen zum Klimaschutz. Aber gerade die EU sollte den Entwicklungsländern gegenüber dringlich neue Signale bezüglich der Anpassungsmaßnahmen in ihren Ländern senden. Wir werden die Entwicklungsländer nicht mit ins Boot bekommen, wenn wir dies nicht glaubwürdig mittragen. Wir dürfen nicht vergessen, dass die dortige Klimaveränderung nicht durch China, Indien geschweige denn Afrika verursacht ist, sondern durch unsere Industrialisierungs-, Wachstums- und Wohlstandsprozesse.

Wir müssen bei den Anpassungsmaßnahmen ja nicht beim Nullpunkt anfangen. Es gibt in den Beschlüssen des Weltgipfels von Rio bereits das Verursacherprinzip. In der EU haben wir außerdem die „African Water Facility“, für die die EU einen Milliardenbetrag zur Verfügung stellt. Zusätzlich brauchen wir dringlich einen weiteren Ausbau der „African Energy Facility“. Und schließlich müssen wir die gesamte Entwicklungspolitik mit ins Boot hinein bekommen. Das ist etwas, das mir wirklich am Herzen liegt. Bisher gestalten wir die Entwicklungszusammenarbeit in, um es deutlich zu sagen, Klimablindheit.

Wir müssen jetzt in jedes Armutsbekämpfungsprogramm „klimarobuste“ Entwicklungsstrukturen einfügen. Sie wissen, dass man für die einzelnen Länder so genannte „Poverty Reduction Strategies“ entwickelt hat. Für jedes dieser Programme muss die Frage gestellt werden: Wie bereiten wir uns bei dieser Entwicklungsaufgabe auf den Klimawandel vor? Es ist besser, von Anfang an integrierte Konzepte zu haben als hinterher mit notwendigen Anpassungen nacharbeiten zu müssen. Diese Verzahnung ist ganz entscheidend. Ich will Ihnen das an einem ergänzenden Punkt ver-

deutlichen. Für das Klima in China ist gegenwärtig, neben der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung und der Energiefrage, die Entwicklung von Städten relevant. Wir alle wissen, dass wir einen dramatischen Verstärkungsprozess in der Welt haben. Deshalb ist es absolut wichtig von Anfang an klimarelevante und mobilitätsrelevante Strukturen in die Stadtentwicklungsprozesse zu integrieren. Das ist mehr wert, als hinterher einen öffentlichen Personennahverkehr nachzuliefern oder über Möglichkeiten geringerer Emissionswerte zu diskutieren. Wir müssen unbedingt in diese Prozesse der Stadtentwicklung in den rasant wachsenden Entwicklungsländern hineinkommen. Es werden Städte mit 17-18 Millionen Einwohnern sein, die über die Nachhaltigkeiten dieser Welt entscheiden. Wir brauchen also die Integration der Entwicklungspolitik und die Schaffung von „klimarobusten Strukturen“ - man kann es gar nicht oft genug unterstreichen.

Natürlich ist es richtig und auch eine gute Chance für die deutsche Ratspräsidentschaft, dass wir uns endlich viel stärker auf die Nachfrageseite konzentrieren, auf die Effizienzfrage. Es ist für jeden, der Umweltpolitik macht, immer eine Pflicht zunächst die Nachfrageseite zu betrachten. Andere nehmen die Nachfrageseite als eine gegebene Größe hin und fragen: wie können wir diese Nachfrage befriedigen? Dies ist eine im Kern unökologische Fragestellung. Und keiner wird mir auch nur im Entferntesten unterstellen wollen, dass ich die Bedeutung von z.B. erneuerbaren Energien nicht sehen würde. Wir müssen trotzdem mehr auf der Nachfrageseite tun. Sie hat leider einen großen Nachteil. Sie ist nicht so auf den Punkt zu bringen und sie ist nicht so attraktiv. Sie zerfällt schnell in Einzelteile: in die Gebäude, in den Verbrauch der Mobilität, in die Elektrogeräte, bis hin zum „stand by“-Modus in unseren Elektrogeräten. Jeder Teilbereich ist ganz wichtig, aber es sind eben Teilbereiche. Diese müssen wir besser zusammenbinden.



Klaus Töpfer

Um ein besseres Verständnis der Menschen zu erreichen, wäre beispielsweise ein Programm mit dem Titel "Energiediät 2010" denkbar. Diät bedeutet, wir müssen abnehmen. Jedes halbe Jahr müssen wir auf die Waage und uns fragen: Haben wir weiter zugenommen oder haben wir etwas abgenommen? „Slimming“! - Energiediät 2010 mit einem ganz konkreten Ziel. Wir alle wissen, dass wir von der Nachfrageseite z.B. intensiv die 2.000-Watt Gesellschaft diskutieren. Jetzt liegen wir bei 6.000 Watt. Könnten wir uns hier nicht eine solche Energiediät vornehmen? Dass wir sagen: wir kommen bis zum Jahr 2010 auf 4.000 Watt? Ich möchte das einfach griffiger haben. Die

Menschen müssen verstehen was gemeint ist. Man könnte es mit anderen Begriffen vielleicht noch besser verständlich machen. Jedenfalls müssen wir die Strategie mit den notwendigen Zwischenschritten überprüfbar machen und mit quantifizierbaren Zielen ausstatten. Deswegen sagte ich auch wir müssen jedes halbe Jahr auf die Waage. Anpassungsmaßnahmen und die Nachfrageseite müssen also an sehr konkrete, überprüfbare Ziele gekoppelt sein.

Was brauchen wir noch? Biodiversität - auch hier nur eine kleine Fußnote. Wir müssen



Klaus Töpfer

uns klar darüber sein, dass wir die Entwicklungsländer nur mit einem wirklichen Handlungsprogramm für die Realisierung des Zieles 2010 gewinnen können. Nämlich nur dann, wenn es gelingt eine Lösung für „access and benefitsharing of genetic resources and indigenous knowledge“ vorzulegen. Man darf die „terms of trade“, wie die Ökonomen es sagen, die zwischen den hoch entwickelten und den sich entwickelnden Ländern bestehen nicht weiter tolerieren. Hierbei werden die Leistungen der Entwicklungsländer zu schlechten oder gar keinen Preisen angeboten, während die Leistungen der hoch entwickelten Länder zu hohen Preisen gekauft werden müssen. Ich habe volles Verständnis dafür, dass dies nicht so weiter gehen kann. Es darf nicht sein, dass ein Mensch für eine Medizin, die aus der Artenvielfalt seines Landes entwickelt worden ist, später für „intellectual property rights“ zahlen muss. Und das, nachdem sie ohne irgendwelche Gegenleistungen ihre „genetic property“ abgeben mussten. Deswegen bin ich der Überzeugung, dass wir auch beim Schutz der Artenvielfalt so etwas wie ein IPCC ("Intergovernmental Panel on Climate Change") dringlich brauchen. Wir müssen die wissenschaftliche Kenntnis mit der Politik und mit politischen Aktionen kombinieren.

Welche Themen sind noch wichtig? Sicherlich mehr, als man in einer Präsidentschaft leisten kann. Man kann nicht alles in einem halben Jahr schaffen. Es ist viel vorbereitet worden. All das muss aufgearbeitet werden, inklusive der Verfassung für Europa. Und machen wir uns nichts vor, wir können so viele schöne, technische Lösungen in Europa machen wie wir wollen. Wenn es uns nicht gelingt die Vision Europas auch den Bürgern Europas nahe zu bringen, dann wird keine Technik nachhaltig sein. Deswegen müssen wir von der Bundesregierung erwarten, dass sie diesen Prozess fördert, an dessen Ende die Europäische Verfassung steht. So könnte eine ganz andere Identifikation der Bürger mit Europa möglich werden.

Ein weiterer Punkt ist: Wie gehen wir eigentlich mit dem um, was wir einmal im "Johannesburg-Plan of Implementation" mit Jubel begrüßt haben? In Johannesburg wurde beschlossen „10-Jahrespläne zur Veränderung der Konsum- und Produktionsmuster" zu erstellen. Die Frage ist, wie gehen wir eigentlich mit unseren eigenen Konsummustern um? Immer wieder unterstreiche ich, dass unser Lebensstil, und damit unsere Konsummuster, von allen Menschen dieser Welt angestrebt werden. Wir unterscheiden inzwischen kaum noch zwischen Entwicklungsländern und entwickelten Ländern, sondern wir unterscheiden zwischen Mittelschichten in bestimmten Ländern. China hat heute bereits etwa 200 Millionen Menschen mit einem Einkommen, das unserer Mittelschicht entspricht. Wenn wir uns hiermit nicht befassen, werden wir in Zukunft erhebliche Probleme bekommen.

Was machen wir also mit den Konsummustern? Quantitativ und qualitativ? Viele Menschen, auch in unserem Land, haben sich irgendwann schon mal die Frage gestellt: „Brauchen wir all das, was wir kaufen, wirklich?“ Wo kommen wir denn hin, wenn wir die Emissionswerte bei Autos zwar halbieren, aber die Zahl der Autos gleichzeitig verdoppeln? Ich weiß, das ist keine leichte Angelegenheit. Gerade wenn man aus Afrika zurückkommt, kann man aber eine ganz beeindruckende Erfahrung machen, nämlich dass der Konsum bei uns als eine Art Selbstzweck fast zu einer staatsbürgerlichen, verantwortlichen Leistung zählt. Wie oft haben wir uns sagen gehört: "Aber der private Konsum springt nicht an, und deswegen ist die wirtschaftliche Stabilität nicht gewährleistet". Ich denke, wir können nicht in Johannesburg im Jahre 2002 einen "10-Jahresplan für nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster" verabschieden, wenn die Europäische Union dann nicht einmal in der Lage ist in den vergangenen vier Jahren

einen Zwischenbericht zurückzuschicken. Dabei hat sie sich damals massiv für diesen Plan eingesetzt. Was haben wir seitdem gemacht? Ich weiß, dass sich ein paar Länder mit dem Plan befasst haben. Finnland hat sich die Arbeitsgruppe „Veränderung der Konsummuster“ mit Blick auf den Tourismus vorgenommen. Insgesamt haben die skandinavischen Länder und die Niederlande relativ viel gemacht. Und ich möchte darum bitten, dass wir uns auch damit auseinandersetzen. Sind die Konsum- und Produktionsmuster noch ein Thema, das uns fordert?

Ich werde nicht müde aus der Rede des Vizepremiers von China zu zitieren, der sagt: "Wir müssen nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster einführen. Denn wenn wir die Konsummuster von den Industriestaaten übernehmen, dann werden wir keine wirtschaftliche Weiterentwicklung erreichen können." Wir haben die „Millennium Development Goals“ (MDGs) verabschiedet mit dem Ziel, die Armut bis 2015 zu halbieren. Natürlich brauchen wir in dieser Welt massiv wirtschaftliche Entwicklung, wenn wir Armut bekämpfen wollen, wenn wir Hunger bekämpfen wollen, wenn wir die MDGs erfüllen wollen. Deswegen möchte ich am Ende etwas provokativ hinzufügen: Brauchen wir nicht auch „Millennium Development Goals“ für die hoch entwickelten Länder? Die bisherigen MDGs sind eindeutig auf die Entwicklungsländer ausgerichtet.

Dabei fallen mir eine Reihe von Beispielen ein, für die die hoch entwickelten Länder „Millennium Development Goals“ haben müssten. Z.B. wie bekämpfen wir tatsächlich die Klimaproblematik? Und wie gehen wir mit Migrationsströmen um, die u.a. durch Armut in Gang gesetzt werden? Wenn wir uns nicht mit der Flucht vor Armut befassen, dann werden wir diese Welt nicht stabil halten können. Die Migrationsströme werden vor allem durch die großen Unterschiede in dieser Welt erzeugt. Und wir werden diesen Unterschieden in einer globalisierten Welt nicht durch Mauern begegnen können. Migrationsströme werden weiterhin einen Ausgleich dieser Unterschiede suchen. Dieser Ausgleich findet über Distanzen statt, wie wir sie zwischen der afrikanischen Küste und den Kanarischen Inseln haben. Oder zwischen den südlichen und nördlichen Ufern des Mittelmeers. Wir müssen nicht nur in diesen Ländern helfen Verbesserungen herbei zu führen, sondern wir müssen mit einer Veränderung unserer eigenen Konsummuster beginnen, und wir müssen unsere eigenen „Millennium Development Goals“ formulieren. Wir sind dazu verpflichtet, wenn wir in einer Welt mit acht oder neun Milliarden Menschen leben wollen. Und wir müssen uns fragen, was unsere Perspektiven für dieses Jahrtausend, für dieses Jahrhundert und für die kommenden Jahrzehnte sind.

Zum Abschluss möchte ich noch mal auf die eingangs erwähnten Visionen zu sprechen kommen. Ich bin eben nicht mit diesem bedeutenden Bundeskanzler einig, denn wenn wir keine Visionen mehr haben, dann wären wir wirklich nur noch Menschen, die sich so durchwursteln. Und dafür sind die Technologien, mit denen wir uns umgeben haben, viel zu schwierig und zu gefährlich geworden. Dafür sind die Unterschiede, die zwischen den verschiedenen Menschen bestehen, viel zu groß. Deshalb brauchen wir Visionen. Wir brauchen Visionen, die nicht in der Visionsschublade verschwinden, sondern die zum täglichen Handeln beflügeln. Auch zum Handeln der Bundesregierung in den kommenden sechs und zwölf Monaten.

Ich danke Ihnen sehr herzlich.

(Es gilt das gesprochene Wort)

SCHLUSSWORTE

Dr. Helmut Röscheisen, Generalsekretär des Deutschen Naturschutzrings (DNR), bedankte sich bei den Veranstaltern/innen, den Rednern/innen und den zahlreichen Teilnehmern/innen für die erfolgreiche Konferenz. Sie sei Auftakt gewesen für eine hoffentlich weiterhin gute Zusammenarbeit während der deutschen Ratspräsidentschaft.

Als einen wichtigen nächsten Schritt führte Helmut Röscheisen die Debatte um die Europäische Verfassung an. Hier müsse Frau Merkel für die Positionen der Umweltverbände gewonnen werden, damit diese in die entsprechenden Ressorts eingetragen werden könnten. Die entscheidende Frage sei, wie Europa den Bürgern näher gebracht werden könne.

Ein großes Thema sei die Energieeffizienz. Voraussichtlich werde im nächsten Jahr eine große Energieeffizienz-Kampagne der Verbände in Deutschland gestartet. Es biete sich an, diese Kampagne auf ganz Europa auszudehnen, zumal Energieeffizienz ein Thema sei, das alle Mitgliedstaaten beschäftige. Der zweite Bereich sei die Biodiversität: „Wie kann der Schutz der Artenvielfalt in die anderen Politikbereiche integriert werden?“ Eine herausragende Rolle werde hier die Agrarpolitik spielen. Es würden immer noch 40% der EU-Finanzmittel in einen Bereich fließen, der den Artenschwund mit verursache: „Wie kann die Agrarpolitik also umgestaltet werden?“ Der dritte Schwerpunktbereich sei die Klimafrage in Verbindung mit der Verkehrspolitik. Es werde eine schwierige aber sehr wichtige Aufgabe sein, diese Themen in die Öffentlichkeit zu tragen.



Helmut Röscheisen

Folgender, mit Beifall bedachter Schlussspruch kam aus dem Publikum: „Mahatma Gandhi hat es auf den Punkt gebracht. Die Welt, die wir wollen, müssen wir selber leben. Wir wissen, dass unsere Erde und unsere Lebensgrundlagen in Gefahr sind. Wir können die Welt verändern, allein schon wenn wir darauf achten, was wir kaufen und welche Strukturen wir damit unterstützen. Dies ist ein Aufruf zur Leidenschaft. Wir sind die Generation, die die internationalen Zusammenhänge erkennt und erfährt. Wir dürfen nicht nur auf der administrativen Ebene aktiv sein, sondern überall und mit dem Herzen als Erdenbürger.“

FORDERUNGSPAPIER DER DEUTSCHEN UMWELTVERBÄNDE AN DIE DEUTSCHE BUNDESREGIERUNG

„TEMPOMACHER GESUCHT“

Forderungen zur Konferenz

**"Verantwortung für die Zukunft - den deutschen Vorsitz im Rat der EU und
bei der G8 für die Umwelt nutzen"**

Berlin, 19.- 20. Oktober 2006

Unterzeichner:

Arbeitsgemeinschaft Regenwald und Artenschutz (ARA)
Berufsverband Beruflicher Naturschutz (BBN)
Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)
Bund gegen Missbrauch der Tiere (bmt)
Bundesverband für Umweltberatung (bfub)
Bundesvereinigung gegen Fluglärm (BFV)
Deutscher Naturschutzring (DNR)
Deutsche Umwelthilfe (DUH)
Deutscher Wanderverband
Euronatur
Germanwatch
Greenpeace Deutschland
Grüne Liga
Institut für Biodiversität
M.E.E.R e.V.
Naturschutzbund Deutschland (NABU)
Naturschutzjugend Deutschland (NAJU)
NaturFreunde Deutschlands
Naturfreundejugend Deutschlands
Ökologischer Jagdverband (ÖJV)
Pro Wildlife
Urgewald
Schutzstation Wattenmeer
Verkehrsclub Deutschland (VCD)
Wale and Dolphin Conservation Society Deutschland (WDCS)
Women in Europe for a Common Future (WECF)
WWF

ÜBERSICHT FORDERUNGEN

- A. GEOSTRATEGIE UND UMWELTSCHUTZ:
KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT**
 - A.1 Nachhaltige Ausgestaltung des Aktionsplans für eine europäische Energiepolitik
 - A.2 Eine Energie-Außenpolitik der EU für Klimaschutz und Energiesicherheit aller Menschen
 - A.3 Bestimmung eines verbindlichen CO₂-Reduktionsziels von mindestens 30 Prozent für die Zeit 2012 bis 2020 für die EU
 - A.4 Verbesserung und Harmonisierung des EU-Emissionshandelssystems im Rahmen des „Review-Prozesses“ der ETS-Richtlinie für die Zeit nach 2012
 - A.5 Vereinbarung von sektorspezifischen Ausbauzielen für erneuerbare Energien
 - A.6 Deutliche Steigerung der Energieeffizienz
 - A.7 Mehr Wettbewerb auf dem europäischen Energiemarkt

- B. „A FINAL COUNTDOWN“:
WIE KANN DER ARTENVERLUST BIS 2010 GESTOPPT WERDEN?**
 - B.1 Biodiversitätspolitik sektorübergreifend realisieren
 - B.2 Verwirklichung des Natura-2000-Netzwerks
 - B.3 Ökosystemarer Ansatz in der EU-Wasserpolitik
 - B.4 Konsequenter Schutz europäischer und globaler Meere
 - B.5 Schutz der Urwälder
 - B.6 Natur- und Artenschutz weltweit koordinieren

- C. EU-VERKEHRSPOLITIK:
SAUBERE LUFT UND KLIMASCHUTZ**
 - C.1 Rechtlich verbindliche CO₂-Grenzwerte für Pkw
 - C.2 Euro 5 für Pkw und Euro VI für Lkw vereinbaren
 - C.3 Nachhaltiger Anbau und Nutzung von Biokraftstoffen
 - C.4 Einbeziehung des Flugverkehrs in den Klimaschutz
 - C.5 Fahrgastrechte müssen europaweit eingeführt werden
 - C.6 Verbesserung der Sicherheit im Straßenverkehr
 - C.7 Nachhaltige Mobilität braucht gute Luft und mehr

A. GEOSTRATEGIE UND UMWELTSCHUTZ: KLIMA- UND ENERGIEPOLITIK IM 21. JAHRHUNDERT

Der Klimawandel ist eine der zentralen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts. Die Rekord-Hurrikan-Saisons 2005 und 2004, die dramatische Beschleunigung der Schmelzprozesse in Grönland und der West-Antarktis, das dritte Jahr einer bisher nicht gekannten Dürre in der Amazonas-Region und die enorme Beschleunigung der Gletscherschmelze im Himalaja sind nur einige Beispiele, die einen neuen Realismus in der Klimastrategie der EU dringend erfordern. Immer mehr Wissenschaftler/innen vertreten die Position, dass selbst das so genannte 2 Grad-Limit nicht ausreichen könnte, um unbewältigbare Konsequenzen abzuwenden. Die zwei Grad Celsius gelten seit Langem als kritischer Wert, über den eine Erhöhung der globalen Durchschnittstemperatur nicht steigen dürfte, wenn ein gefährlicher Klimawandel vermieden werden sollte. Eine Orientierung an diesem Limit bedeutet weltweit eine Halbierung der Treibhausgasemissionen (gegenüber 1990) bis 2050, für die Industrieländer sogar eine Reduktion um 70 bis 80 Prozent.

Hauptursache für diese Entwicklung ist die exorbitante Verbrennung der fossilen Energieträger Kohle, Öl und Gas mit der Freisetzung des Kohlendioxids (CO₂). Und das Problem wird sich weiter verschärfen: Die Internationale Energieagentur erwartet eine massive Zunahme der weltweiten CO₂-Emissionen - sowohl in Schwellenländern wie China und Indien als auch in den OECD-Staaten. Dabei zeichnet sich ab, dass es nur gelingen wird, die Schwellenländer in den internationalen Klimaschutz einzubinden, wenn die reicheren Staaten bei der Reduktion von Treibhausgasen entschieden vorangehen. Gleichzeitig müssen sie die technische Entwicklung in Schwellen- und Entwicklungsländern unterstützen, um dort einen Quantensprung („Leap Frogging“) zu ermöglichen.

Im Kontext der internationalen Klimaschutzbemühungen begann mit den Verhandlungen über die Zeit nach 2012 im letzten Jahr eine neue Phase. Der Erfolg wird sich an zwei Kriterien messen lassen. Erstens, ob eine Vereinbarung zur Reduktion von Emissionen getroffen wird, die mit hoher Wahrscheinlichkeit den globalen Temperaturanstieg auf weniger als 2 Grad Celsius begrenzt. Und zweitens, ob die Industriestaaten wesentlich mehr Geld für Anpassungsmaßnahmen der vielen Millionen heute schon vom Klimawandel betroffener Menschen aufbringen werden.

Energiepolitik ist heute untrennbar mit Klimapolitik verbunden. Eine ambitionierte, umweltgerechte und nachhaltige Energiepolitik ist nicht nur die beste Strategie für den Klimaschutz, sondern zugleich der Weg zu mehr Versorgungssicherheit, einer stärkeren Wirtschaft und größerer Wettbewerbsfähigkeit der EU. Dafür müssen Energieeffizienz und der Ausbau der erneuerbaren Energien höchste Priorität haben. Gleichzeitig ist ein deutliches Preissignal im Rahmen eines zunehmend internationalen bzw. europäischen Emissionshandels unerlässlich.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich während ihrer EU-Ratspräsidentschaft und während des G8-Vorsitzes für die Umsetzung folgender Maßnahmen einzusetzen:

A.1 NACHHALTIGE AUSGESTALTUNG DES AKTIONSPANS FÜR EINE EUROPÄISCHE ENERGIEPOLITIK

Die Staats- und Regierungschefs der EU haben sich - basierend auf dem Grünbuch der EU-Kommission zur gemeinsamen Energiepolitik - im März 2006 auf die Grundzüge einer europäischen Energiepolitik geeinigt. Im Januar 2007 wird die Kommission ein Energiepaket vorlegen und im März werden die Staatschefs voraussichtlich einen Aktionsplan über eine europäische Energiepolitik beschließen. Vor und während der deutschen Ratspräsidentschaft werden also die wichtigsten Grundzüge der EU-Energiepolitik für die nächsten Jahre festgelegt.

Das bislang vorgelegte Grünbuch wird den Herausforderungen in keiner Weise gerecht. Es erwähnt zwar die Notwendigkeit zum Energiesparen und den Ausbau der erneuerbaren Energien, versäumt aber klare und verbindliche Zielvorgaben zu machen. Der Verkehrssektor wird nicht angesprochen.

Die deutsche Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, dass diese Mängel im geplanten Aktionsplan über eine gemeinsame Energiepolitik beseitigt werden und im Frühjahr 2007 eine ambitionierte, nachhaltige Energiepolitik beschlossen wird. Die im Aktionsplan festzulegenden Ziele in den Bereichen Umwelt, Versorgungssicherheit und Wirtschaft/Wettbewerbsfähigkeit dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Vor allem die drastische Erhöhung der Energieeffizienz und der verstärkte Einsatz von erneuerbaren Energien sind in der Lage, in allen drei Bereichen Fortschritte zu erzielen.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich insbesondere dafür einzusetzen, dass der Aktionsplan folgende Punkte berücksichtigt:

- Die Festlegung von CO₂-Minderungszielen, die ganz klar am Zwei-Grad-Limit ausgerichtet sind (siehe Forderung A.3).
- Die Einbeziehung des Verkehrssektors (siehe Kapitel C).
- Ambitionierte Ziele für die Erneuerbaren Energien (siehe Forderung A.5).
- Eine drastische Steigerung der Energieeffizienz von Produkten und Produktion als zentrales Element einer europäischen Energiepolitik (siehe Forderung A.6).
- Ein Umsteuern in der Forschungspolitik; der Fokus sollte zukünftig auf der Förderung von Energieeffizienz- und Einspartechnologien sowie erneuerbaren Energien liegen.
- Die Abschaffung der Subventionen für fossile Energie und Nuklearenergie.
- Die Ausrichtung der Struktur- und Kohäsionsfonds sowie weiterer Fördertöpfe der EU auf die Steigerung der Energieeffizienz und die Förderung von erneuerbaren Energien.
- Eine ökologische Steuerreform in den EU-Mitgliedstaaten: Entlastung des Faktors Arbeit und Belastung der Nutzung von (nicht-erneuerbaren) Energien (z.B. durch gemeinsames Vorgehen der Mitgliedstaaten im Rahmen der offenen Methode der Koordinierung).
- Eine verbesserte Förderung wichtiger Klimaschutzinstrumente durch die europäische Investitionsbank (z.B. End-Energieeffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, erneuerbare Energien).
- Die wissenschaftliche Klärung der Frage, ob und inwieweit neue Technologien - wie zum Beispiel „Carbon Capture“ and „Storage“ (CCS) - Kohlendioxid dauerhaft sicher speichern und zum Klimaschutz beitragen können.²

² Diese Anstrengungen dürfen die Anwendung der bereits heute vorhandenen CO₂-Vermeidungstechnologien (Effizienz und erneuerbare Energien) nicht behindern. Eine CCS-Strategie muss deshalb folgendes berücksichtigen: Vorrang hat die Erhöhung der staatlichen Forschungsmittel für Energieeffizienz und erneuerbare Energien. Die Forschungsmittel für CCS müssen vorrangig von den Energiekonzernen aufgebracht werden, die in großem Umfang Kohle verstromen. Bei der Erneuerung des europäischen Kraftwerksparks müssen jetzt die Weichen für die Kraft-Wärme-Kopplung und Erdgas-GuD-Kraftwerke als Übergangstechnologien gestellt werden. Die unrealistische Ankündigung, Kohlekraftwerke mit CO₂-Abscheidungstechnologie nachzurüsten, kann den Bau neuer Kohlekraftwerke nicht rechtfertigen. Solange die dauerhafte Speicherung des CO₂ nicht zweifelsfrei erwiesen ist, muss die Gewährung von CO₂-Emissionskrediten im Rahmen des EU-Emissionshandels und der Kyoto-Mechanismen ausgeschlossen bleiben.

- Die Unterstützung von Pilotprojekten im Sinne eines virtuellen Kraftwerkes, wo durch Energieeffizienz, zeitliche Steuerung und dezentrale Einspeisung Kraftwerkskapazitäten ersetzt werden.
- Die Verwendung von Biomasse ist eine zusätzliche Strategie zur CO₂-Verminderung, aber kein Ersatz für die dringend notwendige Erhöhung der Energieeffizienz. Bei der Nutzung der Biomasse sind die preislichen Auswirkungen auf die Weltagrarmärkte und damit die kaufkraftarme Bevölkerung vor allem in Entwicklungsländern unbedingt zu berücksichtigen. Biomasse darf zudem nur eingesetzt werden, wenn sie nachhaltig hergestellt wird, d.h. unter Berücksichtigung von Umweltbelangen und sozialen Auswirkungen (in und außerhalb der EU) und der CO₂-Bilanz.
- Atomenergie ist kein Beitrag zur Lösung des Klima- und Versorgungsproblems und wäre ein teurer und gefährlicher Irrweg. Atomkraftwerke haben keinen Platz in einem nachhaltigen Energiesystem. Sie sind zudem keineswegs eine CO₂-freie Energieform.³ Der Aktionsplan für eine gemeinsame Energiepolitik darf daher die Atomkraft nicht als Option benennen. Im Gegenteil braucht es ein klares Bekenntnis, endlich den unzeitgemäßen EURATOM-Vetrag nach 50 Jahren zu beenden.

A.2 EINE ENERGIE-AUSSENPOLITIK DER EU FÜR KLIMASCHUTZ UND ENERGIESICHERHEIT ALLER MENSCHEN

Im Frühsommer dieses Jahres legte der Hohe Repräsentant für Außenbeziehungen der EU, Javier Solana, zusammen mit der Europäischen Kommission ein Strategiepapier zur externen Energiepolitik der EU bzw. zur energiepolitischen Dimension der EU-Außenpolitik vor („An External Policy to Serve Europe’s Energy Interests“). Es wurde vom Europäischen Rat im Juni angenommen. Die externe Energiepolitik wurde daraufhin Teil der Debatte zum Energiepaket (s. Forderung A.2.1).

Wir fordern die Bundesregierung auf, in ihrer eigenen Positionierung wie auch im Rahmen ihrer Präsidentschaft auf folgende Korrekturen der externen Energie-Strategie der EU hinzuwirken:

A.2.1 Das 2-Grad-Limit muss als Leitbild einer europäischen Energie-Außenpolitik festgeschrieben und umgesetzt werden

Der Energie-Außenpolitik der EU fehlt bislang eine klimapolitische Dimension. Energiesicherheit wird über Klimasicherheit gestellt, anstatt beide Ziele simultan zu verfolgen und die vielfältigen potenziellen Synergien zu nutzen. So benennt sie nicht das bereits formulierte Ziel der EU, die globale Erwärmung unter 2 Grad Celcius zu halten.⁴ Die deutsche Regierung muss dafür sorgen, dass in weiterführenden EU-Dokumenten und Ratsbeschlüssen zur Energie-Außenpolitik sowohl das 2-Grad-Ziel als auch darauf aufbauende EU-Positionen, wie etwa das Reduktionsziel für das Jahr 2020 (siehe Forderung A.3), enthalten sind. Nur so kann die EU einen kohärenten Auftritt in internationalen Foren und gegenüber Drittländern gewährleisten.

A.2.2 Die Energie-Außenpolitik der EU darf nicht Fehlstellungen der Energie-Innenpolitik fortführen

Die bisherigen Texte zur externen Energiestrategie sind geprägt von den dominieren-

³ Bezug nehmend auf verschiedenen Studien kommt das deutsche Umweltministerium zu folgender Schlussfolgerung: «Das Argument, Atomkraftwerke tragen zum Klimaschutz bei, geht auf eine verengte Sichtweise zurück. Wird auch die Förderung der Rohstoffe, der Transport, Bau und Unterhalt eines Atomkraftwerks, die Verteilung des Stroms und die erforderliche zusätzliche Wärmeerzeugung berücksichtigt, schneidet Atomenergie gegenüber anderen Formen der Energieerzeugung beim Klimaschutz oft schlechter ab.» (aus: Atomkraft: Ein teurer Irrweg. Die Mythen der Atomwirtschaft. Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) März 2006)

⁴ Formuliert auf dem Europäischen Rat im März 2005

den Paradigmen einer klassischen Energiepolitik, die "funktionierende (globale) Energiemärkte" und eine "Diversifizierung (der Energieversorgung)" auf Grundlage eines Ausbaus von (großen) Infrastrukturen als Lösung sieht. Energieeffizienz und erneuerbare Energien drohen in der Energie-Außenpolitik der EU marginalisiert zu werden. Sie gehören aber ins Zentrum! Die deutsche Regierung sollte daher spezifische Strategien zur Förderung von Energieeffizienz und Erneuerbaren Energien im Rahmen der EU-Außenpolitik anstoßen.

A.2.3 Die EU muss sich für Energiesicherheit weltweit engagieren

Die bisherige Stoßrichtung der externen Energiestrategie ist unrealistisch und gefährlich. Die EU-Außenpolitik sollte nicht auf eine Sicherung partikulärer "europäischer Energie-Interessen" abzielen, sondern sich der Sicherung der globalen Energieversorgung verschreiben. Dies ist Realpolitik: Europas Energieversorgung und Technologie ist nur als Teil globaler Energiesysteme zu verstehen. Es geht daher an der Realität vorbei, Energiesicherheit unilateral zu verfolgen. Und es ist ein moralischer Imperativ entsprechend dem Selbstverständnis der EU als globaler Akteur das Thema Energieversorgung im globalen Maßstab zu betrachten. Ein rivalisierender Ansatz, der primär auf die eigene Versorgungssicherheit ausgerichtet ist, birgt Risiken wie Ressourcenkonflikte oder verschärfte Armut und soziale Spannungen.

A.2.4 Eine Energie-Außenpolitik der EU muss demokratisch, transparent und partizipativ gestaltet werden

Bislang sind die Zivilgesellschaft und weite Teile der Wirtschaft nicht an der Formulierung der Energie-Außenpolitik der EU beteiligt. Dies ist nicht nur ein demokratisches Defizit und „Bad Governance“, sondern führt zudem zu politischen Fehlsteuerungen bei der inhaltlichen Entwicklung und zu einer Schwächung ihrer Umsetzungschancen. Wir erwarten, dass sich die deutsche Regierung gegenüber gesellschaftlichen Akteuren stärker öffnet und zur Energie-Außenpolitik der EU effiziente und effektive Beteiligungsmechanismen und Informationsangebote schafft.

A.3 BESTIMMUNG EINES VERBINDLICHEN REDUKTIONSZIELS FÜR TREIBHAUSGASE VON MINDESTENS 30 PROZENT FÜR DIE ZEIT 2012 BIS 2020 FÜR DIE EU

Um die begonnenen Verhandlungen für die Zeit nach 2012 im Rahmen des Kyoto-Protokolls zum Erfolg zu führen, müssen sich bis 2008 die einzelnen Staaten und Staatengruppen auf Reduktionsziele für Treibhausgase verständigen. Sie müssen mit den Erkenntnissen der Klimaforschung im Einklang stehen - darunter besonders die ausdrückliche Warnung vor einer Überschreitung des 2-Grad-Limits.

Von zentraler Bedeutung für einen Erfolg der deutschen EU-Ratspräsidentschaft bei der Klimaschutzpolitik sind die Vorlagen

- eines Reduktionsvorschlags der EU für die zweite Verpflichtungsperiode, von mindestens 30 Prozent bis 2020 und
- eines Vorschlags für eine mögliche Systemarchitektur, welche auf dem Grundgedanken eines mehrstufigen Ansatzes beruht.

Dieses Ziel muss konsequent verfolgt und in den Schlussfolgerungen einer der beiden Gipfel der Staats- und Regierungschefs im März oder Juni 2007 verbindlich festgelegt werden.

A.4 VERBESSERUNG UND HARMONISIERUNG DES EU-EMISSIONSHANDELSYSTEMS IM RAHMEN DES „REVIEW-PROZESSES“ DER ETS-RICHTLINIE FÜR DIE ZEIT NACH 2012

Das EU-Emissionshandelssystem ist mit seinem Ansatz, die klimaschädlichen CO₂-Emissionen der energieintensivsten Industrieanlagen und der Stromversorger absolut zu begrenzen und zu bepreisen, potenziell das wichtigste europäische Klimaschutzinstrument. Die Erfahrungen aus den beiden ersten Runden der Erstellung der Nationalen Allokationspläne haben allerdings gezeigt, dass die Regierungen der Nationalstaaten nicht die politische Kraft aufgebracht haben, den Industrieinteressen und den damit einhergehenden massiven Lobbyaktivitäten substanziell etwas entgegen zu setzen. Insofern wird es von überragender Bedeutung sein, dass im Rahmen des „Review-Prozesses“ der Emissionshandels-Richtlinie zentrale Regelungen des Systems auf EU-Ebene so verbessert und harmonisiert werden, dass sie realistisch mit einem am 2-Grad-Limit orientierten Pfad vereinbar sind und dass die am Emissionshandel teilnehmenden Sektoren einen starken Beitrag zu dem neuen EU Ziel von mindestens 30% bis 2020 leisten. Wichtige Elemente werden entsprechende Reduobergrenzen sowie die verpflichtende Einführungen der Auktionierung sein. Darüber hinaus muss eruiert werden, wie das Emissionshandelssystem geographisch und sektoral erweitert werden kann.

A.5 VEREINBARUNG VON SEKTORSPEZIFISCHEN AUSBAUZIELEN FÜR ERNEUERBARE ENERGIEN

Um die Erreichung der notwendigen CO₂-Reduktionsziele zu garantieren, müssen die erneuerbaren Energien beschleunigt ausgebaut werden. Im Rahmen des Aktionsplans für eine europäische Energiepolitik hat die EU-Kommission eine Weiterführung der konsequenten Förderung der erneuerbaren Energien zugesagt. Diese soll aus einer so genannten „Roadmap for Renewables“ und der Weiterführung der sektoralen Richtlinien Strom aus Erneuerbaren und Biotreibstoffe sowie der Einführung einer Richtlinie zum Wärme- und Kältebereich bestehen.

Die Ausbauziele in den beiden bestehenden sektoralen Richtlinien müssen mit einem ausreichenden Planungshorizont weitergeführt werden. Das Zieljahr muss von 2012 auf 2020 erhöht werden. Zusätzlich müssen konkrete Ausbauziele für den Bereich Wärme und Kälte festgeschrieben werden. Die Ziele für die sektoralen Bereiche müssen so festgeschrieben werden, dass ein mindestens 25-prozentiger Anteil erneuerbarer Energien am Gesamtprimärenergiebedarf bis 2020 erreicht wird. Dieses Oberziel kann nicht die sektoralen Ziele ersetzen. Nur mit sektoralen Zielsetzungen wird ein Verschiebebahnhof zwischen den einzelnen Sektoren vermieden.

Aus den Erfolgen des inzwischen weltweit in immer mehr Staaten zum Erfolgsmodell werdenden erneuerbare Energiengesetzes (EEG) sollte eine klare Priorisierung dieses Instrumentes abgeleitet werden.

A.6 DEUTLICHE STEIGERUNG DER ENERGIEEFFIZIENZ

Eine Erhöhung der Energieeffizienz verringert die Abhängigkeit von Energieimporten, steigert die Wettbewerbsfähigkeit der EU, schafft Arbeitsplätze und leistet einen entscheidenden Beitrag zum Klimaschutz. Quer durch alle politischen Lager besteht heute

darüber Einigkeit, dass es ein zentrales Zukunftsprojekt sein muss, Europa zum ressourcen- und energieeffizientesten Kontinent zu machen. Obwohl sie sich positiv auf die Klima- und Energieversorgungssicherheit auswirkt und die Wettbewerbsfähigkeit steigert, ist die Effizienz bislang nicht in den Mittelpunkt der Energiepolitik gestellt worden.

Die EU-Kommission hat im Oktober 2006 einen „Aktionsplan-Energieeffizienz“ vorgelegt. Er folgt dem Grünbuch zur Energieeffizienz aus dem Jahr 2005, das die Wichtigkeit der Erhöhung der Energieeffizienz für die EU betont. Der „Aktionsplan-Energieeffizienz“ muss ein wesentlicher Teil des Aktionsplans für eine europäische Energiepolitik werden. So sollte die deutsche Regierung während ihrer Ratspräsidentschaft entsprechende gesetzliche Regelungen auf den Weg bringen. Zentrale Handlungsfelder für den Aktionsplan sind:

- der Ausbau der Kraft-Wärme-Kopplung,
- energieeffiziente Kraftfahrzeuge,
- energieeffiziente Geräte,
- energiearme Gebäude,
- verbesserte Kennzeichnung von Produkten bezüglich ihres Energieverbrauchs,
- Ausrichtung der Struktur- und Kohäsionsfonds der EU sowie anderer Fördermittel auf die Steigerung der Energieeffizienz.

Insbesondere sollte die Bundesregierung in folgenden Bereichen aktiv werden:

A.6.1 Beschleunigte Umsetzung der Ausführungsreglemente der Ökodesign-Richtlinie („Eco-Design of Energy-Using Products“ EuP)

Die Öko-Design-Richtlinie vom April 2005 definiert einen Rahmen, in dem die EU-Kommission bis zum Jahr 2007 Mindeststandards für die Umweltqualität von Haushaltsgeräten, Bürogeräten, Konsumelektronik und für industrielle Verarbeitungsmaschinen festlegen muss. Dies umfasst nicht nur den Stromverbrauch, sondern z.B. auch die Reduzierung der Abfallmenge oder die Vermeidung gefährlicher Stoffe. Über diese Richtlinie können Effizienz-Mindeststandards für Elektrogeräte definiert werden. Dies könnte im besten Fall dazu führen, dass Geräte, die nicht dem Stand der Technik entsprechen (z.B. Kühlschränke der Klasse C) vom Markt genommen werden.

Die Bundesregierung muss sich dafür einsetzen, strenge und dynamische Mindeststandards für Elektrogeräte festzulegen. Es geht darum, Geräte vom Markt zu nehmen, die nicht dem Stand der Technik entsprechen, aber dennoch über einen niedrigen Preis oder irreführende Informationen ihre Käufer finden. Dabei sollten die Standards nicht starr festgelegt sein, sondern nach dem so genannten „Top-Runner“-Ansatz dynamisch gestalten werden.

„Stand-by“-Schaltungen sind eine Technik, die in den meisten Fällen niemandem nützt, aber einen immensen Stromverbrauch verursacht. Die Bundesregierung muss darauf dringen, dass „Stand-by“-Schaltungen durch entsprechendes Ordnungsrecht nur noch zugelassen werden, wenn ihre technische Notwendigkeit nachgewiesen wurde.

A.6.2 Kennzeichnung von Elektrogeräten

Als möglicher Inhalt des „Aktionsplans-Energieeffizienz“ wurde von der EU-Kommission unter anderem ein neues EU-weites Label-System für Elektrogeräte

genannt. Bei dessen Umsetzung muss es um die Aktualisierung und Ausweitung der Verbrauchskennzeichnung bei Elektrogeräten gehen. Die jetzige Kennzeichnung über das EU-Label ist grundsätzlich positiv, aber sie muss dringend überarbeitet werden. Eine Verbrauchskennzeichnung, die den maximalen Klimaschutzeffekt haben soll, muss folgenden Anforderungen genügen:

- Die Verbraucher erwarten eine leicht verständliche Kennzeichnung, welche Geräte am stromsparendsten sind. Die Kennzeichnung sollte alle 5 Jahre an verschärfte Standards angepasst werden.
- Die Kennzeichnung sollte die Industrie zu weiteren Innovationen animieren.
- Sie muss für möglichst viele Elektrogeräte einheitlich gelten.
- Sie muss effektiv überwacht werden.

A.6.3 Ausbau der Kraftwärme-Kopplung

Die bestehende EU-Richtlinie zur Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) sieht vor, dass die nationalen Regierungen Potenzialanalysen vorlegen müssen. Auf dieser Grundlage müssen die einzelnen Mitgliedsländer Vorschläge erarbeiten, wie sie die ausgewiesenen nationalen Potenziale ausschöpfen. Die Bundesregierung sollte die Ratspräsidentschaft dafür nutzen, die KWK-Richtlinie mit Leben zu füllen. Für die KWK sollte es klare europäische Ausbauziele geben. Diese sollten sich auch auf die industrielle KWK beziehen, wo es noch sehr große Potenziale gibt.

A.6.4 Umsetzung und Revision der Gebäuderichtlinie

Das Energieeinsparpotenzial im Gebäudebereich ist enorm und wird bei Weitem noch nicht ausgenutzt. Mindestens 10 Prozent des gesamten Energieverbrauchs in der EU könnten leicht und kostengünstig durch Verbesserung der Gebäudeisolierung und andere Maßnahmen eingespart werden, wobei sich diese Investitionen laut einer EU-Studie sogar finanziell auszahlen würden. Dazu braucht es einen entsprechenden gesetzlichen Rahmen. Die derzeitige EU-Gebäuderichtlinie ist ein Schritt in die richtige Richtung, reicht aber nicht aus. Die Bundesregierung sollte daher in diesem Bereich eine europäische Vorreiterrolle einnehmen, auf eine beschleunigte Umsetzung der Richtlinie in allen Mitgliedsländern drängen und gemeinsam mit der Kommission eine Revision der Richtlinie angehen. Wichtig wäre insbesondere die Einbeziehung aller - auch bestehender - Gebäude und eine bessere Definition, wann und welche Energieeffizienz-Maßnahmen vorgenommen werden müssen.

A.6.5 Beschluss eines nationalen „Energieeffizienz-Aktionsplans“

Die deutsche Regierung sollte einen ambitionierten „Energieeffizienz-Aktionsplan“ im Rahmen der Energiedienstleistungsrichtlinie (DESD, „Energy Services Directive“), die im Juni 2007 veröffentlicht werden soll, vorschlagen. Zentraler Bestandteil sollte ein verpflichtendes Ziel sein, die Energieeffizienz zunächst jährlich um 1,5 Prozent, nach fünf Jahren jährlich um 2 Prozent zu steigern. Um beispielgebend für andere Mitgliedstaaten zu sein, sollte die deutsche Regierung einen nationalen „Energie-Aktionsplan“ beschließen, der sich an diesen verbindlichen Zielen orientiert.

A.7 MEHR WETTBEWERB AUF DEM EUROPÄISCHEN ENERGIEMARKT

Liberalisierte Energiemärkte sind kein Selbstzweck und kein Garant für mehr Umweltschutz. Aber mehr Wettbewerb kann ein wichtiges Mittel sein, um die in vielen Ländern bestehende Vormacht von einigen wenigen großen Energiekonzernen zu brechen. Denn diese behindern mit ihrer Marktmacht oft auch ökologischere Wettbewerber

und setzen sich vehement gegen Klimaschutz und den Ausbau der erneuerbaren Energien ein. Mehr Wettbewerb sollte zu mehr Akteursvielfalt und technologischem Innovationsdruck führen. Davon sind die Märkte in den Mitgliedstaaten zum Teil noch sehr weit entfernt. Im Rahmen der vorläufigen „Sector Inquiry“ vom Februar diesen Jahres hat die Europäische Kommission daher weitere strukturelle, regulatorische und wettbewerbsrechtliche Maßnahmen angedeutet, die zeitnah notwendig werden könnten.

Für den Stromsektor sollte die Bundesregierung insbesondere folgende Maßnahmen ergreifen:

- Eigentumsrechtliche Trennung der Übertragungsnetze von der Erzeugung und dem Vertrieb, um die Neutralität der Übertragungsnetzbetreiber sicher zu stellen und eine diskriminierungsfreie Netznutzung sowie maximale Transparenz zu garantieren.
- Dekonzentration der Erzeugungsmärkte durch Auktionierung virtueller Kraftwerks-scheiben bei bestehenden und neu gebauten Kraftwerken mit dem Ziel, die Marktanteile der marktbeherrschenden Unternehmen auf festzulegende Anteile zu begrenzen; darüber hinaus Sicherung eines diskriminierungsfreien Marktzugangs für Neueinsteiger.
- Einrichtung einer europäischen Regulierungsbehörde mit dem Ziel, Hemmnisse beim grenzüberschreitenden Stromhandel abzubauen und einen transparenten europäischen Großhandelsmarkt zu errichten.

Für den Gassektor, dessen Liberalisierung erst ganz am Anfang steht, erscheinen folgende Maßnahmen vordringlich:

- Vorgabe eines einheitlichen, diskriminierungsfreien und börsenfähigen Netzzugangs-modells für die Gassektoren in den Mitgliedstaaten.
- Dekonzentration des Beschaffungsmarktes durch Vorschriften zu „Gas-Release“ Programmen mit dem Ziel, die Marktanteile der marktbeherrschenden Unternehmen auf festzulegende Anteile zu begrenzen.
- Eigentumsrechtliche Trennung der Ferngasnetze von der Handelsebene, um die Neutralität der Netzbetreiber sicher zu stellen und eine diskriminierungsfreie Netznutzung sowie maximale Transparenz zu garantieren.

B. „A FINAL COUNTDOWN“: WIE KANN DER ARTENVERLUST BIS 2010 DOCH NOCH GESTOPPT WERDEN?

Sowohl die Europäische Union als auch ihre Mitgliedstaaten haben sich als Vertragsparteien der Konvention über biologische Vielfalt (CBD) aus dem Jahr 1992 zu deren Umsetzung verpflichtet. Zudem haben sie auf dem EU-Gipfel in Göteborg 2001 beschlossen, dem weiteren Verlust an biologischer Vielfalt bis zum Jahr 2010 Einhalt zu gebieten. Doch bisher wurde nicht viel erreicht: Immer mehr Tier- und Pflanzenarten verschwinden in immer schnellerem Tempo. Noch dramatischer, weil mit bloßem Auge nicht sichtbar und vielfach unerkannt, ist der Verlust von Vielfalt auf innerartlicher Ebene. Die Umsetzung dieser Ziele hakt sowohl innerhalb der EU-Mitgliedstaaten als auch im Rahmen der europäischen Entwicklungs- und Außenwirtschaftspolitik.

Die von allen Mitgliedstaaten einvernehmlich verabschiedeten Vogelschutz- (1979) und die Fauna-Flora-Habitat- (FFH-) Richtlinien (1992) sind zentrale und unverzichtbare Bausteine zum Schutz der biologischen Vielfalt, zur Umsetzung der CBD und zur Erreichung des 2010-Zieles. Nachdem das Schutzgebietsnetz Natura 2000 inzwischen in fast allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union zumindest an Land vollständig ist, muss dies nun auch für den marinen Bereich geschehen und durch eine Managementplanung für die Gebiete sowie ein kontinuierliches Monitoring der Entwicklung von Lebensräumen und Arten ergänzt werden. Die Kohärenz des Gebietsnetzes ist durch Strukturen des Biotopverbundes und somit auch hinsichtlich der erforderlichen Anpassungen an die Auswirkungen des Klimawandels zu verbessern, wie es die Europäische Kommission in ihrer „Biodiversity Communication“ und dem zugehörigen Aktionsplan vom 22. Mai 2006 beschlossen hat. Als drittes zentrales Instrument zur Erreichung des 2010-Zieles ist die Wasserrahmenrichtlinie ohne Einschränkungen umzusetzen. Ihr integrierter ökosystemarer Ansatz ermöglicht auch außerhalb des Natura-2000-Netzwerkes einen sektorenübergreifenden Naturschutz.

Es ist deutlich geworden, dass mit den bestehenden sektoralen Instrumenten die Umsetzung des 2010-Zieles nicht erreicht werden kann. Unerlässlich ist sowohl eine Integration des Natur- und Artenschutzes in alle Politikbereiche und ihre Finanzierungsinstrumente (gemäß Artikel 6 des EG-Vertrages), insbesondere in den Agrar-, Verkehrs-, Forst- und Raumordnungsbereich, als auch die Entwicklung neuer Instrumente.

Die Natur- und Artenschutzpolitik der EU kann zudem nicht auf die EU beschränkt gesehen werden. Als größter Binnenmarkt der Welt sowie größter Importeur bei Holz, Fisch und Agrargütern ist die EU über ihren Ressourcenverbrauch und ihre Agrar- und Handelspolitik eine treibende Kraft für die zunehmende Übernutzung und Ausbeutung der Meere, Wälder, Böden und weltweiten Rohstoffquellen. Der ökologische Fußabdruck der EU 25 war 2005 ca. 2,2 Mal so groß wie deren Biokapazität. Zur Befriedigung ihres Ressourcenhungers benötigten die Mitgliedstaaten der EU damit mehr als das doppelte der Fläche der EU. Die Meere befinden sich in Europa und weltweit durch systematische Überfischung, Verschmutzung, Rohstoffabbau und die zunehmenden Folgen des Klimawandels am Rande des Kollapses. Zugleich nimmt die Vernichtung der Urwälder durch Abholzung und Brandrodung zur Gewinnung von Holz und landwirtschaftlichen Flächen weltweit weiter zu. Die Bundesregierung sollte daher ihre Ratspräsidentschaft nutzen, um insbesondere beim Schutz der Meere und Urwälder Maßnahmen auf europäischer und internationaler Ebene koordiniert und

mit Blick auf Synergien konsequent anzugehen. Zusätzlich muss der Vollzug des Artenschutzes im Binnenmarkt der EU verbessert werden, vor allem was die Kooperation zwischen den 25 Mitgliedstaaten der EU angeht. Zudem müssen die Herkunftsländer der bedrohten Arten und ihrer Produkte für einen konsequenten Artenschutzvollzug unterstützt werden.

Wir fordern die Bundesregierung daher auf, die EU-Ratspräsidentschaft und den G8-Vorsitz zu nutzen, um die folgenden Maßnahmen zu ergreifen:

B.1 BIODIVERSITÄTSPOLITIK SEKTORÜBERGREIFEND REALISIEREN

Für die Erreichung des 2010-Zieles sind sektorenübergreifende Politikansätze unerlässlich. Die deutsche Regierung muss deshalb

- darauf drängen, dass die „Biodiversity Communication“ und der Aktionsplan der Europäischen Kommission vom 22. Mai 2006 als umfassendes Maßnahmenpaket zum Biodiversitätsschutz auf den entsprechenden Ministerratssitzungen in verbindliche Beschlüsse aller Mitgliedstaaten gefasst werden,
- dafür sorgen, dass gemäß Artikel 6 des EG-Vertrages der Natur- und Artenschutz in alle Politikbereiche und ihre Finanzierungsinstrumente, insbesondere in die Agrar-, Verkehrs-, Forst- und Raumordnungspolitik konsequent integriert wird,
- auf Grundlage der in der „Biodiversity Communication“ aufgezeigten Defizite die Entwicklung neuer umfassender Instrumente zum Schutz der biologischen Vielfalt anstoßen.

B.2 VERWIRKLICHUNG DES NATURA-2000-NETZWERKS

Das Natura-2000-Netzwerk muss bis spätestens 2010 gemäß seinen Zielen verwirklicht werden. Dafür muss die deutsche Regierung

- sich auf europäischer, nationaler und Länderebene für die Vervollständigung des kohärenten Netzwerkes Natura 2000 inklusive eines funktionierenden Management- und Kontrollsystems bis spätestens 2010 einsetzen. Dies betrifft insbesondere auch die marinen Schutzgebiete inklusive mariner Reservate, was entsprechende Nutzungsverbote besonders der Fischerei zur Folge haben muss.
- sicher stellen, dass auf Ebene der deutschen Bundesländer alle Möglichkeiten der EU-Gesetzgebung zur vollständigen Finanzierung des Natura-2000-Netzwerkes genutzt werden - nicht nur in der Agrar- sondern auch in der Regionalpolitik. Hierfür müssen vorhandene Instrumente wie Agrar-, Struktur- und Fischereifonds an hohe Standards in Tier-, Natur- und Umweltschutz gekoppelt werden und vor allem in der Landwirtschaft der Fokus auf Natur- und Umweltschutzleistungen und der zweiten Säule liegen. Unentbehrlich sind außerdem die Entwicklung zusätzlicher Finanzierungsinstrumente und -ansätze.
- während der EU-Präsidentschaft eine gemeinsame Konferenz der europäischen Umwelt- und Agrarminister ausrichten, um aus den Erfahrungen der dann abgeschlossenen Finanzierungsprogramm-Phasen (LIFE +, Agrar-, Struktur- und Fischereifonds, etc.) neue integrative Ansätze zur Finanzierung von Natura 2000 zu diskutieren und anzustoßen.
- die Chance ergreifen, im Rahmen der EU-Präsidentschaft erste Impulse für eine EU-Budgetreform im Jahr 2008 zu geben, die eine erheblich verbesserte Finanzierung des Natur- und Umweltschutzes als Ziel hat.

B.3 ÖKOSYSTEMARER ANSATZ IN DER EU-WASSERPOLITIK

In der EU-Wasserpolitik steht die Entscheidung an, ob der eingeschlagene Weg eines konsequenten ökosystemaren Gewässerschutzes als wichtiges Instrument zur Erreichung des 2010-Zieles fortgeführt wird. Die deutsche Regierung muss

- im Prozess der Abstimmung mit dem Europäischen Parlament dafür eintreten, dass sich die Hochwasser-Richtlinie an den ökologischen Bewirtschaftungs Vorgaben und an dem Zeitplan der Wasserrahmenrichtlinie (WRRL) ausrichtet und den Vorrang für den ökologischen Hochwasserschutz gewährleistet.
- als Gastgeber des Treffens der europäischen Wasserdirektoren, auf dem Aspekte der Gemeinsamen Umsetzungsstrategie („Common Implementation Strategy“ - CIS) zur WRRL beraten werden, dafür eintreten, dass die ambitionierten Umweltziele der WRRL nicht durch großzügige Auslegung von Ausnahmetatbeständen gefährdet werden.
- einen gemeinsamen Standpunkt des Rates zur Prioritäre Stoffe-Richtlinie anstreben, der EU-weite Emissionsbegrenzungen für prioritäre Stoffe vorsieht. Der Richtlinienentwurf der EU-Kommission verzichtet derzeit auf emissionsbezogene Vorgaben auf EU-Ebene und gibt damit den von der WRRL intendierten kombinierten Ansatz auf.
- die Verabschiedung einer stringenten Grundwasserrichtlinie erwirken, in der ein konsequenter Vorsorgeansatz und der Schutz des Ökosystems Grundwasser oberste Priorität haben.

B.4 KONSEQUENTER SCHUTZ EUROPÄISCHER UND GLOBALER MEERE

Der europäische und globale Schutz der Meere muss ein ganzheitliches Anliegen sein, das Schutz und Nutzung vereint. Dafür muss die deutsche Regierung

- eine Verabschiedung der Meeresschutzstrategie-Richtlinie im EU-Ministerrat erwirken. In ihrer Ausrichtung muss die Richtlinie mindestens den Zielen regionaler Meeresschutzabkommen entsprechen und für die Mitgliedstaaten verbindliche Vorgaben für einen guten Umweltzustand festschreiben. Deutschland muss weiterhin darauf drängen, dass in dem Grünbuch Die künftige Meerespolitik der Europäischen Union: eine europäische Vision für Ozeane und Meere die Meeresschutzstrategie und das Vorsorgeprinzip fest verankert werden.
- die Verhandlungen bei den Vereinten Nationen über ein Moratorium für Grundschleppnetzfisherei auf der Hohen See beschleunigen. Ziel muss ein weltweiter Stopp dieser zerstörerischsten aller Fangpraktiken sein. Sollte ein UN-Moratorium scheitern, muss die deutsche Regierung sich für eine kohärente europäische Position im Sinne eines Verbotes dieser Hochseefangtechnik einsetzen.

B.5 SCHUTZ DER URWÄLDER

Der Schutz der letzten Urwälder muss auf europäischer und internationaler Ebene koordiniert und konsequent vorgebracht und der Handel mit Holz aus illegaler und nicht-nachhaltiger Wald gestoppt werden. Dafür muss die deutsche Regierung

- gemeinsam mit den EU-Mitgliedstaaten gegenüber der Europäischen Kommission darauf drängen, dass spätestens bis März 2007 Vorschläge für weitere gesetzliche Maßnahmen der EU gegen die Importe von Holz aus illegalen Abholzungen und den Handel mit solchem Raubholz vorliegen. Diese sollten

- zügig im Europäischen Parlament und im EU-Ministerrat behandelt werden.
- für die Verhandlungen über Freiwillige Partnerschaftsabkommen als Maßnahmen gegen illegale Holzeinschläge (EU-FLEGT-Prozess) ein Niveau garantieren, das den Nachhaltigkeitsanspruch der Weltgipfel in Rio und Johannesburg gerecht wird.
- die Verhandlungen zur Vermeidung der Entwaldung als Querschnittsaufgabe der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) und der Biodiversitätskonvention (CBD) so vorantreiben, dass sowohl langfristiger Schutz der letzten Urwälder als auch die dringende Reduktion fossiler CO₂-Emissionen garantiert werden.

B.6 NATUR- UND ARTENSCHUTZ WELTWEIT KOORDINIEREN

Natur- und Artenschutz ist eine globale Herausforderung, der sich die internationale Gemeinschaft stellen muss. Die deutsche Regierung muss deshalb

- die EU-Präsidentschaft intensiv zur Abstimmung der europäischen Positionen für die neunte Vertragsstaatenkonferenz der CBD im Jahr 2008 nutzen. Als Gastgeber der CBD steht Deutschland 2008 in einer besonderen Verantwortung. Dabei muss sichergestellt werden, dass bei der Umsetzung der beiden Arbeitsprogramme zu Wäldern und Schutzgebieten wesentliche Fortschritte gemacht werden.
- Optionen für neue Finanzierungsinstrumente für die Umsetzung und Erreichung des 2010-Biodiversitätsziels auf dem EU-Gipfel vorlegen und nächste, konkrete Schritte vereinbaren. In diesem Zusammenhang muss die Präsidentschaft auch die Themen Agrarsubventionen („perverse subsidies“) und die Besteuerung z.B. von Flugreisen und Flugbenzin zur Finanzierung von Schutzgebieten thematisieren.
- den Vorsitz über die G8-Staaten dazu nutzen, die Erhaltung der biologischen Vielfalt, das 2010-Ziel sowie den Schutz der Urwälder zu stärken.
- die EU-Präsidentschaft nutzen, um aufbauend auf der Pariser Erklärung das Biodiversitäts-Aktionsprogramms in die Entwicklungszusammenarbeit der EU-Mitgliedstaaten zu integrieren.
- sich vor dem Hintergrund der 14. Vertragsstaatenkonferenz des Washingtoner Artenschutzübereinkommens im Juni 2007 in den Niederlanden für einen verbesserten Vollzug des Artenschutzes in der EU einsetzen, vor allem was die Zusammenarbeit zwischen den 25 Mitgliedstaaten angeht. Zudem müssen die Herkunftsländer der bedrohten Arten und ihrer Produkte für einen konsequenten Artenschutzvollzug unterstützt werden.
- sich für die Kontrolle und Aussetzung nicht-nachhaltiger Wildtier- und Wildpflanzenimporte in die EU einsetzen. Auch für den Schutz der heimischen Artenvielfalt sollte sich beim Import von Wildpflanzen und Wildtieren stärker eingesetzt werden.

C. EU VERKEHRSPOLITIK: SAUBERE LUFT UND KLIMASCHUTZ

Im ersten Halbjahr 2007 stehen einige wesentliche Entscheidungen im Bereich nachhaltige Mobilität auf der Tagesordnung der EU. Die Bundesregierung kann dabei entscheidend mithelfen, wichtige Weichen in die richtige Richtung zu stellen. Das wird ihr nur gelingen, wenn sie sich dem in der Regel massiven Druck der Automobilhersteller widersetzt und eine Mobilitätspolitik im Interesse der Verkehrsteilnehmer/innen und der Umwelt durchsetzt.

Wir fordern die Bundesregierung auf, sich im Rahmen der EU-Ratspräsidentschaft auf die Umsetzung der folgenden Maßnahmen zu konzentrieren:

C.1 RECHTLICH VERBINDLICHE CO₂-GRENZWERTE FÜR PKW

Es ist abzusehen, dass die europäischen Automobilhersteller ihre freiwillige Selbstverpflichtung zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes der Neufahrzeuge auf durchschnittlich 140 g/km bis 2008 nicht einhalten werden. Auch der von allen EU-Organen beschlossene Zielwert von 120 g CO₂/km bis 2012 kann durch Fortschreibung der Selbstverpflichtung definitiv nicht erreicht werden. Da das Instrument der freiwilligen Selbstverpflichtung somit gescheitert ist, muss die EU ein Gesetzgebungsverfahren zur Reduzierung des CO₂-Ausstoßes von Pkw durch den Erlass verbindlicher Verbrauchsgrenzwerte in Gang setzen, die bereits ab 2008 in Kraft treten sollten. Während der deutschen Ratspräsidentschaft sind dafür entscheidende Weichenstellungen vorzunehmen:

- Die deutsche Regierung muss einen Prozess initiieren, der auf die Halbierung des CO₂-Ausstoßes und damit des Kraftstoffverbrauches innerhalb von 10 Jahren abzielt. Ausgehend vom derzeitigen durchschnittlichen CO₂-Ausstoß aller in Europa neu zugelassenen Pkw von ca. 160 g/km soll der CO₂-Ausstoß im Jahr 2012 auf 120 g/km und im Jahr 2016 auf 80 g/km im Flottenmix sowohl EU-weit als auch in jedem Mitgliedsstaat gesenkt werden.
- Anthropogen erzeugtes CO₂ sollte ab 2008 analog zu Luftschadstoffen behandelt werden, die analog zu den europäischen Pkw-Emissionsgrenzwerten zu regulieren sind.

Dabei sollte eine Kombination von flotten- und fahrzeugspezifischen Instrumenten gewählt werden:

- Ein Flottengrenzwert soll zukünftig als Kontrollinstrument die Zielerreichung der Absenkung der durchschnittlichen Emissionen aller in der Europäischen Union verkauften Pkw gewährleisten. Auf spezielle Flottenzielwerte für Herstellerverbände - bei der derzeitigen Regelung haben asiatische Hersteller einen zeitlichen Aufschub - sollte zukünftig verzichtet werden. Der Flottenverbrauchswert soll als Anzeigewert (Monitoring) bei Überschreitung ergänzende Maßnahmen der EU und der Mitgliedstaaten zur Folge haben. Die Mitgliedstaaten sollten im Rahmen nationaler Gesetzgebung z.B. durch flankierende steuerliche Maßnahmen (fahrzeugbezogene Steuern wie z.B. eine CO₂-orientierte Kfz-Steuer und/oder Steueränderungen zur Absenkung des Verbrauchs von Dienstwagen) die Einhaltung der o.g. Durchschnittsverbräuche der in ihren Ländern neu zugelassenen Pkw sicherstellen.
- Als zentrales Steuerungsinstrument für die Durchsetzung (Implementierung) der CO₂-Minderungsziele sind ab 2008 fahrzeugspezifische CO₂-Grenzwerte einzuführen. Bei deren Festlegung soll in geeigneter Weise die Fahrzeuggröße

bzw. Nutzung berücksichtigt werden. Nach der erstmaligen Festlegung sollen fahrzeugspezifische Grenzwerte zudem eine automatische Verschärfung z.B. nach dem „Top-Runner“-Prinzip erfahren.

C.2 EURO 5 FÜR PKW UND EURO VI FÜR LKW VEREINBAREN

Die Schadstoffgrenzwerte Euro 4 für Pkw und Euro V für Lkw entsprechen nicht mehr dem aktuellen technischen Stand der Abgasreinigungstechnik. Die neuen Grenzwerte für Pkw (Euro 5) müssen sich am Stand der Technik orientieren und sicherstellen, dass die saubereren Pkw, die europäische Autohersteller ab 2006 in den USA auf den Markt bringen, auch umgehend in Europa Standard werden. Ebenso steht die Technik zur deutlichen Reduzierung des Partikel- und Stickoxidausstoßes für Lkw zur Verfügung und sollte im Sinne des Gesundheitsschutzes der Bevölkerung durch die EU-Gesetzgebung schnell auf die Straße gebracht werden. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die EU-Politik die Luftqualitätsrichtlinie aufweicht, den Menschen also häufigere Überschreitungen von Grenzwerten und somit höhere Immissionen zumutet und gleichzeitig die Emission von Schadstoffen nicht einmal nach dem Stand der Technik limitiert.

Es besteht die Aussicht, dass noch während der finnischen Ratspräsidentschaft ein Kompromiss verabschiedet wird, der den wenig ambitionierten Kommissionsvorschlag (180-200 mg NOx/km und 5 mg Partikel/km) als Euro 5-Wert für Pkw umsetzt und ab dem Jahr 2009 einführt. Dieser Grenzwertvorschlag wird sowohl von Umweltverbänden als auch dem Bundesumweltministerium als nicht zukunftstauglich bezeichnet. Möglicherweise wird vom EU-Parlament im Oktober und vom Ministerrat im Dezember im Paket mit Euro 5 ein verschärfter Grenzwert Euro 6, der ab 2014 gelten soll, verabschiedet. Damit wäre das Grenzwertsetzungsverfahren für Pkw während der deutschen Ratspräsidentschaft nicht mehr auf der Agenda. Für den Fall, dass die Pkw-Grenzwerte nicht im Jahr 2006 beschlossen werden, muss sich die deutsche Regierung für zielführende Werte von 2,5 mg Partikel/km und maximal 80 mg NOx/km einsetzen, die spätestens 2010 - zeitgleich zum Inkrafttreten der europäischen Immissionsgrenzwerte für die Stickoxidkonzentration in der Atemluft - für neue Pkw-Modelle verbindlich werden. Bei Euro 5/6 sollte nicht mehr zwischen zulässigen Werten für Diesel- und Benzinfahrzeuge unterschieden werden.

Definitiv ist der Grenzwert Euro VI für Lkw auf der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft. Während seit geraumer Zeit in den Institutionen der EU über eine neue Grenzwertstufe für Pkw diskutiert wird, liegt für Lkw nicht einmal ein Entwurf der Kommission vor. Bundesumweltminister Sigmar Gabriel hat in der Ratssitzung im Juni 2006 bei der Kommission die Vorlage eines Vorschlages für Euro VI für Lkw angemahnt. Entsprechend gehen wir davon aus, dass die Bundesregierung sich während ihrer Präsidentschaft nachdrücklich für einen Lkw-Grenzwert Euro VI einsetzt. Dabei sollte sie sich an den Vorschlägen des Umweltbundesamtes (UBA) orientieren.⁵ Mit den vom UBA vorgeschlagenen Grenzwerten würde der Einbau moderner Stickoxid- und Partikelfiltertechnologie unumgänglich.

C.3 NACHHALTIGER ANBAU UND NUTZUNG VON BIOKRAFTSTOFFEN

Bestrebungen, fossile Kraftstoffe durch alternative (Bio-)Kraftstoffe zu ersetzen, sind grundsätzlich zu begrüßen. Aufgrund der weltweit stark ansteigenden Nachfrage nach

⁵ Vgl.: Future Diesel, 2003.

nachwachsenden Rohstoffen zur Produktion von Biokraftstoffen, kann es jedoch bei falscher Anwendung zu einer Überbeanspruchung bis hin zur Zerstörung intakter Naturräume und zu einem Verlust von Biodiversität kommen. Daher bedarf es dringend gesetzlicher Rahmenbedingungen, wie z.B. ein verbindliches, international gültiges Zertifizierungssystem, um Mindestnachhaltigkeitskriterien bei der Erzeugung von Biokraftstoffen zu gewährleisten. Eine steuerliche Förderung bzw. eine Anrechnung von Biokraftstoffen in einem Quotensystem muss sich an Nachhaltigkeitskriterien, wie z.B. der CO₂-Performance vom Anbau bis zur Nutzung im Fahrzeug („Well-to-tank“), ausrichten, aber auch Aspekte zur Biodiversität und zum Wasser- und Bodenhaushalt berücksichtigen.

Gutschriften für die Automobilindustrie aus einer verstärkten Verwendung von Biokraftstoffen zur CO₂-Minderung lehnen wir ab, da die unter C 1 vorgeschlagenen Grenzwerte zum einen auf eine bessere Energieeffizienz von Fahrzeugen abzielen und zum anderen in den Ländern der EU unterschiedliche Beimischungsquoten von Biokraftstoff realisiert werden.

C.4 EINBEZIEHUNG DES FLUGVERKEHRS IN DEN KLIMASCHUTZ

Der Flugverkehr belastet das Klima heute bereits in hohem Maße mit CO₂ und anderen Treibhausgasen. Da kein anderer Verkehrssektor so starke Wachstumszahlen aufweist wie der Flugverkehr, ist es dringend geboten, Instrumente zum Klimaschutz im Flugverkehr einzuführen. Die EU-Kommission wird voraussichtlich Ende 2006 einen Entwurf zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel vorlegen. Das Europäische Parlament hat mit seiner Entschließung Verringerung der Klimaauswirkungen des Luftverkehrs (2005/2249(INI)) bereits Eckpunkte für ein Emissionshandelssystem im Luftverkehr vorgelegt, die von den Umweltverbänden voll unterstützt werden.

Der Vorschlag der EU-Kommission wird während der deutschen Ratspräsidentschaft zur Diskussion stehen. Dabei sollte die deutsche Regierung darauf hinwirken, dass die geplante Richtlinie zur Einbeziehung des Flugverkehrs in den Emissionshandel so ausgestaltet wird, dass der Treibhausgasausstoß bis zum Jahr 2020 um 30 Prozent und bis 2050 um 60 bis 80 Prozent reduziert wird (im Vergleich zum Basisjahr 1990). Um die zu erreichen ist es notwendig, ein Emissionshandelssystem zu installieren, das nur den Flugverkehr umfasst. Es sollte ein in sich geschlossenes System sein, das alle Flüge zu und von Flughäfen und Flugplätzen in der EU erfasst. Die Emissionslizenzen sollten von Beginn an versteigert und nicht verschenkt werden. Des Weiteren sind neben CO₂ auch alle anderen Klimagase in den Emissionshandel einzubeziehen, und es ist sicherzustellen, dass frühzeitiges Handeln („early action“) anerkannt wird.

Wir betonen ausdrücklich, dass neben der Einführung des Emissionshandels weitere Instrumente zur Regulierung des Flugverkehrs notwendig sind. Solche Instrumente sind unter anderem Kerosinsteuern, Ticketabgaben sowie der Abbau von Subventionen für den Flugverkehr.

C.5 FAHRGASTRECHTE MÜSSEN EUROPaweIT EINGEFÜHRT WERDEN

Ziel einer nachhaltigen Verkehrspolitik ist es, den Anteil umweltverträglicher Verkehrsmittel am Verkehrsaufkommen insgesamt zu erhöhen. Zur Steigerung des

Schieneverkehrs können Fahrgastrechte einen wichtigen Beitrag leisten. Die EU spielt dabei im grenzüberschreitenden Verkehr eine wichtige Rolle. So wird im ersten Halbjahr 2007 die zweite Lesung des 3. Eisenbahnpaketes auf der Agenda stehen.

Die deutsche Regierung sollte sich in diesem Rahmen für die Einführung von europaweit einheitlichen Fahrgastrechten einsetzen. Solche Rechte können ein wichtiges Instrument zur Sicherung von Qualität und Attraktivität des Schienenpersonenverkehrs sein. Dabei sollte u.a. gewährleistet sein, dass Reisende umfassend informiert werden, Zugang zu allen Fahrplaninformationen erhalten und im Falle von Ausfall oder Verspätung eines Zuges eine Entschädigung bekommen. Außerdem sollten Einrichtungen von unternehmensunabhängigen Stellen zur Durchsetzung von Fahrgastrechten festgeschrieben werden.

C.6 VERBESSERUNG DER SICHERHEIT IM STRAßENVERKEHR

Um mehr Menschen zu einem Umstieg von motorisierten auf nicht-motorisierte Verkehrsträger zu motivieren, muss diese Personengruppe bei sicherheitspolitischen Maßnahmen im Straßenverkehr besondere Beachtung finden. Wenn lediglich an die Sicherheit der motorisierten Fahrer/innen gedacht wird, ist es nicht verwunderlich, wenn andere Verkehrsteilnehmer/innen aus Sicherheitsgründen auf den Pkw umsteigen.

Wir fordern die deutsche Regierung auf, dafür zu sorgen, dass die Sicherheit für nicht-motorisierte Verkehrsteilnehmer/innen im Straßenverkehr erhöht wird. Zum einen sollte - falls dies in der finnischen Ratspräsidentschaft noch nicht erfolgt ist - die Richtlinie zur Nachrüstung von Lkws über 3,5 Tonnen mit Toten Winkel Spiegeln verabschiedet werden. Zum anderen sollte die deutsche Regierung darauf hinwirken, dass die Richtlinie zum Schutz von Fußgänger/innen und anderen ungeschützten Verkehrsteilnehmern (2003/102/EG) entsprechend der Zeitpläne weitergeführt wird. Durch diese Grenzwerte für die Fahrzeugfronten wird der Schutz von Fußgängern im Falle eines Unfalls deutlich verbessert.

C.7 NACHHALTIGE MOBILITÄT BRAUCHT GUTE LUFT UND MEHR

Wir haben uns im Bereich Verkehrs- und Mobilitätspolitik auf die Themen beschränkt, die aller Voraussicht nach auf der Agenda der deutschen Ratspräsidentschaft stehen. Zurzeit steht diese Agenda noch nicht und es werden möglicherweise in den nächsten Wochen anstehende Entscheidungen vertagt und in die deutsche Agenda hineinreichen. Beispiel: Wir kämpfen aktuell gemeinsam mit der Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegen Aufweichung der EU-Luftqualitätsrichtlinie, gegen die Verwässerung von Grenzwerten bzw. gegen eine Regelung, die zukünftig häufigere Überschreitung gesundheitsrelevanter Grenzwerte zulassen soll. Wir gehen davon aus, dass der Ministerrat noch während der finnischen Präsidentschaft derart rückschrittliche Vorschläge ablehnt und den Gesundheitsschutz der Bevölkerung fortschreibt. Sollte dieser Entscheidungsprozess in die deutsche Ratspräsidentschaft hineinragen, werden wir uns einmischen.

Mittel- und langfristig muss eine nachhaltige Mobilitätspolitik mehr tun als Grenzwerte für Treibhausgase, gesundheitsschädigende Stoffe und Lärm festsetzen - aber die Setzung dieser Rahmenbedingungen ist eminent wichtig und eindeutig in der

Verantwortung der EU. Saubere Luft ist Voraussetzung dafür, dass eine Politik erfolgreich sein kann, die auf eine Förderung der Verkehrsmittel des Umweltverbundes abzielt. Die von uns geforderten Rahmenbedingungen sind Teil einer nachhaltigen Umwelt- und Verkehrspolitik und damit Voraussetzung dafür, dass die Menschen sich gerne zu Fuß und auf dem Fahrrad in ihren lebenswerten Orten bewegen.

REFERENTEN/INNEN

BIOGRAFIEN DER REFERENTINNEN, REFERENTEN UND MODERATOREN DER KONFERENZ IN ALPHABETISCHER REIHENFOLGE

Jochen Flasbarth

Ministerialdirektor; Abteilungsleiter Naturschutz und Nachhaltige Naturnutzung im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Jochen Flasbarth studierte Volkswirtschaft, Politikwissenschaft und Philosophie in Münster und Bonn. Von 1989 - 1994 war er als Lektoratsleiter beim Economica-Verlag in Bonn tätig. Von 1994 - 2003 hauptamtlicher Präsident des Naturschutzbundes Deutschland (NABU). Seit 2003 ist Herr Flasbarth Abteilungsleiter „Naturschutz und nachhaltige Naturnutzung“ im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Seit vielen Jahren ist Herr Flasbarth ehrenamtlich im Naturschutz engagiert: u.a. als Mitglied im früheren Deutschen Bund für Vogelschutz, aus dem der heutige Naturschutzbund Deutschland (NABU) hervorgegangen ist; als Mitglied im Vorstand des Deutschen Naturschutzrings; als Mitglied im DNR-Präsidium und als Gründungsvorstandmitglied des Verkehrsclubs Deutschland (VCD). Von 1994 – 2003 war er Mitglied im Aufsichtsrat des Wuppertal Instituts für Klima, Umwelt, Energie. Von 2001 - 2003 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung. Seit 1993 ist er Kuratoriumsmitglied der Michael Otto Stiftung für Umweltschutz, Mitglied im ZDF-Fernsehrat.

Dr. Uwe Franke

Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG

Nach dem Studium der Chemie in Hamburg, das er 1978 mit der Promotion abschloss, kam Dr. Uwe Franke zu BP und arbeitete zunächst für den Geschäftsbereich Chemie in Hamburg und Köln. 1986 ging er zu BP nach London und war dort in verschiedenen Tätigkeiten für Geschäftsbereiche in Afrika, dem Mittleren Osten, den USA und Kontinentaleuropa tätig. 1990 übernahm er für BP in Brüssel die Entwicklung des Tankstellennetzes in West- und Ostdeutschland, Österreich, die Schweiz und Schweden. 1992 wurde er Leiter des Handelsgeschäfts, d.h. des Heizöl- und Großhandelsgeschäfts der BP in Europa. Im September 1994 übernahm Dr. Franke die Position des Vorstandsvorsitzenden der BP Portugal in Lissabon und wurde zwei Jahre später, im September 1996, zum Vorstand für das Tankstellengeschäft der Deutschen BP ernannt. Im Januar 1998 wurde Dr. Franke Leiter der Business Unit (Geschäftseinheit) Tankstellen für Deutschland, Österreich und die Schweiz. Im Januar 1999 übernahm er zusätzlich die Funktion als Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP in Hamburg. Von 2001 an war er BUL Retail Germany and Luxemburg. Darüber hinaus war er stellvertretender Vorsitzender des Vorstandes der Deutsche BP AG, Vorstandsvorsitzender der Aral AG und Geschäftsführer der BP Oil Marketing GmbH. Seit dem 01.07.2004 ist er Vorstandsvorsitzender der Deutschen BP AG.

Sigmar Gabriel,

SPD, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

1975 Realschulabschluss, 1979 Abitur. Zeitsoldat für 2 Jahre. Studium Germanistik, Politik und Soziologie an der Universität Göttingen, 1987 Erstes Staatsexamen für das

Lehramt an Gymnasien (Deutsch, Gemeinschaftskunde), 1989 Zweites Staatsexamen. 1981 bis 1990 Dozent in der Erwachsenenbildung. Mitgliedschaft bei der AWO, der IG Metall und der SJD-Die Falken. Träger des Niedersächsischen Verdienstordens. 1977 Eintritt in die SPD, 1976 bis 1989 ehrenamtliche Jugendarbeit im SPD nahen Jugendverband der Falken; seit 2003 Bezirksvorsitzender der SPD in Braunschweig, 1999 bis 2005 Mitglied im Bundesparteivorstand. 1987 bis 1998 Kreistagsabgeordneter im Landkreis Goslar, 1991 bis 1999 Ratsmitglied in der Stadt Goslar, 1990 bis 2005 Abgeordneter des Niedersächsischen Landtags, dort 1998 bis 1999 und 2003 bis 2005 Vorsitzender der SPD-Fraktion; 1999 bis 2003 Ministerpräsident des Landes Niedersachsen. Mitglied des Bundestages seit 2005; seit 22. November 2005 Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

Regine Günther

Leiterin Klima- und Energiereferat des WWF Deutschland

Regine Günther leitet seit September 1999 das Klima- und Energiereferat des WWF Deutschland. Sie ist Mitglied des Leitungskreises des Forums für Umwelt und Entwicklung, in dessen Rahmen sie den Energie und Klimabereich verantwortet. Sie studierte in Heidelberg, Madrid und Berlin Politische Wissenschaft und Geschichte. Nach ihrem Studium arbeitete sie u.a. als Geschäftsführerin bei den Kritischen Bayer-Aktionären, als Projektleiterin bei der Berliner Energieagentur GmbH und als Consultant bei der GTZ.

Rebecca Harms

Mitglied des Europäischen Parlaments EFA/The Greens

Der Kampf gegen die Atomenergie hat das Leben von Rebecca (Jahrgang 1956) geprägt: 1977 war die gelernte Gärtnerin dabei, als die Bürgerinitiative gegen das atomare Entsorgungszentrum Gorleben gegründet wurde. Viele Jahre war sie im Vorstand dieser Initiative. 1984 wurde sie Assistentin ihrer Freundin aus dem Wendland, Undine von Blottnitz im Europäischen Parlament. Mit Undine entdeckte sie Europa und die Grünen. In der „Wendländischen Filmcooperative“ hat sie an zahlreichen Dokumentarfilmen mitgearbeitet. 1994 forderten die Grünen sie auf, für den niedersächsischen Landtag zu kandidieren, 1998 wurde sie dort zur Fraktionsvorsitzenden gewählt. Ein Schwerpunkt ihrer politischen Arbeit blieb immer die Energiepolitik. Ihren Einsatz für erneuerbare Energien, für einen effizienten Umgang mit Energie und gegen eine Renaissance der Atomkraft setzt Rebecca seit 2004 im Europäischen Parlament als Mitglied im Ausschuss Industrie, Forschung und Energie fort. Sie ist Mitglied im Parteirat von Bündnis 90/Die Grünen und Sprecherin der deutschen grünen Abgeordneten im Europäischen Parlament.

Martin Kaiser

Greenpeace Deutschland e.V.

Martin Kaiser, geboren 1965, ist Diplom-Forstingenieur und Diplom-Geoökologe, und hat sich während seiner Studien auf die Bereiche Waldökosystemforschung, Waldschadensforschung mit den Schwerpunkten Hydrologie und Bodenkunde sowie Naturschutz konzentriert. Nach Tätigkeiten in Westkanada, im Bereich Geographische

Informationssystem sowie im Nationalpark Bayerischer Wald hat er die Deutsche Arbeitsgruppe des Forest Stewardship Councils (FSC) zur Zertifizierung ökologisch und sozial gerechter Waldwirtschaft als erster Geschäftsführer 1997 aufgebaut. Seit 1998 ist er Kampagnenleiter bei Greenpeace im Bereich Wälder, Meere und WTO. Seit 2002 koordiniert er zusätzlich die internationale politische Arbeit von Greenpeace zu Biodiversität und Wäldern. Seit 2003 vertritt er im Rahmen der Konvention über Biologische Vielfalt (CBD) in der CBD Expertengruppe zu Waldbiodiversität die Umwelt-NGOs.

Dr. Mikael Karlsson

President, European Environmental Bureau (EEB)

Dr. Mikael Karlsson is President of the European Environmental Bureau, the largest environmental organisation in Europe, and President of Sweden's largest environmental organisation, the Swedish Society for Nature Conservation. Dr. Karlsson is also actively involved in a number of other environmental organisations such as the International Chemicals Secretariat (Chairman), the Swedish Board for Forest Stewardship Council, SwedWatch, and the Swedish NGO Office for Nuclear Waste Review. Dr. Karlsson is an expert in the Governmental Environmental Objectives Council of Sweden. He has served as expert in Governmental Committees on e.g. environmental law, and chemicals policy, and has been delegate to fora such as WTO Ministerials and UNECP GC. Dr. Karlsson has experiences of international development co-operation from both the academic and the NGO sector, and has given courses in East Africa, South East Asia and Eastern Europe. Dr. Karlsson is agronomist and holds a PhD in Environmental and Energy Systems. He has been lecturing in environmental sciences at e.g. Karlstad University, Sweden for more than a decade. The teaching mainly concerns environmental policy and legislation. The scientific work of Dr. Karlsson focuses on environmental and risk policy research, related to issues such as general risk management, chemicals legislation, energy and climate change policies, regulation of genetically modified organisms, as well as strategies for rural development and conflict resolution in developing countries. Dr. Karlsson is a member of the advisory board at the Centre for Risk Management, King's College in London. Dr. Karlsson has written several scientific articles and numerous popular texts in journals, books and newspapers, and has edited various publications. At present he is conducting research on e.g. local energy system management, nuclear power policy (in Sweden and the EU), policies for management of airborne particles, and chemicals regulation in the Baltic Region (science, politics and the media).

Sonja Klingberg

President, European Federation for Transport and Environment (T&E)

Sonja Klingberg studied business administration and civil and environmental engineering. During her career she has worked in the private sector, for a public transport authority and for the German Environmental Transport Association (VCD), who's director she was until 1999. In 1996 she joined the board of T&E. She has been president of the organisation since 2002. T&E is Europe's principal environmental organisation campaigning specifically on transport. Forty-four member organisations in 20 European countries all work to promote an environmentally-sound approach to transport and mobility. The T&E team in Brussels work on a range of European transport

policy areas including clean vehicles and fuels, aviation, transport pricing, shipping and European investment in transport infrastructure.

Astrid Klug

Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

Geboren 1968, begann Astrid Klug nach dem Abitur ihre berufliche Karriere als Diplom-Bibliothekarin. Bis sie 2002 in den Deutschen Bundestag gewählt wurde, hatte sie unterschiedliche Funktionen auf kommunaler und Landesebene inne. Als Mitglied der SPD engagierte sie sich seit 1984 in der Umwelt-, Friedens- und Anti-Atomkraft-Bewegung, unter anderem als Initiatorin und Organisatorin des "Umwelt- und Friedenstages". Im Deutschen Bundestag war sie unter anderem Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und Vorsitzende des Parlamentarischen Beirates für nachhaltige Entwicklung. Seit November 2005 ist Astrid Klug Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesumweltminister.

Gerd Lottsiepen

Verkehrspolitischer Sprecher und stellvertretender Bundesgeschäftsführer des Verkehrsclubs Deutschland e.V. (VCD)

Gerd Lottsiepen, geboren 1953 in Essen, studierte in Bochum und Göttingen Sozialwissenschaften. Von 1983 bis 1992 arbeitete er in mehreren Projekten an der TU Berlin - Arbeitsstelle für verkehrspädagogische Forschung und Lehre. In dem Projekt "Erziehung zu umweltbewusstem Fahrverhalten in der Fahrausbildung" bearbeitete er verhaltensrelevante und technische Aspekte des Themenbereichs Auto und Umwelt - heute noch wichtiger inhaltlicher Schwerpunkt seiner Arbeit. 1992 - 1993 leitete er die Berliner Landesgeschäftsstelle des Verkehrsclubs Deutschland. Seit 1994 ist Lottsiepen Mitarbeiter der VCD-Bundesgeschäftsstelle, seit 1995 verantwortlich für die VCD Auto-Umweltliste. Zahlreiche Projekte, Artikel, Broschüren und Vorträge. Bis 1999 arbeitete er für den VCD in Bonn, seit 1999 Berlin, wo er als verkehrspolitischer Sprecher für eine umwelt- und sozialverträgliche Mobilität lobbyiert.

David Wright Miliband

Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs in the government of the United Kingdom

David Miliband was appointed as Secretary of State for Environment, Food and Rural Affairs on 5 May 2006. He has overall responsibility for all departmental issues; represents the UK at the EU Agriculture and Fisheries Council and at the EU Environment Council; and leads for the UK in other international negotiations on sustainable development and climate change. Before this, he was Minister of Communities and Local Government - his first Cabinet job - at the then Office of the Deputy Prime Minister, from May 2005 to May 2006. He was elected as MP for South Shields in June 2001 and his previous Ministerial jobs have been Minister for the Cabinet Office (2004-5) and Schools Minister (2002-4). Before that he headed up the Prime Minister's Policy Unit at Downing Street, after working as Head of Policy at the Office of the Leader of the Opposition. From 1989-1994 he worked as a Research Fellow at the Institute for Public

Policy Research (IPPR) and from 1992-4 was Secretary of the Commission on Social Justice. His first job was for the National Council for Voluntary Organisations.

Jennifer L. Morgan

Director, Climate and Energy Security, Third Generation Environmentalism E3G

Jennifer L. Morgan joined E3G in October 2006 to lead the organization's work on climate and energy security issues. The overall aim of E3G's work on climate change is to trigger outcomes which accelerate progress towards a low carbon global economy, with the core of E3G's approach based on reframing the climate change debate around how to deliver the scale and pace of investment needed to preserve climate security, and to animate new coalitions and propositions to help achieve this outcome. Before joining E3G, Ms. Morgan led the Worldwide Fund for Nature's Global Climate Change Programme, present in over 30 countries around the world. In that role, she headed the WWF delegation to the Kyoto Protocol climate negotiations, formulated and advocated climate change policies on the international and national level and directed WWF's science, business and communications efforts, acting as chief spokesperson for the organisation on climate change. She also served on a number of Boards including the Climate Action Network, the Renewable Energy and Energy Efficiency Partnership and REN21. Before joining WWF Ms. Morgan worked for the US Climate Action Network, a network of over 200 environmental groups worldwide with eight regional offices working on global climate change. She took a leave of absence from CAN in 1996 to accept a fellowship with the Robert Bosch Foundation in Germany. During her year in Germany she worked for the European Business Council for a Sustainable Energy Future and for the Federal Ministry of Environment, during which time she worked for the head of the German delegation to the UN climate change negotiations. Before her time at CAN, Ms. Morgan worked for the International Council for Local Environmental Issues in Freiburg, Germany on the Cities for Climate Protection campaign. Prior to that she worked on international trade issues at the Natural Resources Defense Council and World Bank policy at the National Audubon Society. She has a Bachelor of Arts from Indiana University in Political Science and Germanic Studies and a Masters of Art from the School of International Service, The American University in International Affairs.

Michael Müller

Mitglied des Deutschen Bundestages, SPD; Bundesvorsitz der NaturFreunde, Präsidiumsmitglied Deutscher Naturschutzring, Dachverband der Umwelt- und Naturschutzverbände; Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit.

- Geboren am 10. Juli 1948 in Bernburg/Saale; verheiratet.
- Stahlbetonbauer, externes Abitur.
- Studium Ingenieurwesen, Betriebswirtschaft und zusätzlich Sozialwissenschaft.
- Diplombetriebswirt.
- 1966 Eintritt in die SPD.
- 1972 bis 1978 stellvertretender Bundesvorsitzender der Jungsozialisten in der SPD.
- 1975 bis 1983 Ratsmitglied der Stadt Düsseldorf.
- Vorsitzender des Jugendwohlfahrtsausschuss der Stadt Düsseldorf.
- 1977 bis 1983 Geschäftsführer der SPD-Ratsfraktion.
- Mitglied des Deutschen Bundestages seit 1983.

- 18.09.2005 Wahl in den 16. Deutschen Bundestag über Landesliste NRW. Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit. Bundesvorsitzender der NaturFreunde, Präsidiumsmitglied Deutscher Naturschutzring, Dachverband der Umwelt- und Naturschutzverbände; Mitglied der AWO, der IG Bau, des Allgemeinen Deutschen Fahrradclubs, des Allergievereins Europa, der Arbeitsgemeinschaft Allergiekranke Kinder und von Eurosolar.

Dr. Hermann E. Ott

Leiter des Berliner Büros, Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie

Dr. Hermann E. Ott (Jurist und Politikwissenschaftler) ist seit Anfang 2004 Leiter des Büro Berlin für das Wuppertal Institut für Klima, Umwelt und Energie. Dissertation über "Umweltregime im Völkerrecht", erschienen im Nomos Verlag 1998. Mitarbeiter des Wuppertal Instituts seit 1994, zuvor freier Rechtsanwalt. Von November 2000 bis Juni 2001 war er im Planungsstab des Auswärtigen Amtes zuständig für die Konzeption einer "Umweltaußenpolitik" des Ministeriums. Seit Juli 2001 Direktor der Abteilung Klimapolitik im Wuppertal Institut. Mit Sebastian Oberthür veröffentlichte er einen umfassenden Kommentar in deutscher, englischer und japanischer Sprache zur internationalen Klimapolitik (Das Kyoto-Protokoll. Internationale Klimapolitik für das 21. Jahrhundert, Leske+Budrich 2000). Veröffentlichungen in deutschen und englischen Fachzeitschriften sowie populärwissenschaftlichen Journalen und Zeitungen zu Fragen der Umwelt- und Klimapolitik sowie des nachhaltigen Regierens (Mitautor von Wuppertal Institut (Hrsg.) "Fair Future. Begrenzte Ressourcen und globale Gerechtigkeit", Beck-Verlag 2005).

Dr. Claire Papazoglu

Head of European Division, European Division, BirdLife International

Since February 2006 Claire Papazoglou is the Head of European Division, European Division, BirdLife International, Brussels. She is responsible for BirdLife's European Programme (conservation, policy, network development), and European Division staff management as well as for moving BirdLife's main European office from the Netherlands to Brussels, for high level representation, relations with board, other NGOs, stakeholders, etc. From January 2003 – January 2006 she was Head of European Union Policy, European Community Office, BirdLife International in Brussels. Before she worked as an EU Policy and Advocacy Officer, European Community Office, BirdLife International, Brussels.

Jorgo Riss

Jorgo Riss is director of Greenpeace's EU office.

Before moving to Brussels in 2001, he worked as a journalist, academic and environmental campaigner in England, France, Germany and the Netherlands. Mr Riss represents the Green 10 European Environmental NGOs in the EU Civil Society Contact Group, and he is a member of the steering committee of the Alliance for Lobbying Transparency and Ethics Regulation in the EU (ALTER-EU). More info: www.greenpeace.eu

Martin Rocholl

Chair of Friends of the Earth Europe/BUND

Martin Rocholl, born 1959 in Germany, is the Chair of Friends of the Earth Europe, a network of environmental organisations in 30 European countries with more than 2000 local groups. He works as a consultant on environmental and European politics and campaign strategies in Berlin and was the Director of the office of Friends of the Earth Europe in Brussels from 1998 to 2005. Martin Rocholl has over 25 years experience as a volunteer and professional in NGOs, working on projects covering a wide range of issues, such as transport, nuclear power, climate change, biotechnology or sustainable city planning. He was the coordinator of the successful Ecological Tax Reform Campaign in Germany in 1996/1997 and has worked previously as a journalist and scientist. Martin Rocholl holds a PhD in Biology.

Dr. Helmut Röscheisen

Generalsekretär Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR); Dachverband der deutschen Natur- und Umweltschutzverbände

Geboren am 29. September 1949 in Heidenheim, verheiratet, zwei Kinder.

- 1972-1976 Studium der Betriebswirtschaftslehre an der Universität.
Erlangen-Nürnberg, Abschluß Diplom-Kaufmann.
- 1977 Aufbaustudium an der Akademie für Verwaltungswissenschaften
in Speyer, Abschluß Magister.
- 1978-1980 Ausbildung für allgemeinen höheren Verwaltungsdienst
beim Innenministerium in Nordrhein-Westfalen, Abschluß Assessor.
- seit Mai 1980 Geschäftsführer/Generalsekretär des DNR.
- 2005 Promotion Fakultät für Sozialwissenschaft Ruhr-Uni Bochum.

Prof. Dr. Klaus Töpfer

Prof. Dr. Klaus Töpfer ist seit 1972 Mitglied der CDU. Er war Kreisvorsitzender der CDU Saarbrücken, Mitglied des Landesvorstandes der CDU Saar, von 1978 bis 1979 Ordentlicher Professor an der Universität Hannover, Direktor des Instituts für Raumforschung und Landesplanung; Mitglied im Rat der Sachverständigen für Umweltfragen. Von 1978 bis 1985 Staatssekretär im Ministerium für Soziales, Gesundheit und Umwelt Rheinland-Pfalz und von 1983 bis 1987 Mitglied im Bundesfachausschuß Umwelt der CDU. Von 1985 bis 1986 Honorarprofessor an der Universität Mainz für Umwelt- und Ressourcenökonomie. Von 1987 bis 1994 war er Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und von 1994 bis 1998 Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau. Von 1998 - 2006 war er Unter-Generalsekretär der Vereinten Nationen (VN), Generaldirektor des Büros der Vereinten Nationen in Nairobi und Exekutivdirektor des Umweltprogrammes der Vereinten Nationen (UNEP).

Hubert Weinzierl

Präsident Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)

Nach dem Besuch des Humanistischen Gymnasiums in Ingolstadt, Studium der

Forstwissenschaft an der Universität München (1958 Diplom-Forstwirt); Referendarzeit bei der Bayerischen Staatsforstverwaltung und Studium praktischer Landwirtschaft. Seither freiberuflicher Unternehmer und ausübender Land-, Forst- und Teichwirt. Seit 1953 aktiv in der Naturschutzbewegung tätig, gehört Hubert Weinzierl zahlreichen Vorständen deutscher Naturschutz-Organisationen an (1964 in das Präsidium des Deutschen Naturschutzringes e.V. berufen, 1965 – 1972 ehrenamtlicher Regierungsbeauftragter für Naturschutz in Niederbayern). Zum umfassenden Studium der Naturschutzprobleme in den Jahren 1964 bis 1974 Weltreisen in alle Kontinente. Von 1969 - 2002 Vorsitzender des Bundes Naturschutz in Bayern e.V. (BN), 1970 Sonderbeauftragter des Deutschen Naturschutzringes für das Europäische Naturschutzjahr. Mitbegründer der Gruppe Ökologie. Von 1983 - 1998 Vorsitzender des Bundes für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND). 1992 Teilnahme am Erdgipfel von Rio und 2002 am Nachhaltigkeitsgipfel in Johannesburg als Mitglied der deutschen Delegation. Seit Dezember 2000 Präsident des Deutschen Naturschutzringes. Seit 2001 Mitglied im Rat für Nachhaltige Entwicklung der Bundesregierung. Mitglied des Präsidiums der Akademie für Naturschutz und Landschaftspflege, Laufen. Seit März 2005 Vorsitzender des Kuratoriums der Deutschen Bundesstiftung Umwelt (DBU).

Sebastian Winkler

Head of the Countdown 2010 Secretariat and Senior Adviser European Policy, IUCN

Sebastian Winkler, a Mexican-German national who grew up in French-speaking Africa, moves to Brussels to join IUCN's Regional Office for Europe as Senior Adviser European Policy and Head of the Countdown 2010 Secretariat. His major task will be to further establish the Countdown 2010 Secretariat, which is currently a Pan-European Alliance that is translating the 2010 commitment of halting the loss of biodiversity into concrete action (www.countdown2010.net). Mr. Winkler has worked in IUCN headquarters since 1997. His wide-ranging professional experience in IUCN covers programmatic issues (Environmental Economist, 1997-1999), institutional and management issues (Special Assistant to the Director General, 1999-2000), outreach and fundraising (Conservation Finance Officer, 2000-2003), and most recently addressing the international policy agenda with a particular focus on trade and climate change (Senior Policy Officer, 2003 - 2005). Prior to joining IUCN he has gathered his working experience with UNEP's Economics, Environment and Trade Unit in Geneva covering aspects such as trade policy and sustainable finance with the banking and insurance industry. In 1995, he worked for the World Food Program's Office of Evaluation and prior to this he gathered experience at the national level while working for Mexico's Deputy Minister of Environment. His educational background has exposed him to multiple disciplines and to different schools of thought in the many countries in which he studied. He holds a BA from the University of Konstanz, Germany (Development Economics, Administrative Science and Policy), and an Honours BA from the University of Guelph, Canada (Environmental Economics, Politics and Development Studies). He holds various MAs from the Institute of Social Studies in The Hague, The Netherlands (Docturandus in Regional Development Planning and Politics of Alternative Development Strategies), and from the University of Trier, Germany and the Ecole Polytechnique of Lausanne, Switzerland (European Master in Environmental Management and a Certificat Postgrade in Environmental Engineering). He also studied at the Institut d'Etudes Politiques of Grenoble, France (Political Science) and at the Harvard Business School (Management).

TEILNEHMER/INNEN

Im Folgenden sind die Teilnehmer/innen aufgelistet, die einer Veröffentlichung ihres Namens zugestimmt haben. Insgesamt nahmen an der Konferenz 208 Personen teil.

ALBRECHT, Jan

Grüne Jugend | Deutschland

ALBRIZIO, Mauro

Legambiente | Belgien

ANDERSEN, Bente Hessellund

NOAH - Friends of the Earth Denmark | Dänemark

ASCHWANDEN, Toni

Alpen-Initiative (CH) / Initiative Transport Europe ITE | Schweiz

BARRAS, Lucile

BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | Deutschland

BAUMANN, Annette

Grüne Liga | Deutschland

BAUMGARTNER, Christian

Nfi - Naturfreunde Internationale | Österreich

BECKER, Torben

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

BIRK, Michaela

Konferenzbüro | Deutschland

BOTAR, Alexa

FoE - Friends of the Earth Hungary | Ungarn

BRAUN, Reiner

Green Cross Deutschland | Deutschland

BRENSING, Karsten

WDCS - Whale and Dolphin Conservation Society | Deutschland

BRÜCKMANN, Sabine

WECF - Women in Europe for a Common Future | Deutschland

BUNDSCHERER, Stefan

DUH - Deutsche Umwelthilfe | Deutschland

BÜTHE, Lars

Grüne Jugend | Deutschland

CHOUDHURY, Keya

IBN - Institut für Biodiversität Netzwerk | Deutschland

CHUNG, Min-Ku

Wuppertal Institut, Büro Berlin | Deutschland

CINGAL, Georges

European and International Affaires for France Nature Environnement | Frankreich

CREUTZIG, Felix

FoE - Friends of the Earth Germany | Deutschland

DINGS, Jos

T&E - European Federation for Transport and Environment | Belgien

DOYLE, Ulrike

SRU - Sachverständigenrat für Umweltfragen | Deutschland

ECKLUNDT, Björn

Konferenzbüro | Deutschland

ENSSLE, Johannes

NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V. | Deutschland

FELLNER, Matthias

Eurizons | Deutschland

FLASBARTH, Jochen

BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | Deutschland

FLECKENSTEIN, Martina

WWF Deutschland | Deutschland

FRANKE, Uwe

Deutsche BP AG | Deutschland

FREITAG, Britta

European Climate Alliance | Deutschland

FREYER, Daniela

Pro Wildlife | Deutschland

FRISCHMUTH, Thomas

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

GABRIEL, Sigmar

Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | Deutschland

GÖPEL, Maja

World Future Council | Deutschland

GÖRNERT, Susann

VCD - Verkehrsclub Deutschland e.V. | Deutschland

GRÜNING, Juliane

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

GÜNTHER, Regine

WWF Deutschland | Deutschland

HARMS, Rebecca

Europäisches Parlament | Belgien/Frankreich

HENNING, Robert

BAT - Berliner Artenschutz Team e.V. | Deutschland

HERDING, Wiebke

IUCN - The World Conservation Union | Belgien

HISLOP, Hannah

Green Alliance | England

HOFFMAN, David

CEE Bankwatch | Tschechien

HONTELEZ, John

EEB - European Environmental Bureau | Belgien

JANCAR, Tomaz

DOPPS - BirdLife Slovenia | Slowenien

KAISER, Martin

Greenpeace Deutschland | Deutschland

KAMP, Thomas

Institute for Biodiversity - Network | Deutschland

KARLSSON, Mikael

EEB - European Environmental Bureau | Schweden

KEDRA, Aleksander

Institute for Sustainable Development (EEB board) | Polen

KHANZAN, Pavlo

FoE - Friends of the Earth Ukraine | Ukraine

KLINGBERG, Sonja

T&E - European Federation for Transport and Environment | Belgien

KLUG, Astrid

BMU - Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit | Deutschland

KÖLLING, Christian

Mobilocal21 - Europäisches Netzwerk Mobilität und Lokale Agenda 21 | Deutschland

KREISER, Konstantin

BirdLife International - European Division | Belgien

KROGH, Morten Damm

Danish Society for Nature Conservation | Dänemark

KRUG, Stefan

Greenpeace e.V., Politische Vertretung Berlin | Deutschland

KRÜGER, Jörg-Andreas

NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V. | Deutschland

KÜHR, Wolfgang

Klimaschutz e.V. | Deutschland

LAGE TEIXEIRA, Carlos Manuel Guilherme

LPN - Liga para a Protecção da Natureza | Portugal

LANDSCHREIBER, Lars

Universität Hamburg | Deutschland

LEHRACK, Dorit

CANGO - China Association for NGO cooperation | Deutschland

LEWANDOWSKA, Malgorzata

Konferenzbüro | Deutschland

LITTMEIER, Annette

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

LOSSACK, Harald

GTZ - Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit | Deutschland

LOTTSEIPEN, Gerd

VCD - Verkehrsclub Deutschland e.V. | Deutschland

LÜCKING, Winfried

BUND Flussbüro - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

LUDEWIG, Damian

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

LYTVYENKO, Alla

Youth and Environment Europe | Tschechien

MAIWALD, Claudia

Greenpeace e.V. | Deutschland

MARO, Pendo

EEB - European Environmental Bureau | Belgien

MARTIN-SOSA RODRIGUEZ, Samuel

Ecologistas en Acción | Spanien

MAYR, Claus

NABU - Naturschutzbund Deutschland e.V. | Deutschland

MEIER, Ariane Marietta

Bundestagsbüro Bündis 90/Die Grünen | Deutschland

MEISSNER, Matthias

Euronatur | Deutschland

MILIBAND, David

Minister für Umwelt, Ernährung und Landwirtschaft | Großbritannien

MILKE, Klaus

Germanwatch | Deutschland

MORGAN, Jennifer

E3G | Großbritannien

MÜLLER, Michael

VCD - Verkehrsclub Deutschland e.V. | Deutschland

MÜSSNER, Rainer

Ecologic, Institute for international and European Environmental Policy | Deutschland

MÜLLER, Gabriele

BAT - Berliner Artenschutz Team e.V. | Deutschland

MÜLLER, Michael

NaturFreunde Deutschland | Deutschland

MURPHY, Patrick

Europäische Kommission

NEßHÖVER, Carsten

UFZ - Umweltforschungszentrum Leipzig-Halle | Deutschland

NISSINEN, Jouni

Finnish Association for Nature Conservation | Finnland

OTT, Hermann E.

Wuppertal Institut | Deutschland

OZESMI, Uygur

TEMA Foundation | Türkei

PANAGIDES, Dafnis

FoE - Friends of the Earth Cyprus | Zypern

PAPAZOGLU, Claire

BirdLife International | Belgien

PASCHKOWSKI, Astrid

WWF Deutschland | Deutschland

PERABO, Elias

McPlanet.com/BUND | Deutschland

PESCHEL, Andrea

Konferenzbüro | Deutschland

PETERSE, Aat

T&E - European Federation for Transport and Environment | Belgien

PILARSKY-GROSCH, Sylvia

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

PROKE, Miroslav

Nfi - Naturfreunde Internationale | Tschechien

QUISTORP, Eva

Frauen-Umwelt Netzwerk, Unifem-KOMitee | Deutschland

RADDATZ, Viviane

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

RAMAN, Mehta

ActionAid | Indien

REINER, Birgit

Umweltdachverband Österreich | Österreich

RISS, Jorgo

Greenpeace Europe | Belgien

ROCHOLL, Martin

FoEE - Friends of the Earth | Deutschland

RÖHR, Ulrike

LIFE e.V./Genanet | Deutschland

ROOS, Jörg

WWF Deutschland | Deutschland

RÖSCHEISEN, Helmut

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

RULLMANN, Christoph

Schutzgemeinschaft Dt. Wald | Deutschland

SAAR, Dorothee

DUH - Deutsche Umwelthilfe | Deutschland

SCHNEIDER, Regina

EEB - European Environmental Bureau | Belgien

SCHNEIDER, Werner

DGB - Deutscher Gewerkschaftsbund Bundesvorstand | Deutschland

SORGE, Melanie

Konferenzbüro Deutschland | Deutschland

SPOTTKA, Frauke

VCD - Verkehrsclub Deutschland e.V. | Deutschland

STEFANOVA, Anelia

CEE - Bankwatch | Belgien

STEFFNER, Barbara

Europäische Kommission | Deutschland

STEIGENBERGER, Markus

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

STOCZKIEWICZ, Magda

CEE Bankwatch | Belgien

TELGMAA, Juhan

Estonian Society for Nature Conservation, EEB executive | Estland

THAMM, Holger

MdB-Büro Angelika Brunkhorst | Deutschland

THOMAS, Peter

HATI GmbH | Deutschland

TÖPFER, Prof. Dr. Klaus

ehem. Exekutivdirektor UNEP | Deutschland

TRÖGER, Ulrike

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

UNSÖLD, Daniel

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

VILAGRASA, Delia

WWF | Belgien

VOGT, Constantin

Deutsche Bahn AG, Bahn-Umwelt-Zentrum | Deutschland

VON BROOCK, Antje

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

VON LINDEINER, Andreas

LBV - Landesbund für Vogelschutz in Bayern e.V. | Deutschland

VOSSEN, Bjela

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

WEINZIERL, Hubert

DNR - Deutscher Naturschutzring e.V. | Deutschland

WESTERHOLT, Carsten

UBA - Umweltbundesamt | Deutschland

WILLE, Helga

Greenpeace Gruppe Berlin | Deutschland

WINKLER, Sebastian

IUCN - The World Conservation Union | Belgien

WULF, Friedrich

BGST | Deutschland

ZERGER, Carolin

BUND - Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. | Deutschland

ZILLER, Udine

Jugendbündnis Zukunftsenergie | Deutschland

ZIMMERLE, Birgit

Freie Mitarbeiterin für verschiedene NGOs | Deutschland

Der Deutsche Naturschutzring e.V., DNR

Der Deutsche Naturschutzring (DNR) ist der Dachverband der im Natur- und Umweltschutz tätigen Verbände in Deutschland. Im Jahre 1950 mit 15 Mitgliedsverbänden gegründet, gehören ihm heute 94 Mitgliedsverbände an.

Angesichts der schnell ansteigenden Umweltprobleme und der vielfältigen Nutzungsansprüche an Natur und Landschaft braucht der Natur- und Umweltschutz mehr denn je eine starke Lobby. Der DNR greift national und international wichtige Themen auf und koordiniert die Aktivitäten seiner Mitgliedsverbände. Der Schutz von Natur und Umwelt kann sich heute nicht mehr auf den Schutz bedrohter Tier- und Pflanzenarten und die Einrichtung von Schutzgebieten beschränken. Auch Freizeit, Tourismus und Verkehr, Stadtökologie, Energie- und Wirtschaftspolitik haben sich zu wichtigen Arbeitsgebieten des DNR entwickelt.

Die DNR-EU-Koordination

Um der wachsenden Bedeutung der EU-Umweltpolitik für Europa und Deutschland Rechnung zu tragen, wurde 1991 die EU-Koordination des Deutschen Naturschutzring gegründet. Sie koordiniert die europaweiten Aktivitäten der deutschen Umweltverbände, stellt Kontakte mit anderen Aktivisten und Aktivistinnen aus dem europäischen Umfeld her und nimmt Einfluss auf die EU-Politik. Mit zahlreichen Veranstaltungen, Besuchsprogrammen, Workshops und Veröffentlichungen informiert das Team die deutschen Umwelt- und Naturschutzverbände über aktuelle Entwicklungen auf der EU-Ebene. Als Mitglied des Dachverbandes Europäisches Umweltbüros EEB wird die Arbeit der EU-Koordination dabei eng mit den Brüsseler Umweltverbänden abgestimmt.

DNR Geschäftsstelle Bonn

Am Michaelshof 8-10

53177 Bonn

Tel.: 0228 359005

Fax: 0228 359096

info@dnr.de

www.dnr.de

DNR Geschäftsstelle Berlin / EU-Koordination

Prenzlauer Allee 230

10405 Berlin

Tel.: 030 4433 91-85, -86

Fax: 030 4433 91-80

eu-info@dnr.de

www.eu-koordination.de